

Das Parlament

Berlin, Montag 26. Februar 2018

www.das-parlament.de

68. Jahrgang | Nr. 9 | Preis 1 € | A 5544

KOPF DER WOCHE

Von der Saar an die Spree

Annegret Kramp-Karrenbauer Damit hatte kaum jemand gerechnet: Annegret Kramp-Karrenbauer wird Nachfolgerin des erkrankten CDU-Generalsekretärs Peter Tauber. Für diesen Posten schlug die CDU-Chefin und Kanzlerin Angela Merkel die saarländische Ministerpräsidentin vor. Auf dem CDU-Parteitag an diesem Montag in Berlin soll die 55-Jährige gewählt werden. Bisher wechselte noch nie ein amtierender Regierungschef auf den Stuhl eines reinen Parteipostens, dazu ohne Mandat im Bundestag. Die unprätentöse Kramp-Karrenbauer ist in der Partei beliebt und liegt abgesehen von Nuancen politisch auf einer Linie mit Angela Merkel, die der Kritik aus dem konservativen Unions-Lager ausgesetzt ist. Viele interpretieren die Berufung zur CDU-„Generalin“ als Wink Merkels, so ihre Nachfolge zu regeln. Zu Vorhaltungen, sie sei zu leise in der Politik, sagt Kramp-Karrenbauer: „Angriffe kann ich auch.“ (siehe Seite 9) *kru*



ZAHL DER WOCHE

56,4

Prozent der Delegierten haben beim SPD-Sonderparteitag in Bonn am 21. Januar für die Aufnahme von Koalitionsverhandlungen mit der Union gestimmt. Es gab 362 Ja-Stimmen, 279-Nein-Voten und eine Enthaltung. Am 4. März wird das Ergebnis des laufenden Mitgliedervotums der SPD-Mitglieder bekanntgegeben.

ZITAT DER WOCHE

»Eine lebensgefährliche Forderung für die SPD«

Thomas Oppermann, Bundestagsvizepräsident und Sozialdemokrat, zum Risiko von Neuwahlen bei einem SPD-Mitgliedervotum gegen eine neue Große Koalition

IN DIESER WOCHE

INNENPOLITIK
Bundeswehr Wehrbeauftragter legt den Bericht für 2017 vor **Seite 5**

EUROPA UND DIE WELT
Regierungserklärung Kanzlerin Merkel redet zum EU-Gipfeltreffen **Seite 8**

WIRTSCHAFT UND FINANZEN
Klimaziele Debatte über Windkraft und Kohlekraftwerke **Seite 10**

KEHRSEITE
Ortstermin Der Bundesrat im alten Preußischen Herrenhaus in Berlin **Seite 12**

MIT DER BEILAGE



Das Parlament
Frankfurter Societäts-Druckerei GmbH
60268 Frankfurt am Main



Der umstrittene Paragraph

ABTREIBUNG Linke, Grüne, FDP und SPD wollen Werbeverbot kippen. Union und AfD sind dagegen

Die mögliche Streichung des Werbeverbots für Schwangerschaftsabbrüche hat vergangenen Donnerstag zu einer hitzigen Debatte im Bundestag geführt. In der emotionsgeladenen Diskussion lieferten sich Befürworter und Gegner von Paragraph 219a des Strafgesetzbuches einen intensiven Schlagabtausch. Anschließend wurden die drei Gesetzentwürfe der Linken, der Grünen und der FDP in den Rechtsausschuss überwiesen. Während sich die SPD ebenfalls für eine Abschaffung stark machte, stellten sich die Redner von CDU/CSU und AfD sowie die fraktionslose Abgeordnete Frauke Petry gegen eine Änderung der aktuellen Gesetzeslage. Abgeordnete von Bündnis 90/Die Grünen, Die Linke und SPD erklärten übereinstimmend, der Paragraph sei nicht mehr zeitgemäß, und das Strafrecht müsse in diesem Bereich modernisiert werden. Ullie Schaus von den Grünen sagte, er verhindere, dass sich schwangere Frauen umfassend informieren können. Ärzte und Ärztinnen sollten nicht befürchten müssen, wegen Informationen über den Schwangerschaftsabbruch vor Gericht zu landen. An die Adresse der Unionsfraktion sagte sie, der Paragraph 218 – der den Schwangerschaftsabbruch regelt – sei davon nicht befreit.

Unnötige Hürden Für die Fraktion Die Linke sprach Cornelia Möhring, die es als Widerspruch bezeichnete, dass Ärzte legale Abtreibungen vornehmen, aber nicht vorher darüber informieren dürfen. Frauen würden so „völlig unnötige Hürden in den Weg gelegt“. Werbung und Information werde durch die aktuelle Rechtsprechung gleichgesetzt, bemängelte Möhring. Nach einer Pflichtberatung müssten Frauen aber oft selbst weiter recherchieren. Wie Schaus von den Grünen appellierte sie an die Abgeordneten, dafür zu sorgen, dass Frauen die Entscheidung über einen Schwangerschaftsabbruch so gut informiert wie möglich treffen können. Die Voraussetzung dafür sei die Streichung des Paragraphen 219a. Alleine wegen „cooler Werbung“ würde sich keine Frau für einen Abbruch entscheiden. Die Fraktion der FDP hat sich angesichts der Breite der Diskussion entschieden, einen „vermittelnden Vorschlag“ vorzulegen, wie der Abgeordnete Stephan Thomae sagte. Der Paragraph 219a solle danach modernisiert und im Strafrecht verankert bleiben. Einerseits sei der Wunsch der



Mit einem Plakat sprechen sich Demonstrantinnen im November 2017 vor dem Amtsgericht in Gießen für eine Abschaffung des Abtreibungsparagraphen 218 und des Paragraphen 219 aus. Der Bundestag debattierte vergangene Woche über eine Streichung des Werbeverbotes.

Frauen nach eingehenderen Informationen zeitgemäß, sagte Thomae, andererseits handle es sich bei einer Abtreibung nicht um eine ärztliche Leistung wie jede andere, sondern es gehe um das Ende werdenden Lebens. Deshalb müsse auch die Ansicht ernst genommen werden, beim Schutz des Ungeborenen nicht noch mehr Kompromisse eingehen zu wollen. Das Schutzkonzept sehe auch vor, dass der beratende Arzt den Eingriff nicht selbst vornehmen darf.

Die SPD-Abgeordnete Eva Högl betonte, es handle sich um ein sensibles und schwieriges Thema. Ungeachtet schwangere Frauen seien nicht selten in Konfliktsituationen und es sei daher wichtig, dass sie sich bei Ärzten gut und ausführlich informieren können, bevor sie eine Entscheidung treffen. Das Urteil gegen eine Gießener Frauenärztin nach Paragraph 219a führe bei den Ärzten jedoch zu Rechtsunsicherheit. Denn danach erfülle objektive Information den

Tatbestand der Werbung. Die gravierendste Auswirkung habe dies jedoch für die Frauen. Sie würden unzumutbar beschränkt in der Möglichkeit, sich eine Ärztin oder einen Arzt frei zu wählen und sich beraten zu lassen. Die Position der SPD sei daher „ganz klar: Paragraph 219a muss gestrichen werden“. Dies unterstrich auch Högls Fraktionskollege Johannes Fechner.

Leben schützen Steffen Harbarth (CDU) sagte, die Entwürfe der Grünen und der Linken berücksichtigten zurecht die Interessen der Ärzte und der Schwangeren, ließen aber das ungeborene Kind außer Acht, „und dies halten wir für falsch“. Die Interessen eines Arztes seien nicht mehr wert als die eines Kindes. Das Bundesverfassungsgericht habe klar Vorgaben gemacht, das ungeborene Leben zu schützen. Dies sei die Aufgabe der Beratungsstellen und nicht des Arztes, der dann auch den Abbruch vornehme. Eine Ab-

schaffung des Werbeverbots würde dieses Modell infrage stellen. Die Unionsfraktion werde die Anträge daher ablehnen. Harbarths Fraktionskolleginnen Elisabeth Winkelmeier-Becker (CDU) und Silke Launert (CSU) verwiesen auf eine mögliche Kommerzialisierung von Schwangerschaftsabbrüchen nach einer Aufhebung des Werbeverbots. Die AfD-Abgeordnete Mariana Harder-Kühnel gab zu Bedenken, dass Paragraph 219a nicht die Information unter Strafe stelle, sondern Werbung und damit Kommerzialisierung. Es müsse verhindert werden, dass Schwangerschaftsabbrüche in der Öffentlichkeit als etwas Normales dargestellt werden, für das Reklame gemacht werden dürfe. Die AfD lehne sowohl die ersatzlose Streichung als auch eine Änderung von 219a ab. „Lassen Sie uns lieber dafür werben, dass sich werdende Eltern und alleinstehende Frauen für das werdende Leben entscheiden und dafür jede erdenkliche Hilfe erhalten“, sagte die Abgeordnete. Die fraktionslose Abgeordnete Petry sagte, der Paragraph sei nach wie vor notwendig, denn er mache sich zum Anwalt der ungeborenen Kinder. *Michael Wojtek*

EDITORIAL Knifflige Grenze

VON JÖRG BIALLAS

Die Trennlinie verläuft irgendwo zwischen Werbung und Aufklärung. Wann informiert ein Arzt aus neutraler Warte über den Abbruch einer Schwangerschaft? Und ab wann preist er seine medizinischen Dienste an mit dem Ziel, aus einer Abtreibung einen finanziellen Vorteil zu erlangen? Juristisch ergibt sich daraus eine knifflige Grenzlinie, auch wenn der Paragraph 219a im Strafgesetzbuch eindeutig klingt. Demnach ist es verboten, einen Schwangerschaftsabbruch anzubieten, anzukündigen oder anzupreisen, um damit Geld zu verdienen. Ohnehin sind Abtreibungen in Deutschland in der Regel rechtswidrig. Sie werden aber nicht verfolgt, wenn festgelegte Fristen eingehalten worden sind und eine vorgeschriebene Beratung erfolgt ist. Auch dürfen Ärzte grundsätzlich keine reißerische Werbung für ihre medizinischen Angebote machen. Das gilt gleichermaßen für eine Hautkrebs-Vorsorgeuntersuchung wie für eine Abtreibung.

Was die Sache nun so kompliziert macht ist die Befürchtung, dass offensive Hinweise auf die Möglichkeit eines künstlich herbeigeführten Endes einer Schwangerschaft Frauen ermuntern könnten, diesen Schritt zu tun. Wie realistisch diese Sorgen sind, mag jeder für sich selbst entscheiden. Hilfreich wäre dabei freilich, weder bei den Frauen noch bei den Ärzten die Bereitschaft zur Verantwortung zu unterschätzen. Der Abbruch einer Schwangerschaft ist für beide Seiten eine emotionale Ausnahmesituation. Kein Arzt, keine Ärztin wird leichten Herzens ungeborenes Leben beenden. Und dass schwangere Frauen eine so schwerwiegende Entscheidung in aller Regel erst nach reiflicher Überlegung und mit guten Gründen treffen, darf getrost unterstellt werden. Wie übrigens auch die Annahme in die Irre führt, strengere Regeln für Schwangerschaftsabbrüche führten zu weniger Abtreibungen. Das beste Argument gegen Schwangerschaftsabbrüche bleibt nach wie vor ein möglichst sorgenfreies Umfeld für Mutter und Kind. Dazu gehören finanzielle Sicherheit, eine Wohnung, ein Job sowie die Möglichkeit einer Kinderbetreuung. Wäre es nicht schön, wenn Mediziner gar nicht erst versucht wären, für Abtreibungen zu werben, weil dieses Angebot ohnehin kaum noch nachgefragt wird?

»Frauen, werden völlig unnötige Hürden in den Weg gestellt.«

Cornelia Möhring (Die Linke)

Das steht in den Gesetzentwürfen

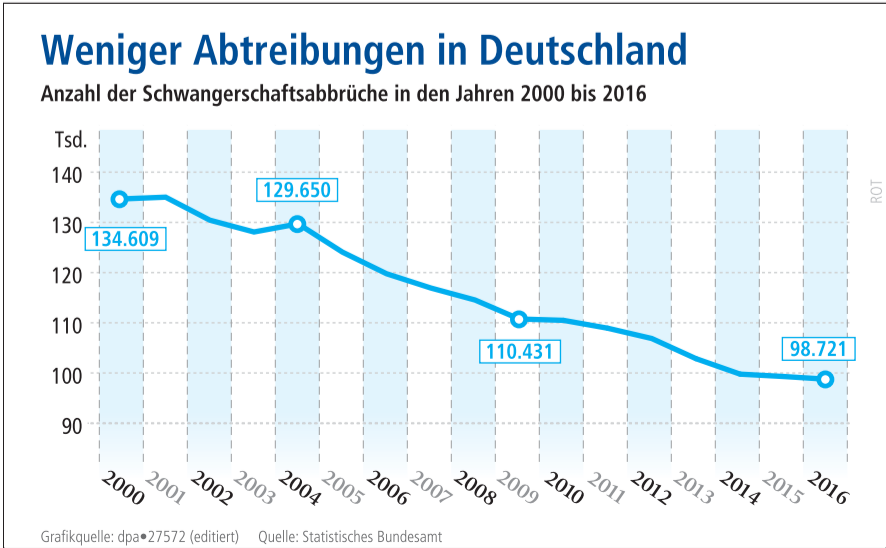
§219A STGB FDP fordert Modifizierung des Paragraphen, Grüne und Linke halten die Norm für komplett verzichtbar

Das Verbot der Werbung für Schwangerschaftsabbrüche ist nach Auffassung von Linken (19/33) und Grünen (19/630) überholt und sollte abgeschafft werden. Die FDP (19/820) hält den einschlägigen Paragraphen 219a des Strafgesetzbuches für „nicht mehr zeitgemäß“, geht aber nicht so weit wie die beiden anderen Fraktionen. Hintergrund der Vorstöße der Fraktionen ist das Urteil gegen die Gießener Frauenärztin Kristina Hänel aus dem November vergangenen Jahres. Hänel wurde zu einer Geldstrafe verurteilt, weil sie im Internet Informationen zu dem Thema veröffentlicht hatte. In dem 1933 eingeführten Paragraph 219a heißt es unter der Überschrift „Werbung für den Abbruch der Schwangerschaft“ in Absatz 1: „Wer öffentlich ... eigene oder fremde Dienste zur Vornahme oder Förderung eines Schwangerschaftsabbruches ... anbietet, ankündigt, anpreist ... wird mit Freiheitsstrafe bis zu zwei Jahren oder mit Geldstrafe bestraft.“ Die Linken betonen in ihrem kurz vor dem Urteil gegen Hänel vorgelegten Gesetzentwurf, der Paragraph habe die verschiedenen Reformdebatten zu den strafrechtlichen

Regelungen von Schwangerschaftsabbrüchen überdauert und sei selbst dann in Kraft geblieben, als 1976 entschieden wurde, dass Schwangerschaftsabbrüche in Deutschland unter bestimmten Voraussetzungen straffrei sind. Damit bestehe heute die widersprüchliche Rechtslage, dass Ärzte

zwar unter den in Paragraph 218 geregelten Bedingungen Schwangerschaftsabbrüche vornehmen, jedoch diese Leistung nicht öffentlich anbieten dürfen. Aus Sicht der Grünen fehlt es an einem Strafgrund. Der Paragraph müsse daher aufgehoben werden. Schwangeren müsste der

Zugang zu Informationen über straflose Schwangerschaftsabbrüche möglich sein. Sie verweisen dabei auch auf Aussagen des Bundesverfassungsgerichts von 2006 in einer anderen Rechtssache. Demnach müsse es einem Arzt „ohne negative Folgen für ihn möglich sein, darauf hinzuweisen, dass Patientinnen seine Dienste in Anspruch nehmen können“. Die FDP will angesichts des „weitgehenden Tatbestands“ den Paragraphen so anpassen, dass nur noch Werbung unter Strafe gestellt wird, die in grob anstößiger Weise erfolgt. Zudem soll der Straftatbestand der Werbung für einen strafbaren Schwangerschaftsabbruch ergänzt werden. Gegen eine komplette Streichung spreche der hohe Wert ungeborenen Lebens und die hohen Sensibilität breiter Teile der Bevölkerung, die Schwangerschaftsabbrüche moralisch kritisch sähen. *mwo*



GASTKOMMENTARE

ABTREIBUNGSRECHT BEIBEHALTEN?

Befriedete Debatte

PRO



Eva Quadbeck, »Rheinische Post«, Düsseldorf

Jahrelang tobte in Deutschland ein Kulturkampf um eine Legalisierung von Schwangerschaftsabbrüchen. Mit einer Fristenregelung, einer Beratungspflicht und einer vorgeschriebenen Bedenkzeit von drei Tagen konnte ein vertretbarer Ausgleich zwischen dem Recht auf das Leben des ungeborenen Kindes und dem Selbstbestimmungsrecht der Schwangeren gefunden werden. Diese Gesetzgebung, die sich in den Paragrafen 218 und 219 des Strafgesetzbuches widerspiegelt, hat die gesellschaftliche Debatte befriedet. Zudem konnte mit der bestehenden Regelung und flankierenden Aufklärungskampagnen gegen ungewollte Schwangerschaften die Zahl der Schwangerschaftsabbrüche von mehr als 130.000 im Jahr 1996 auf 98.000 im Jahr 2016 gesenkt werden. Wir sollten diese Debatte nicht wieder eröffnen. Eine Reformdebatte über die Frage, ob und in welcher Form Mediziner ihre ärztliche Leistung zum Schwangerschaftsabbruch öffentlich bekannt machen dürfen, würde alte Gräben wieder aufreißen. Dies zeigen Äußerungen aus den Reihen der Linksfaktion, in denen in der Diskussion um das Werbeverbot für Schwangerschaftsabbruch die „Abschaffung aller Anti-Abtreibungsgesetze“ gefordert wird. Der Paragraph 219a hat seine Berechtigung. Die Gesellschaft sollte einer verzweifelten Schwangeren helfen, sich für das Leben, für das Kind zu entscheiden. Fällt die Entscheidung dennoch gegen das ungeborene Kind aus, haben die Frauen keine Schwierigkeiten, einen seriösen Arzt zu finden, der auf dem modernen Stand der Medizin den Eingriff vornimmt. Dass dafür kein Preisvergleich im Internet möglich ist, ist richtig. Ein Schwangerschaftsabbruch ist kein normaler Eingriff. Wir sollten ihn nicht normalisieren.

Nicht zu halten

CONTRA



Heide Oestreich, »die tageszeitung«, Berlin

Das sogenannte Werbeverbot für Abtreibungen wird – diese These sei mit aller Vorsicht einer Nichtjuristin gewagt – fallen. Denn das Grundrecht auf Information dürfte schwerer wiegen als die arg verkläusulierte Begründung für den Paragraphen 219a: Warum sollten Informationen über einen Abbruch bei einer Beratungsstelle besser aufgehoben sein als auf den Homepages der Fachleute, die ihn durchführen? Die Gegner einer Abschaffung des 219a argumentieren, dass der Staat verpflichtet ist, das ungeborene Leben zu schützen. Deshalb verbietet Paragraph 218 den Abbruch und lässt ihn nur unter bestimmten Bedingungen straffrei. Daraus kann man aber nicht ableiten, dass der Abbruch eine Art Geheimnis bleiben sollte und nicht öffentlich zu thematisieren sei. Im Gegenteil. Als 1933 der Paragraph 219a in Kraft trat, stand auf die Abtreibung „arischen“ Lebens die Todesstrafe. Ein Informationsverbot war damals also zumindest logisch. Doch heute ist es widersinnig. Denn der Staat hat ermöglicht, dass Ärzte diese Operation vornehmen. Und über eine Operation muss ein Arzt aufklären dürfen. Lebensschutz kann nur mit der Schwangeren stattfinden und nicht ohne sie – das ist der Sinn unseres Abtreibungsrechts. Der Staat hat die Verantwortung für den Abbruch in den ersten drei Monaten der Frau übertragen. Und die braucht für diese Entscheidung jede erdenkliche Information. Und zwar nicht nur die einer einzigen Beraterin, der vielleicht die beste Ärztin für den Eingriff nicht einmal bekannt ist. Denn die Ärztin darf ja nicht kund tun, dass sie Abbrüche vornimmt. Nein, der 219a ist einfach nicht zu halten.

Mehr zum Thema der Woche auf den Seiten 1 bis 3. Kontakt: gastautor.das-parlament@bundestag.de

Der Bundestag debattiert über die Streichung des Paragraphen 219a StGB. Grund dafür ist die Verurteilung einer Ärztin, die von Abtreibungs-Gegnern angezeigt wurde. Die Szene tritt in den vergangenen Jahren verstärkt etwa beim „Marsch für das Leben“ in Erscheinung. Drohen uns in der eigentlich relativ befriedeten Debatte zu Schwangerschaftsabbrüchen bald amerikanische Verhältnisse?

Die Stimmung hat sich tatsächlich verändert, viele Ärztinnen und Ärzte werden angefeindet, sie stehen quasi unter Generalverdacht. Der Fall der Kristina Hänel ist sicherlich extrem und wird noch durch weitere Instanzen gehen, aber die Zahl der Anzeigen hat in den vergangenen Jahren stark zugenommen. Aus dem Umfeld der sogenannten Lebensschützer und des „Marsches für das Leben“ gibt es Attacken auf Ärztinnen und Ärzte sowie Beratungsorganisationen. Diese Gruppen nutzen die Rechtsunsicherheiten, die der Paragraph 219a beinhaltet, und durchforsten systematisch das Internet, um gegen Medizinerinnen und Mediziner vorzugehen. Allein das Wort „Schwangerschaftsabbruch“ auf einer Internetseite kann zur Folge haben – und hat zur Folge –, dass es zu Anzeigen kommt. Die Stimmung gegenüber vielen Medizinerinnen und Mediziner, die Schwangerschaftsabbrüche anbieten, ist negativer geworden. Das ist ein Problem.

Kann die Politik da gegensteuern?

Wir müssen dieser Entwicklung entgegenzutreten und Ärztinnen und Ärzte stärken. Das ist unsere Verantwortung. Dazu gehört die Streichung des 219a. Es ist doch klar: Wenn der Paragraph schon die sachliche Information über Schwangerschaftsabbrüche nicht erlaubt und Anzeigen und Anklagen drohen, dann ist es für einen Arzt oder eine Ärztin nicht einfach, sich zu entscheiden, auch Schwangerschaftsabbrüche vorzunehmen. An dieser Stelle brauchen wir einen Paradigmenwechsel und eine klare Entscheidung der politischen Ebene. Es muss in einer emanzipierten Gesellschaft im Jahr 2018 möglich sein, sich bestmöglich über Schwangerschaftsabbrüche zu informieren.

Die FDP will den 219a so ändern, dass nur »grob anstößige Werbung« unter Strafe gestellt wird. Sie wollen hingegen den ganzen Paragraphen streichen. Warum?

Frauen muss ein Zugang zu sachlichen und zeitgemäßen Informationen über Schwangerschaftsabbrüche ermöglicht werden, das ist unser Ziel. Es gibt verschiedene Ansätze, um das anzugehen. Wir haben das intensiv in unserer Fraktion – und mit den anderen Fraktionen – diskutiert. Wir wollen, dass Werbung weiterhin verboten bleibt, aber dafür braucht es nicht das Strafgesetzbuch. Für die Ärzteschaft ist das bereits über die Berufsordnungen geregelt, sollte darüber hinaus Sanktionierungsbedarf bestehen, lässt sich das über das Ordnungswidrigkeitengesetz oder über das Heilmittelwerbegesetz regeln.

Eine Mehrheit wird es wohl nur geben, wenn sich FDP, Grüne, SPD und Linke einigen. Könnten Sie auch mit einer anderen Lösung leben?

Wir sind offen und an einer Lösung interessiert, die sich breit im Parlament spiegelt. Jetzt wird es darum gehen, im parlamentarischen Verfahren in den Fachausschüssen die verschiedenen Ansätze zu diskutieren und möglicherweise einen gemeinsamen Ansatz zu finden. Von dem Vorschlag der FDP wäre es auch nur ein relativ kleiner Schritt hin zu einer Lösung außerhalb des Strafgesetzbuches.

»Die Ärzte stärken«

ULLE SCHAUWS Die Grünen-Abgeordnete fordert, Frauen den Zugang zu sachlichen Informationen zum Schwangerschaftsabbruch zu ermöglichen



© picture-alliance/Michael Kappeler/dpa

Schwangerschaftsabbrüche sind laut Paragraph 218 StGB in Deutschland eine Straftat und bleiben nur in den Ausnahmefällen des 218a straffrei. Auch daran gibt es von feministischer Seite immer wieder Kritik. Ist diese Rechtslage veraltet und muss überdacht werden?

Wir wollen keine Debatte über den Paragraph 218 StGB aufmachen. Das ist eine ganz klare Entscheidung.

Warum nicht?

Dieser Paragraph wurde in den 1990ern

sehr mühsam und sehr lange ausgehandelt. Damit können wir alle umgehen. Es ist ein Kompromiss, um einen Schwangerschaftsabbruch straffrei zu machen und auch Ärztinnen und Ärzten dies zu ermöglichen. Die Schwangerschaftskonfliktberatungsstellen machen eine hervorragende Arbeit. Das wollen wir beibehalten. Denn wenn die Debatte neu aufgemacht wird, könnte es auch zu Rückschritten kommen. Uns zeigt schon die Diskussion um den 219a, dass wir nicht davon ausgehen können, dass alles

so bleibt, wie es ist. Rechte, die wir uns in dieser Gesellschaft auch für die Selbstbestimmung von Frauen oder für die Gleichberechtigung erkämpft haben, könnten auch zurückgedreht werden. Deswegen ist die Debatte um den 219a auch kein Randthema. Als Grüne sage ich ganz klar: Beim Selbstbestimmungsrecht der Frauen müssen wir sehr aufmerksam bleiben und haben noch viel zu tun.

Kürzlich sorgte ein Chefarzt in Niedersachsen für Aufsehen, der Schwangerschaftsabbrüche in einer Klinik untersagte. In der Debatte über diese Entscheidung wurde auch die Sorge geäußert, dass in manchen Regionen Deutschlands der Zugang zu solchen Angeboten nicht gegeben sei. Ist das eine berechtigte Sorge?

In Deutschland haben Frauen tatsächlich nicht flächendeckend die Möglichkeit, Praxen oder Kliniken zu finden, in denen Schwangerschaftsabbrüche vorgenommen werden. Dies wird im Rahmen der aktuellen Debatte sehr deutlich. Vor allem in ländlichen Regionen, etwa in Bayern oder Niedersachsen, liegen solche Kliniken teilweise bis zu über 100 Kilometer weit entfernt. Und das ist tatsächlich für die Versorgung von Frauen, gerade von Frauen, die nicht so bemittelt sind, um diese Distanzen hinter sich zu bringen, ein echtes Problem. Auch dabei geht es um den Zugang zu sachlichen Informationen, beispielsweise darüber, wo die Betroffenen Unterstützung für die Kosten oder Anfahrt zu einer Praxis erhalten können. Genau diese Infos sollten Praxen beziehungsweise Kliniken zur Verfügung stellen können.

In den vergangenen Jahren sank die Zahl der Schwangerschaftsabbrüche – trotzdem liegt sie noch bei rund 100.000 im Jahr. Funktioniert die Sexuaufklärung in der Bundesrepublik nicht?

Aufklärung ist die halbe Miete, um ungewollte Schwangerschaften zu vermeiden. Das ist ein sehr wichtiger Aspekt der Debatte – dem müssten wir uns noch intensiver widmen. Ich weiß von Beratungsstellen wie „Pro Familia“, die eng mit Schulen zusammenarbeiten, dass die Bildungsarbeit gut funktioniert. Junge Frauen und Männer sind meist gut aufgeklärt. Aber dieses Angebot gibt es eben noch nicht flächendeckend. Und es braucht eine regelmäßige Auffrischung.

Eng damit verbunden ist der Zugang zu Verhütungsmitteln. Sollten die Kassen generell die Kosten dafür übernehmen?

Frauen, die staatliche Transferleistungen erhalten, sollten die Kosten für Verhütungsmittel nicht selbst tragen müssen. Es sollte keine Frage des Einkommens sein, ob Verhütungsmittel finanzierbar sind.

Das Gespräch führten Friederike Beckh und Sören Christian Reimer.

Ulle Schauws ist Sprecherin für Frauen- und Queerpolitik der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und stellvertretende Vorsitzende und Obfrau im Ausschuss Familie, Senioren, Frauen und Jugend. Die 51-Jährige sitzt seit 2013 im Deutschen Bundestag.



Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper

PARLAMENTARISCHES PROFIL

Die Basisbewegte: Beatrix von Storch

„Ich bin für eine Pro-Life-Kultur.“ Für Beatrix von Storch kommt keinerlei Aufweichung der geltenden Abtreibungs-Gesetze in Frage. Und das gelte nicht nur für sie persönlich. Die AfD-Fraktion, stellt deren stellvertretende Vorsitzende klar, lehne die Gesetzentwürfe von Linken, Grünen und FDP entschieden ab, das strafrechtliche Werbeverbot für Abtreibungen abzuschaffen oder einzuschränken. „Wir wollen die Kultur hin zum Leben ausrichten und wollen deswegen nicht für Abtreibung werben“, sagt Storch. Ihr selbst sei das Thema auch schon vor Gründung der AfD wichtig gewesen, so nehme sie seit vielen Jahren am „Marsch für das Leben“ jeden September in Berlin teil.

Überhaupt ist Beatrix von Storch seit über 20 Jahren politisch aktiv. Als Studentin, zum Ende der Regierungszeit Helmut Kohls, gründete sie ein „zivilgesellschaftliches Bündnis“, wie sie es nennt, das Themen aufgegriffen habe, für die heute die AfD stehe. Diese „Basisbewegung“ habe Demonstrationen organisiert, Podiumsdiskussionen, E-Mail-Kampagnen, Petitionen an Abgeordnete – „ich habe abertausende von Briefen an verschiedene Abgeordnete überreicht“. Sie habe immer gesehen, sagt die in Lübeck geborene Herzogin von Oldenburg, dass „das Land Reformen braucht, die aus den Parteien selbst heraus nicht kommen“. Auch CDU und FDP, denen sie noch am nächsten gestanden habe, seien schon damals zu weit von ihren Vorstellungen entfernt gewesen, „das hat sich jetzt nur noch verschärft“. Deswegen gebe es „jetzt auch eine neue Partei, und die heißt AfD“. Für diese saß die Rechtsanwältin und gelernte Bankkauffrau seit 2014 im Europa-

parlament, bis sie im vergangenen Herbst als Spitzenkandidatin der Berliner AfD in den Deutschen Bundestag gewählt wurde. Bei den jetzt zur Beratung stehenden Gesetzentwürfen von Linken, Grünen und FDP lässt die AfD-Politikerin schon die Prämisse nicht gelten, man müsse für etwas, das erlaubt ist, auch werben dürfen. „Abtreibung ist nicht erlaubt“, stellt sie fest. „Das ist einer der großen Irrtümer dieser Republik. Abtreibung ist eine Straftat. Sie wird in bestimmten Ausnahmefällen straflos gestellt. Das



© DBT/achim Meide

»Diese Kultur des Todes, wie ich sie nenne, soll jetzt aktiv auch noch beworben werden dürfen, und da sind wir strikt dagegen.«

ist weit davon entfernt, erlaubt zu sein.“ Für eine Straftat, auch wenn sie unter bestimmten Voraussetzungen nicht bestraft wird, könne nicht geworben werden, sagt Beatrix von Storch. Deutsches Rechtsverständnis sei, „auch wenn es in der Praxis oft in den Hintergrund gerät, dass auch ein ungeborener Mensch nicht einfach so getötet werden darf“. Deswegen gebe es die Beratungspflicht.

Für die Abschaffung des Werbeverbots wird vorgebracht, Frauen, die mit Beratungsschein eine dann straflose Abtreibung durchführen lassen wollen, müssten wissen, an wen sie sich wenden können. Doch den Einwand hält Storch nicht für stichhaltig. Die Frauen wüssten auch jetzt, wo sie hingehen, die Abtreibungen fänden statt – „bedauerlicherweise“. Auch das Argument im Gesetzentwurf der Grünen, den Ärzten sei durch ihr Ständesrecht ohnehin anpreisende Werbung verboten, hält die AfD-Abgeordnete für „vorgeschoben“. Die Grünen wollten „eine Grenze verschieben, immer weiter, immer weiter“: „Erst mal keine anpreisende Werbung und dann irgendwann auch anpreisende Werbung.“ Ärzte stünden im Wettbewerb, „sie bieten diese Leistung an, warum sollen sie sie nicht anpreisen? Das ist doch der logische nächste Schritt. Wir wollen den zweiten Schritt nicht, und deswegen werden wir uns auch schon gegen den ersten stellen“.

Für Storch geht es um etwas sehr Grundsätzliches. Sie sieht in Europa ein Bestreben, Abtreibung „zu einem Menschenrecht zu erklären“. Das „edelste, oberste Recht, das ein Mensch hat“, wäre demnach, „einen anderen Menschen zu töten“, folgert sie. „Diese Kultur des Todes, wie ich sie nenne, soll jetzt aktiv auch noch beworben werden dürfen, und da sind wir strikt dagegen.“ So engagiert, wie Beatrix von Storch ihre politischen Ziele verfolgt, bleibt ihr wenig Freizeit. In der aber sind ihr „Familie und Freunde wichtig, auch um mal rauszukommen aus dieser Hektik und auf andere Gedanken zu kommen“. Das Schwierigste im politischen Geschäft sei, „dass man mental abschaltet. Das ist wichtig, da gewinnt man neue Kraft.“

Peter Stütze |

DasParlament

Herausgeber **Deutscher Bundestag**
Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Fotos
Stephan Roters

Mit der ständigen Beilage **Aus Politik und Zeitgeschichte**
ISSN 0479-611 x
(verantwortlich: Bundeszentrale für politische Bildung)

Anschrift der Redaktion
(außer Beilage)
Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Telefon (0 30) 2 27-3 05 15
Telefax (0 30) 2 27-3 65 24
Internet:
<http://www.das-parlament.de>
E-Mail:
redaktion.das-parlament@bundestag.de

Druck und Layout
Frankfurter Societäts-Druckerei GmbH
Kurhessenstraße 4–6
64546 Mörfelden-Walldorf

Leserservice/Abonnement
FAZIT Communication GmbH
c/o Intime Media Services GmbH
Postfach 1363
82034 Daisenhofen
Telefon (0 89) 8 58 53-8 32
Telefax (0 89) 8 58 53-6 28 32
E-Mail:
fazit-com@intime-media-services.de

Chefredakteur
Jörg Biallas (jbi)

Abonnement
Jahresabonnement 25,80 €; für Schüler, Studenten und Auszubildende (Nachweis erforderlich) 13,80 € (im Ausland zuzüglich Versandkosten)
Alle Preise inkl. 7% MwSt.
Kündigung jeweils drei Wochen vor Ablauf des Berechnungszeitraums.
Ein kostenloses Probeabonnement für vier Ausgaben kann bei unserer Vertriebsabteilung angefordert werden.

Namentlich gekennzeichnete Artikel stellen nicht unbedingt die Meinung der Redaktion dar. Für unverlangte Einsendungen wird keine Haftung übernommen. Nachdruck nur mit Genehmigung der Redaktion.
Für Urheberrechtszwecke können Kopien in Klassenstärke angefertigt werden.

„Das Parlament“ ist Mitglied der Informationsgesellschaft zur Feststellung der Verbreitung von Werbeträgern e. V. (IVW)

Für die Herstellung der Wochenzeitschrift „Das Parlament“ wird ausschließlich Recycling-Papier verwendet.

Verantwortliche Redakteure
Claudia Heine (che)
Alexander Heinrich (ah), stellv. CxO
Claas Peter Kosfeld (pk)
Hans Krump (kru), CxO
Hans-Jürgen Leersch (hle)
Johanna Metz (joh)
Kristina Pezzeri (pez)
Sören Christian Reimer (scr)
Helmut Stoltenberg (sto)
Alexander Weinlein (aw)

Anzeigenverkauf, Anzeigenverwaltung, Disposition
FAZIT Communication GmbH
c/o Intime Media Services GmbH
Postfach 1363
82034 Daisenhofen
Telefon (0 89) 8 58 53-8 36
Telefax (0 89) 8 58 53-6 28 36
E-Mail: fazit-com-anzeigen@intime-media-services.de



Der Prozess und das Urteil gegen die Ärztin Kristina Hänel (rechtes Bild) sind der Anlass, warum aktuell über die Streichung des Paragraphen 219a StGB diskutiert wird. Das Thema Schwangerschaftsabbrüche mobilisiert: Im September 2017 zogen Abtreibungsgegner beim „Marsch für das Leben“ durch Berlin. © picture-alliance/dpa/Boris Roessler

Der lange Weg zum Kompromiss

ABTREIBUNGSRECHT Lange wurde in der Bundesrepublik über den »218er« gerungen, die DDR liberalisierte schon in den 1970ern

Der Eingriff ist 35 Jahre her – und bis heute kann Tamara Wirt (Name geändert) sich an das beklemmende Gefühl erinnern, mit dem sie damals das Ostberliner Krankenhaus betrat, in dem sie einen Schwangerschaftsabbruch vornehmen ließ. „Ich war mir zwar sicher, dass es der richtige Schritt war, aber leichtgefallen ist mir das nicht“, erinnert sich die heute 60-Jährige, „aber mein Sohn war zu dem Zeitpunkt erst ein Jahr alt und unsere Ehe lief nicht gut. Noch ein Kind hätte ich mir damals nicht zugetraut.“ Bis heute sei sie froh darüber, dass Schwangerschaftsabbrüche in der DDR verhältnismäßig unkompliziert waren. „Ich war bei einem Arzt in der Klinik, der hat mir gesagt, was da passieren würde, und zwei Tage später war dann auch schon der Termin.“ Sie sei davon überzeugt, „dass kaum eine Frau sich so eine Entscheidung leicht macht – und da braucht es nicht noch jemanden, der moralisiert.“

Mit dieser Überzeugung hatte Tamara Wirt Glück, in der DDR zu leben. Dort hatte die Volkskammer im März 1972 das „Gesetz über die Unterbrechung der Schwangerschaft“ verabschiedet. Frauen bekamen damit das Recht, innerhalb von zwölf Wochen nach Beginn einer Schwangerschaft eigenverantwortlich über deren Abbruch zu entscheiden. Bis dahin waren Abtreibungen in der DDR dann möglich gewesen, wenn eine Kommission ihre Zustimmung dazu gegeben hatte. Nach dem 1950 verabschiedeten Gesetz über den Mutter- und Kinderschutz und die Rechte der Frau waren Schwangerschaftsabbrüche unter bestimmten medizinischen und in Ausnahmefällen auch sozialen Indikationen erlaubt gewesen. Durch das liberale Gesetz wurden Schwangerschaftsabbrüche in der DDR zur Normalität. Direkt nach der Verabschiedung stieg ihre Zahl auf rund 119.000 im Jahr 1972, sank aber 1976 auf rund 83.000 und 1990 auf 74.000.

Vielen Frauenrechtlerinnen im Westen galt damals das DDR-Recht als Vorbild. Denn die Frage der Schwangerschaftsabbrüche wurde in der Bundesrepublik deutlich restriktiver gehandhabt. Das knüpfte an die Geschichte an: Im Mai 1871 wurde der Paragraph 218 im Reichsstrafgesetzbuch festgeschrieben, der besagte: „Eine Schwangere, welche vorsätzlich abtreibt oder im Mutterleib tötet, wird mit Zuchthaus bis zu 5 Jahren bestraft.“ Kommunisten und Sozialdemokraten legten immer wieder Anträge vor, um die Situation für die Frauen zu erleichtern. Nach der nationalsozialistischen Machtübernahme wurden die Gesetze aber deutlich verschärft: Den betroffenen Frauen drohten lange Zuchthausstrafen, ab 1943 galt die Todesstrafe für „Täter, die die Lebenskraft des deutschen Volkes fortgesetzt beeinträchtigen“.

Frauenbewegung Nach Kriegsende galt in der Bundesrepublik der alte Paragraph 218 wieder – ohne Todesstrafe. In den 1970er Jahren protestierte die Frauenrechtsbewegung unter dem Motto „Mein Bauch gehört mir!“ gegen den Paragraphen. Unter

dem Titel „Wir haben abgetrieben!“ gab es im „Stern“ am 6. Juni 1971 374 Frauen an, abgetrieben und damit gegen geltendes Recht verstoßen zu haben. Zu ihnen gehörten auch die Schauspielerinnen Senta Berger, Romy Schneider und Lis Vohwinkel. Die Kampagne, die von der Feministin Alice Schwarzer initiiert worden war, war einer der Höhepunkte der Frauenrechtsbewegung in der Bundesrepublik – auch wenn einige der beteiligten Frauen später einräumten, sie hätten keinen Abbruch vornehmen lassen. Gefordert wurde seine ersatzlose Streichung mit dem Argument, Männer sollten nicht darüber bestimmen können, ob eine Frau ein Kind austrage oder nicht.

Die sozial-liberale Koalition versuchte, zu liefern: 1974 führte sie auch in der BRD die sogenannte Fristenregelung ein. Innerhalb der ersten zwölf Wochen sollte ein Schwangerschaftsabbruch nach ärztlicher Beratung demnach straffrei sein. Doch die Union – immer eine scharfe Gegner der Liberalisierung in diesem Bereich – klagte in Karlsruhe und bekam Recht. Das sich entwickelnde Leben habe Vorrang vor dem Selbstbestimmungsrecht der Frau, urteilte das Verfassungsgericht (BVerfGE 39, 1). 1976 trat dann eine Indikationsregelung in Kraft. Der neugefasste Paragraph 218 sah eine Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren vor, bei be-

stimmten Gründen – etwa medizinischen oder kriminologischen – sollte der Eingriff aber straffrei bleiben.

Streit vor Gericht Parlamentarisch neu aufgelegt wurde der Streit Anfang der 1990er Jahre: Im Staatsvertrag zwischen der DDR und der Bundesrepublik aus dem Jahr 1990 war das Thema Schwangerschaftsabbrüche nicht erwähnt worden. Vor allem ostdeutsche Frauen protestierten dagegen. Sie wollten sich die restriktivere West-Indikationslösung nicht überstülpen lassen. Gegen annähernd die gesamte Unionsfraktion setzten fast alle Abgeordneten der SPD, FDP, PDS und Grüne am frühen Morgen des 26. Juni 1992 nach ganztägiger Debatte eine Fristenlösung mit Beratungspflicht durch. Doch die bayerische Staatsregierung und mehr als 240 Unionsabgeordnete zogen vor Gericht.

Die Karlsruher Richter schritten erneut ein: Sie nahmen Anstoß an der Formulierung in dem Gesetzestext, dass ein Schwangerschaftsabbruch „nicht rechtswidrig“ sei, wenn eine Schwangere sich vorher beraten ließe. Das aber verstieß nach Ansicht der Verfassungshüter gegen das Grundgesetz: Die staatliche Schutzpflicht gegenüber dem ungeborenen Leben wiege so schwer, dass der Abbruch einer Schwangerschaft für die

ganze Dauer einer Schwangerschaft „grundsätzlich als Unrecht“ zu sehen sei. Begründete Ausnahmen von der Pflicht der Mutter, das Kind auszutragen, sahen die Richter – wie es auch schon länger geregelt war – bei medizinischer oder kriminologischer Indikation. Mit dem Urteil (BVerfGE 88, 203) baute Karlsruhe der Politik allerdings auch eine Brücke für die Beratungskonflikte: Zwar müsse das Unrecht bei nicht-indiziertem Schwangerschaftsabbrüchen im Strafgesetz klar benannt werden, der Schutzverantwortung gegenüber dem ungeborenen Leben könne der Staat aber auch über eine zum Leben hin orientierte Beratungspflicht nachkommen. So setzt es der Gesetzgeber dann auch um. Seit 1995 gilt: Schwangerschaftsabbrüche sind auch während der ersten zwölf Wochen der Schwangerschaft rechtswidrig, bleiben aber straffrei, wenn die Frau mindestens drei Tage vor dem Abbruch eine Beratung in Anspruch genommen hat. Abtreibungen nach den ersten zwölf Wochen sind dann möglich, wenn – etwa in Form einer Behinderung des Kindes – der Schwangeren körperliche oder seelische Schäden drohen würden, wenn sie das Kind austragen würde. Diese sogenannten Spätabtreibungen sind theoretisch bis zum letzten Tag der Schwangerschaft möglich.

Rückläufige Zahlen Insgesamt liegt die Zahl der Schwangerschaftsabbrüche in Deutschland bei etwa 100.000 pro Jahr und ist damit in den vergangenen Jahren stetig gesunken. Beendet ist der Streit um das Thema allerdings längst nicht: Gerade erst diskutierte der Bundestag einen weiteren Paragraphen aus dem Bereich der sogenannten „Straftaten gegen das Leben“. Nach Paragraph 219a des Strafgesetzbuchs ist es verboten, „Werbung für den Abbruch der Schwangerschaft“ zu machen: Das beinhaltet, über „eigene oder fremde Dienste zur Vornahme oder Förderung eines Schwangerschaftsabbruchs“ zu informieren. Seit im November 2017 die Gießener Allgemeinärztin Kristina Hänel zu einer Geldstrafe von 6000 Euro verurteilt worden ist, weil sie auf ihrer Website Informationen zum Schwangerschaftsabbruch veröffentlicht hat, streiten Parlamentarier aller Fraktionen darüber, ob diese Regelung – die aus dem Jahr 1933 stammt – abgeschafft oder mindestens verändert werden sollte (siehe Seite 1). Was vielen Befürwortern einer Reform des 219a zusätzlich Sorge bereitet, ist die Tatsache, dass die Regelung von Abtreibungsgegnern genutzt wird, gegen Ärzte vorzugehen, die Schwangerschaftsabbrüche anbieten. Auch Hänel war von den selbsterklärten Lebensschützern angezeigt worden – und viele Ärzte, die die Eingriffe vornehmen, klagen über massive Anfeindungen. Verpflichtet sind Ärzte übrigens nicht, Abtreibungen durchzuführen: In Paragraph 12

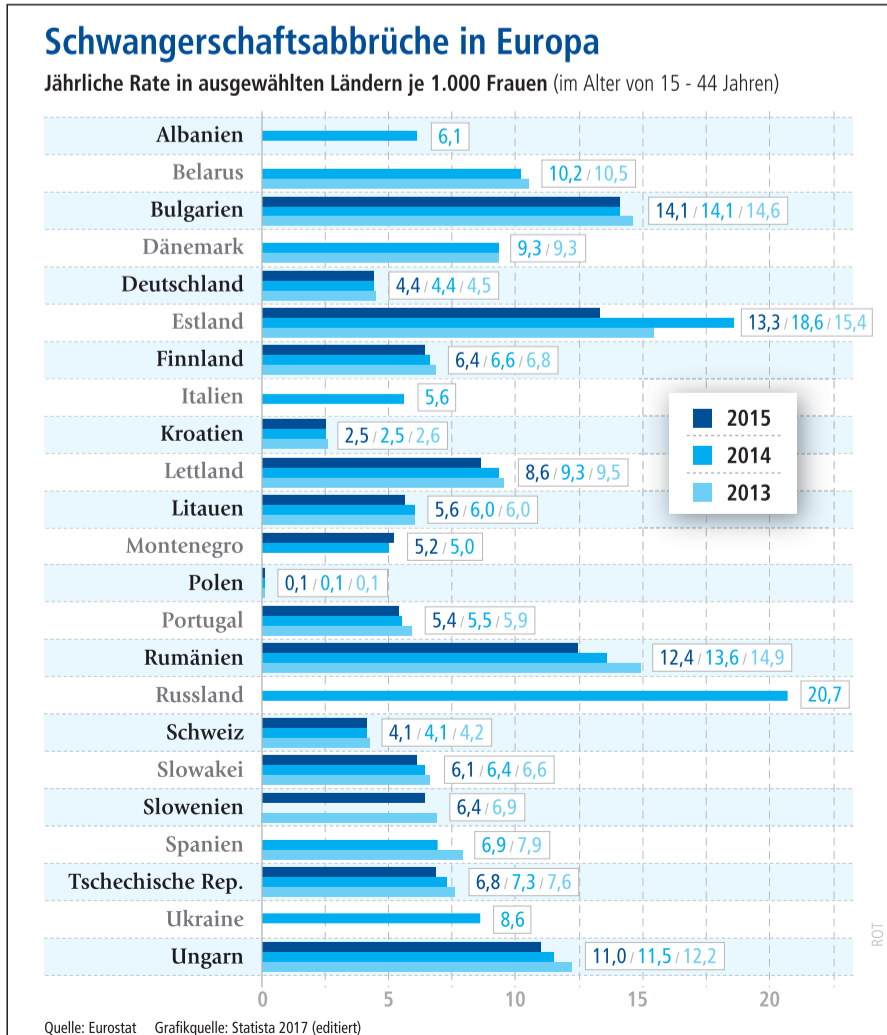
Absatz 1 des Schwangerschaftskonfliktgesetzes heißt es: „Niemand ist verpflichtet, an einem Schwangerschaftsabbruch mitzuwirken.“ Darauf berief sich auch der Chefarzt eines Danneberger Krankenhauses, als er im vergangenen Frühjahr erklärte, sein Glaube verbiete es ihm, Abtreibungen nach dem Beratungsmodell durchzuführen. Die Leitung des Capio-Konzerns, zu dem die Klinik gehört, hat diesen Beschluss allerdings inzwischen widerrufen. Dennoch scheint sich das gesellschaftliche Klima wieder zu verändern: Alljährlich demonstrieren Abtreibungsgegner auf einem „Marsch für das Leben“ gegen die Möglichkeiten von Schwangerschaftsabbrüchen, unterstützt von Vertretern der katholischen Kirche oder Abgeordneten von CDU und CSU. Nach Recherchen der Tageszeitung „taz“ wird es für Frauen in Deutschland schwerer, Ärzte zu finden, die Schwangerschaftsabbrüche vornehmen – die Generation der Frauenärzte, die die Auseinandersetzungen um den „218er“ miterlebt hätten, gingen in Ruhestand und immer weniger Kliniken und Praxen seien bereit, die Eingriffe vorzunehmen. Und aus Angst, von Abtreibungsgegnern angezeigt zu werden, würden Behörden und Ärzte nicht öffentlich sagen, wo sie noch möglich seien – für die betroffenen Frauen sei das eine immense Belastung. Zudem werde ihre Wahlfreiheit, ob sie den Eingriff unter Vollnarkose, örtlicher Betäubung oder medika-

mentös vornehmen lassen wollen, erheblich eingeschränkt.

Kulturkampf in den USA Insgesamt, so Berechnungen der Weltgesundheitsorganisation, geht die Zahl der Abtreibungen in Europa zurück. Am häufigsten werde in Luxemburg, Großbritannien und Frankreich – die liberale Gesetzgebungen haben – abgetrieben. Besonders restriktive Regelungen gelten in Polen und Irland. Wie intensiv noch immer über das Thema diskutiert wird, zeigt der Blick in die Vereinigten Staaten. Obwohl der Oberste Gerichtshof bereits 1973 grundsätzlich das Recht der Frau auf einen Schwangerschaftsabbruch bestätigte, ist der Kulturkampf immer noch virulent. Konservative Kräfte und die christliche Rechte hoffen seit Jahren auf eine Revision des Urteils, setzen lokal aber auch auf zahlreiche kleinere Maßnahmen vor einem Abbruch, beispielsweise werden Frauen gezwungen, eine invasive Ultraschalluntersuchung vornehmen zu lassen. Auch mit Vorschriften wird vor allem in konservativen Bundesstaaten versucht, Anbieter von Schwangerschaftsabbrüchen zu verdrängen. In manchen Flächenstaaten der USA gibt es inzwischen nur eine Klinik, die Schwangerschaftsabbrüche vornimmt.

Susanne Kailitz | Die Autorin arbeitet als freie Journalistin in Dresden.

In Deutschland werden jährlich etwa 100.000 Schwangerschaften abgebrochen.



Anzeige

Stärkt Online-Bürgerbeteiligung die Beziehungen zwischen Politik und Gesellschaft?

Online-Bürgerbeteiligung an der Parlamentsarbeit
Angebote des Deutschen Bundestages zwischen Experiment und formeller Beteiligung

Von Britta Oertel, M.A., Carolin Kahlich und Dr. Steffen Albrecht
2018, 236 S., brosch., 39,- €
ISBN 978-3-8487-4773-3
eISBN 978-3-8452-9030-0
(Studien des Büros für Technikfolgen-Abschätzung beim Deutschen Bundestag, Bd. 45)
nomos-shop.de/36125

Mit Online-Bürgerbeteiligung verbindet sich die Erwartung, die Beziehungen zwischen Parlament und Gesellschaft zu stärken. Doch welche Erfahrungen hat der Bundestag mit seinen Angeboten gemacht? In dem Band werden fünf aktuelle Angebote untersucht und Optionen für die Weiterentwicklung diskutiert.

Portofreie Buch-Bestellungen unter www.nomos-shop.de
Alle Preise inkl. Mehrwertsteuer

Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper





Eine Frau mit Niqab im vergangenen Jahr auf der IT-Messe CeBIT in Hannover

© picture-alliance/Friso Gentsch/dpa

Stühlerücken an der Saar

LANDTAG Der saarländische Landtag kommt am Donnerstag dieser Woche zu einer Sondersitzung zusammen, um über die Nachfolge des zurückgetretenen Parlamentspräsidenten Klaus Meiser (CDU) zu entscheiden. Zugleich steht die Wahl eines neuen Ministerpräsidenten auf der Tagesordnung des Landtags. Für die Nachfolge von Amtsinhaberin Annegret Kramp-Karrenbauer (CDU) ist der bisherige Vorsitzende der CDU-Landtagsfraktion, Tobias Hans, nominiert worden. Kramp-Karrenbauer, die seit 2011 Regierungschefin des kleinsten Flächenlandes der Bundesrepublik ist, steht an diesem Montag auf einem CDU-Bundesparteitag in Berlin zur Wahl als künftige Generalsekretärin der Partei (siehe auch Seite 1). Sie stand seit 2012 an der Spitze einer Koalition von Christ- und Sozialdemokraten. Der 40 Jahre alte Hans wäre nach seiner Wahl der jüngste amtierende Ministerpräsident Deutschlands. Er gehört dem saarländischen Landtag seit 2009 an. Für das Amt des neuen Landtagspräsidenten ist der bisherige saarländische Minister für Finanzen, Europa und Justiz, Stephan Toscani (CDU), nominiert worden. Der bisherige Amtsinhaber Klaus Meiser war wegen einer Finanzaffäre beim Landes-sportverband für das Saarland zurückgetreten. Neuer Finanzminister des Landes soll der bisherige stellvertretende CDU-Fraktionsvorsitzende im Landtag, Peter Strobel, werden. Das Amt des CDU-Fraktionschefs soll Alexander Funk übernehmen, bislang ebenfalls einer der CDU-Fraktionsvize im Landesparlament. *sto/dpa*

Burka-Streit im Bundestag

ISLAM Ein AfD-Antrag zum Verbot der Vollverschleierung trifft im Parlament auf breite Ablehnung

Freunde haben Burka und Niqab nicht im Bundestag, das machten Redner aller Fraktionen vergangene Woche in der ersten Debatte über einen AfD-Antrag zum „Verbot der Vollverschleierung im öffentlichen Raum“ (19/829) deutlich. „Burka und Niqab gehören nicht nach Deutschland“, sagte Stephan Mayer (CSU) und nannte diese Kleidungsstücke „Symbole der Ausgrenzung, der Abgrenzung und der Unterdrückung der Frau“. Esther Dilcher (SPD) verwies darauf, dass sich Menschen in Europa einig seien, „einen Ganzkörperschleier als zivilisations- und frauenfeindlich zu betrachten“. Gottfried Curio (AfD) wertete die „Totalverhüllung“ muslimischer Frauen als „Zeichen bewusster Abgrenzung gegen westliche Kultur“, und Katrin Helling-Plahr (FDP) zeigte sich „zutiefst“ befremdet vom „Anblick einer Frau in Burka oder Niqab“. Auch Canan Bayram (Grüne) machte klar, in solcher Kleidung „eher ein Symbol der Unterdrückung“ zu sehen, während Christine Buchholz (Linke) „den Zwang, eine religiöse Bekleidung zu tragen“, ebenso ablehnte „wie den Zwang, sie abzulegen“.

Gleichwohl stieß auch der AfD-Antrag bei den anderen Fraktionen auf einmütige Ablehnung: Sie verwiesen darauf, dass es nur wenige hundert Fälle vollverschleierter Frauen in der Öffentlichkeit gebe, sie warnen vor den Folgen eines Verbots für die „Frauen, die gegen ihren Willen Burka oder Niqab tragen“ (Buchholz), und sie machten deutlich, dass das geforderte Verbot der Vollverschleierung ein verfassungswidriger Eingriff in das Grundrecht der Religionsfreiheit wäre.

»Wir sehen in Niqab oder Burka eher ein Symbol der Unterdrückung.«

Canan Bayram (Grüne)

»Landnahme« AfD-Mann Curio betonte dagegen, es sei „selbst innerislamischer Konsens“, dass die Freiheit der Religionsausübung durch ein Burka-Verbot nicht berührt werde. Die „Frauenvermummung“ sei nicht Religionsausübung, sondern „Geschlechterrassismus“ und ein „Signal, an unserer offen kommunizierenden Gesellschaft nicht teilhaben zu wollen“. Sie zu dulden, „wäre ein fatales Zeichen, dass unser Rechtsstaat zurückweicht vor der kulturellen Landnahme durch radikalen Islamismus“. Mayer hob hervor, dass die Vollverschleierung auch ein „enormes“ Integrationshindernis sei. Der CSU-Abgeordnete verwies zugleich darauf, dass nach einer 2017 in

Kraft getretenen Regelung Beamtinnen und Soldatinnen vollverschleiert keine Tätigkeit mit dienstlichem Bezug ausüben und Lichtbilder für Legitimationspapiere wie etwa Passfotos keine vollverschleierten Personen zeigen dürften. Die Union werde alles rechtlich Mögliche und Vertretbare tun, „um auch in weiteren Kontexten die Vollverschleierung zu unterbinden“, aber nicht „eine verfassungswidrige Regelung in Kraft setzen“, fügte Mayer hinzu. Die im Grundgesetz garantierte Religionsfreiheit sei ein „Kernpfeiler unserer Verfassung“ und Freiheitsrechte und entsprechend zu achten.

200 bis 300 Fälle Auch die Sozialdemokratin Dilcher erinnerte daran, dass das Grundgesetz die ungestörte Religionsausübung gewährleiste. Ohnedies trage die Mehrzahl der Muslima weder Burka noch Niqab, argumentierte Dilcher und attestierte der AfD, deren Antrag sei „auf Diffamierung und Hetze“ ausgerichtet. „Sehen Sie wirklich eine Gefahr für unser Land durch 300 Muslima? Es geht hier einmal mehr darum, den Islam in Deutschland zu stigmatisieren“, sagte sie an die Adresse der Antragsteller. Helling-Plahr verwies ebenfalls darauf, dass Schätzungen von maximal 200 bis 300 Burka-Trägerinnen in Deutschland ausgingen. Die Liberale mahnte, in einer offenen Gesellschaft müsse auch die Vollverschleierung möglich sein. Dies gebiete bereits das Grundgesetz. Hätte der AfD-An-

trag Erfolg, könnten Frauen, die bisher nur vollverschleiert außer Haus dürften, künftig das Haus gar nicht mehr verlassen. Ähnlich argumentierte die Linke-Abgeordnete Buchholz, die zugleich kritisierte, der AfD gehe es „weder um die betroffenen Frauen noch um weibliche Selbstbestimmung“, sondern „darum, weiter rassistische Vorurteile gegen Muslime und den Islam zu verbreiten“. Mit Blick auf das von Curio verwendete Bild einer „kulturellen Landnahme“ konstatierte sie, die AfD stelle hier „eine Behauptung auf, die nichts mit der Realität zu tun hat, sondern ausschließlich ihrer rassistischen Paranoia entspringt“. Dass zwei Tage vor der Debatte eine Frau in einem Berliner Supermarkt ver-

letzt worden sei, „als ihr gewaltsam der Schleier vom Kopf gerissen wurde“, sei Resultat der „Hetze“ der AfD.

»Wie die Taliban« Die Grünen-Parlamentarierin Bayram richtete an die AfD-Fraktion die Frage, ob diese „dasselbe wie die Taliban“ machen wolle: „Wollen Sie den Frauen, denen verboten wird, sich im öffentlichen Raum zu bewegen, wenn sie keinen Schleier tragen, verbieten, sich im öffentlichen Raum zu bewegen, weil sie einen Schleier tragen?“ Notwendig sei vielmehr, die Frauen zu stärken, „damit sie in der Lage sind, sich gegen die Männer zu wehren, die ihnen das aufzwingen wollen“.

Helmut Stoltenberg

STICHWORT

Landesweite Verbote der Vollverschleierung in EU-Staaten

> Deutschland Beamte und Soldaten dürfen ihr Gesicht bei Ausübung ihres Dienstes oder bei Tätigkeiten mit unmittelbarem Dienstbezug nicht verhüllen. Das hatte der Bundestag im April vergangenen Jahres beschlossen.

> EU-Staaten Landesweite Verbote der Vollverschleierung in der Öffentlichkeit wurden in den vergangenen Jahren in Belgien, Bulgarien, Frankreich, Lettland und Österreich beschlossen. In den Niederlande ist die Gesichtverschleierung in öffentlichen Gebäuden und Verkehrsmitteln verboten. Italien kennt seit Jahrzehnten ein generelles Vermummungsverbot.



© picture-alliance/blickwinkel

Linke und Grüne fordern mehr Transparenz bei Interessenvertretung

LOBBYREGISTER Während die SPD Sympathien für das Ansinnen zeigt, gibt es dafür aus Sicht von Union und FDP keinen Bedarf. Die AfD will Aufklärung über »ideologische Einflüsterer«

Linke und Grüne halten an ihrer Forderung nach Einführung eines verpflichtenden Lobbyregisters fest. Die beiden Oppositionsfraktionen haben – wie auch schon in den vergangenen Wahlperioden – parlamentarische Initiativen gestartet, die vergangenen Donnerstag in erster Lesung durch den Bundestag beraten wurden. Der Gesetzentwurf der Linksfraktion (19/15) und der Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen (19/836) zielen auf mehr Transparenz ab. Transparenz darüber, welche Interessenvertretung in wessen Auftrag und mit welchem Budget auf die Gesetzgebung oder andere politische Entscheidungen einwirkt oder einzuwirken versucht, wie es im Gesetzentwurf der Linksfraktion heißt. Beide Fraktionen machen sich auch für den sogenannten legislativen Fußabdruck stark. Danach soll eine Beeinflussung durch Lobbyisten – beispielsweise bei Gesetzentwürfen der Bundesregierung, die

dem Bundestag zugeleitet werden – „dokumentiert und für den weiteren Beratungsprozess transparent gemacht werden“.

»Alte Kamellen« Union und FDP lehnen die Vorschläge ab, wie bei der Debatte deutlich wurde. „Wir haben kein Transparenzproblem im Deutschen Bundestag“, sagte Patrick Schnieder (CDU) und warnte vor einer Beschneidung des freien Mandats der Abgeordneten. Von „alten Kamellen“ sprach Katharina Klope (FDP). Linke und Grüne würden zwar von Transparenz sprechen, aber mit ihrem Vorhaben noch mehr Bürokratie schaffen, sagte sie. Für ein verpflichtendes Lobbyregister sprach sich Matthias Bartke (SPD) aus. Einen dahingehenden Gesetzentwurf habe seine Fraktion auch schon in der vergangenen Legislaturperiode vorbereitet, ihn aber schlussendlich nicht eingebracht, weil es am Willen des Koalitionspartners gefehlt habe. Die AfD unterstütze „jede Forderung nach mehr Beteiligung des Volkes“, sagte Thomas Seitz (AfD). Der Linksfraktion warf er mit Blick auf den Gesetzentwurf gleichzeitig vor, von einem weiteren bürokratischen Monster zu träumen. Friedrich Straetmanns (Die Linke) führte als Beleg für die Notwendigkeit des Lobby-

registers die Aktivitäten der Automobillobby im Zusammenhang mit dem Abgaskandal an. Nach Abschluss des Untersuchungsausschusses hätten sich die Regierungsparteien auf eine Position geeinigt, die man auf EU-Ebene habe vertreten wollen, sagte Straetmanns. Diese Position habe dem Verband der Automobilindustrie

nicht gepasst. weshalb Verkehrsminister Alexander Dobrindt (SPD) kontaktiert und die Position der Bundesregierung auf Linie des Verbands gebracht worden sei. „Alle Vorurteile über Gemauschel in der Politik werden hierdurch bestätigt“, sagte er. Nur mehr Transparenz schaffe mehr Vertrauen in die Demokratie.

Patrick Schnieder räumte ein, dass es „im Einzelfall“ Auswüchse gebe ebenso wie „schwarze Schafe“ unter den Lobbyisten. Mit einer Diskreditierung zulässiger Interessensausübung sei das Problem aber nicht in die Griff zu bekommen, sagte der CDU-Abgeordnete. Stattdessen würde das freie Mandat der Abgeordneten beschnitten. Zudem gebe es „durchgreifende verfassungsrechtliche Bedenken“, da sich Interessenvertreter immer auf das Grundgesetz stützen könnten. Schnieder warb dafür, „dass wir uns selbst vertrauen und uns selbst zutrauen, dass wir die Interessen, die an uns herangetragen werden, sorgsam und sachgerecht abwägen können“.

Gute Argumente Matthias Bartke nannte die seit 1972 existierende Verbändeliste, auf der sich Verbände freiwillig eintragen könnten, nicht ausreichend. Als wichtig bewertete er den „exekutiven Fußabdruck“, da die Lobbyisten auf die Ministerien zügingen. Zugleich äußerte der SPD-Abgeordnete die Hoffnung, dass sich die Union „von guten Argumenten“ überzeugen lasse, das Lobbyregister in den Koalitionsvertrag aufzunehmen. Aus Sicht der AfD geht es nicht nur um die „Publizität von Kontakten mit Subventi-

onempfangern, mit der Großindustrie oder mit Finanzakteuren“, sagte Thomas Seitz. Wichtig sei es auch, „den Einfluss von Vertretern ideologischer Gesinnungen aufzuklären“. Es brauche Aufklärung über den Einfluss „ideologischer Einflüsterer“ auf Legislative und Exekutive, sagte der AfD-Abgeordnete.

Politikverachtung Katharina Klope kritisierte den Gesetzentwurf der Linken, dessen Kernaussage sei, „dass man den Abgeordneten stets auf die Finger schauen muss, damit sie nicht das Kungeln anfangen“. Dieses plakative Anklagen vermeintlich schlimmer Zustände würde zur Politikverachtung beitragen, befand die FDP-Abgeordnete.

Britta Haßelmann (Grüne) wandte sich an die Union mit der Forderung: „Hören Sie endlich damit auf, einen Popanz aufzubauen im Hinblick auf das freie Mandat.“ Der Antrag mache deutlich, „dass das freie Mandat einen bestimmten Rahmen vorgibt, der natürlich einzuhalten ist“. Die SPD warnte sie: „Strapazieren Sie uns bitte nicht wieder vier Jahre mit der Aussage: Ich hätte gerne ein Lobbyregister, es kann aber leider nichts werden, weil der Koalitionspartner nicht mitmacht.“ *Götz Hausding*



Auch Lobbyisten gehören zu den Besuchern des Bundestages.

© picture-alliance/dpa



Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper

Dramatisch schlecht

VERTEIDIGUNG Der Wehrbeauftragte Hans-Peter Bartels warnt vor massiven Mängeln bei Ausrüstung und Personal der Bundeswehr



Über sechs U-Boote der Klasse 212A verfügt die deutsche Marine – einsatzbereit ist derzeit keines.

© picture-alliance/NurPhoto

Das darf man getrost als politische Ohrfeige verstehen: „Die proklamierten Trendwenden für Personal, Material und Finanzen sind unbedingt zu begrüßen. Nur macht die Proklamation allein noch nichts besser.“ Mit diesen deutlichen Worten fasste der Wehrbeauftragte des Bundestages, Hans-Peter Bartels, in der vergangenen Woche bei der Vorstellung seines Jahresberichts 2017 (19/700) den Zustand der Bundeswehr zusammen und attackierte damit Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen (CDU), die vor zwei Jahren die sogenannten Trendwenden versprochen hatte. Alles sollte besser werden für die strapazierten deutschen Streitkräfte: Mehr Geld, mehr Personal und mehr Ausrüstung werde die Truppe erhalten, hatte die Ministerin angekündigt. Doch die Bilanz des Wehrbeauftragten fällt ernüchternd aus.

Fehlende Ersatzteile Beispiel Ausrüstung: „Die Materiallage bleibt dramatisch schlecht, an manchen Stellen ist sie noch schlechter geworden“, lautet Bartels Befund. Neue Ausrüstung werde nur schleppend ausgeliefert, das neue Gerät sei oft nicht einsatzbereit und überall fehle es an Ersatzteilen. „So sah die Lage bei Flugzeugen und Hubschraubern, Schiffen und U-Booten, bei Panzern und Kraftfahrzeugen im Berichtsjahr aus“, ist im Bericht des Wehrbeauftragten zu lesen. Von den bislang 14 in Dienst gestellten Airbus A400M-Transportflugzeugen sei Ende vergangenen Jahres zeitweise keins für den Einsatz bereit gewesen. Insgesamt 53 Ma-

schinen des A400M soll die Luftwaffe erhalten, die die alten Transall-Transportflugzeuge ersetzen sollen. Bis 2021 sollen die Transall ausgemustert werden. Doch die Auslieferung des A400M hatte sich in den vergangenen Jahren immer wieder verzögert – und scheint sich weiter zu verzögern. Nach einem Bericht der Deutschen Presse-Agentur (dpa) sieht eine mit Airbus geschlossene Absichtserklärung vor, dass sich die Auslieferung der ausstehenden Maschinen noch bis 2026 hinziehen wird. Eigentlich sollten die letzten A400M bis 2020 an die Luftwaffe übergeben werden.

Auch bei der Marine bereitet der Zulauf neuer Schiffe Probleme. So musste nach Angaben des Wehrbeauftragten im Dezember 2017 die bereits übernommene neue Fregatte „Baden-Württemberg“ (F125) wegen erheblicher Soft- und Hardware-Mängel wieder an die Werft zurückgegeben werden. „Prekär“ sieht es auch bei der U-Boot-Flotte aus. Von den sechs U-Booten habe der Marine kein einziges fahrbereit zur Verfügung gestanden, moniert Bartels. Bei der Marine wirkten sich die begrenzten Instandsetzungskapazitäten und die langwierige Beschaffung von Ersatzteilen besonders negativ aus. „Die Einsatzbereitschaft wird so über einen längeren Zeitraum erheblich beeinträchtigt. Damit verbietet sich eigentlich jede zusätzliche Belastung durch weitere maritime Aufträge“, räumt Bartels unumwunden ein. Nicht viel besser sieht es beim Heer aus. Die Einsatzbereitschaft der Kampfpanzer Leopard 2 habe „grundsätzlich eine kritische Marke erreicht“, attestiert der Wehrbeauftragte in seinem Bericht. Im November 2017 seien nur 95 der insgesamt 244 Pan-

zer einsatzbereit gewesen. Dies sei zum einen der Modernisierung geschuldet, aber auch langer Reparaturzeiten wegen fehlender Ersatzteile. Die Ausfälle beim Großgerät birgt für die Truppe massive Probleme, weil die Soldaten nicht ausgebildet werden können. So kaufte das Verteidigungsministerium Ende 2017 beim ADAC 6.500 Flugstunden auf Hubschraubern ein, nur damit die Bundeswehrpiloten des Transporthubschraubers NH-90 und des Kampfhubschraubers Tiger ihre vorgeschriebene Anzahl an Flugstunden absolvieren können und nicht ihre Fluglizenzen verlieren. Ähnliche Verträge mit privaten Anbietern bestehen auch für die Hubschrauberpiloten von Luftwaffe und Marine. „Diese Notlösungen zeigen

eindringlich, dass hier ein ernstes Problem besteht“, warnt Bartels.

Der Truppe mangelt es aber nicht nur an Ausrüstung, sondern auch an Soldaten. Nach Informationen des Verteidigungsministeriums seien Ende vergangenen Jahres 21.000 Dienstposten von Offizieren und Unteroffizieren vakant gewesen, führt der Wehrbeauftragte an. Besonders stark betroffen seien jene Bereiche der Streitkräfte, die mit extremen körperlichen Anforderungen oder speziellen Fähigkeiten verbunden sind – etwa bei Piloten, Kampfschwimmern und Minentauchern, aber auch bei Verwendungen mit IT-Kenntnissen und elektronischem Fachwissen. Die Liste der unterbesetzten Bereiche in der Truppe umfasst rund 300 verschiedene Verwendungen.

Bündnisverpflichtungen Für Aufregung sorgten in der vergangenen Woche zudem Presseberichte über ein internes Papier des Verteidigungsministeriums, nach dem sich die Panzerlehrbrigade 9 aus Münster Kampfpanzer und anderes Gerät aus anderen Verbänden leihen müsse, um 2019 ihrer Aufgabe bei der Führung der sogenannten Nato-Speerspitze erfüllen zu können. Das Ministerium wiegelte zwar ab: Deutschland könne sehr wohl seinen Bündnisverpflichtung nachkommen. Aber die Kritik an Ministerin von der Leyen wird lauter. Sie sei bereits vier Jahre im Amt, da könne sie sich nicht mehr auf eine bloße Analyse der Probleme beschränken, sondern müsse Lösungen bieten, monierte etwa Tobias Lindner, sicherheitspolitischer Sprecher der Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen. Alexander Weinlein

> STICHWORT

Wehrbeauftragter des Bundestages

> **Aufgabe** Als Hilfsorgan des Bundestages dient der Wehrbeauftragte der parlamentarischen Kontrolle der Bundeswehr und zum Schutz der Grundrechte der Soldaten. Einmal im Jahr legt er dem Parlament einen Bericht vor.

> **Rechte** Der Wehrbeauftragte kann Eingaben der Soldaten untersuchen, hat das Recht auf Akteneinsicht und kann jederzeit auch unangemeldete Truppenbesuche machen.

> **Wahl** Er wird für eine Amtszeit von fünf Jahren vom Bundestag gewählt.

Beruf und Kinder im Zeichen der Partnerschaft

FAMILIE Union und SPD sehen Elterngeld Plus als Erfolgsgeschichte. FDP, Linke und Grüne wollen flexiblere Lösungen. AfD fürchtet das »Aussterben des deutschen Volkes«

Vertreter der Bundesregierung und der Fraktionen von CDU/CSU und SPD ziehen eine positive Bilanz aus dem Elterngeld Plus und dem Partnerschaftsbonus. In der Debatte des Bundestages am vergangenen Freitag über eine Unterrichtung der Regierung über die 2015 eingeführte familienpolitische Leistung (19/400) verwies Bundesfamilienministerin Katarina Barley darauf, dass sich der Anteil jener Eltern, die Elterngeld Plus beantragen, von 13,8 auf 28 Prozent aller Elterngeldbezieher verdoppelt habe. Die Mehrheit der Eltern wolle sich die Betreuung ihrer Kinder partnerschaftlich teilen, sagte Barley. So würden 27 Prozent der Väter, die Elterngeld Plus beantragen, zugleich den Partnerschaftsbonus in Anspruch nehmen. Das Elterngeld Plus kann doppelt so lange bezogen werden wie das herkömmliche Elterngeld, beträgt dann aber auch nur maxi-

mal 50 Prozent des Elterngeldes. Als Partnerschaftsbonus können Eltern jeweils vier zusätzliche Monate Elterngeld Plus beziehen, wenn in dieser Zeit beide Elternteile mindestens 25 und höchstens 30 Stunden pro Woche in Teilzeit arbeiten. Nadine Schön (CDU) und Katja Mast (SPD) bezeichneten das Elterngeld und das Elterngeld Plus als „Erfolgsgeschichte“. Zugleich warben beide Parlamentarierinnen für den von Union und SPD ausgehandelten Koalitionsvertrag. Dieser beinhaltet weitere umfangreiche Entlastungen und Unterstützung für Familien. Schön verwies auf die geplante Erhöhung des Kindergeldes und des Kinderfreibetrages sowie die Einführung eines Baukindergeldes. Mast nannte als Beispiele die geplante Gebührenfreiheit für Kitas und den Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung für Kinder im Grundschulalter.



Immer mehr Eltern entscheiden sich für das Elterngeld Plus.

© picture-alliance/dpa

Prinzipielles Lob für das Elterngeld Plus kam auch aus den Reihen der FDP, der Linken und von Bündnis 90/Die Grünen. Katja Suding (FDP) warf der Regierung

allerdings „Schönfärberei“ in ihrer Unterrichtung vor. Es sei zwar richtig, dass 77 Prozent der Bezieher des Elterngeld Plus dies als eine „gute Sache“ ansehen, al-

Ungeliebte Verträge

ARBEIT Linke will sachgrundlose Befristung abschaffen

Die Ankündigung von Union und SPD, im Falle einer Großen Koalition die sachgrundlosen Befristungen einzuschränken, konnte die Linkspartei anscheinend nicht überzeugen. Anknüpfend an ihre zahlreichen Anträge der vergangenen Legislaturperiode, legte sie erneut einen Antrag (19/831) zur Abschaffung von sachgrundlos befristeten Arbeitsverträgen vor. „Warum? Weil Sie das Problem bislang nicht gelöst haben“, wandte sich Susanne Fersch, für Die Linke neu in den Bundestag eingezogen, an CDU/CSU und SPD. Laut deren Koalitionsvertrag sollen sachgrundlose Befristungen künftig nur noch 18 statt bisher 24 Monate möglich sein und nicht mehr dreimalig, sondern nur noch einmalig verlängert werden können. Außerdem sollen in Betrieben mit mehr als 75 Beschäftigten nur noch maximal 2,5 Prozent der Beschäftigten ohne Sachgrund befristet beschäftigt werden können.

»Das Schreckgespenst, das Sie hier gemalt haben, entspricht nicht der Realität.«

Wilfried Oellers (CDU)

Doch das reicht der Linken nicht. Für die Mehrheit der Beschäftigten ändere sich dadurch gar nichts, denn sie arbeite in Betrieben mit weniger als 75 Mitarbeitern, kritisierte Fersch. Durch die 2,5-Prozent-Regel für größere Betriebe würde ein „Flickenteppich“ aus unterschiedlichen Regeln in ein und demselben Betrieb geschaffen, so die Linken-Abgeordnete.

Beate Müller-Gemmeke (Bündnis 90/Die Grünen), forderte ebenfalls die Streichung der sachgrundlosen Befristung. „Grundlos meint im Wortsinn nichts anderes als „einfach so, willkürlich zu befristet. So etwas darf es in der Arbeitswelt nicht geben, denn der Preis für die Beschäftigten und

ihre Familien ist zu hoch“, sagte sie. Es gebe auch heute schon genügend Möglichkeiten, Arbeitsverträge mit Sachgrund zu befristet, etwa bei Auftragspitzen oder Projektarbeit, ergänzte die Grüne.

Auch die SPD-Fraktion betonte ihre Abneigung gegen sachgrundlose Befristungen: „Sie sind unfair und gehören deshalb in den Papierkorb“, sagte Gabriele Hiller-Ohm (SPD). In einer Koalition mit der Union habe die SPD immerhin einen Kompromiss erreicht, von dem 400.000 Beschäftigte profitieren, verteidigte sie die Pläne.

Wilfried Oellers (CDU) warf der Linken vor: „Das Schreckgespenst, das Sie hier von Befristungen gemalt haben, entspricht überhaupt nicht den Tatsachen.“ Erstens läge der Anteil bei vertretbaren sieben bis acht Prozent an allen Beschäftigungsverhältnissen und zweitens sei die Übernahmequote mit rund 40 Prozent sehr beachtlich, so Oellers.

Sebastian Münzenmaier (AfD) betonte, das Hauptproblem liege bei den „unsäglichen Kettenbefristungen“ von Arbeitsverträgen, die mit Sachgrund befristet seien. Dies spiele aber in der Debatte gar keine Rolle, weil diese sich fälschlicherweise nur auf die sachgrundlose Befristung konzentrierte, so der AfD-Politiker.

Ähnlich argumentierte auch Jens Beeck (FDP), der auf die hohe Zahl der mit Sachgrund befristeten Verträge im Wissenschafts- und Bildungsbereich hinwies. Den Antrag der Linken nannte er „beschäftigungsfeindlich und unsozial“, weil er die Chancen zum Beispiel von Langzeitarbeitslosen vernichte. Claudia Heine

Streit um Cannabisverbot

GESUNDHEIT Grüne, Linke und FDP fordern neue Strategie

Mit den Grünen, der FDP und den Linken werben drei Parteien im Bundestag offensiv für eine Abkehr vom Cannabisverbot. Zur Begründung heißt es, die Repression und Prohibition habe nicht die gewünschte Schutzwirkung gezeigt, sondern die Problemlage durch einen Schwarzmarkt, minderwertige und gesundheitsschädliche Angebote sowie einen unverhältnismäßigen Mitteleinsatz zur Strafverfolgung in Polizei und Justiz noch verschärft. Vergangene Woche befasste sich der Bundestag erstmals mit Vorlagen der Fraktionen, die eine Legalisierung unter kontrollierten Bedingungen anstrebten. Die FDP schlägt in ihrem Antrag (19/515) vor, Modellprojekte für den freien Cannabiskonsum zu ermöglichen. Das Ziel müsse sein, die Verbreitung von Cannabis zu kontrollieren und den Gesundheits- und Jugendschutz in der Bevölkerung zu verbessern.

Die Linke fordert in ihrem Antrag (19/832), von einer strafrechtlichen Verfolgung bei Volljährigen abzusehen, wenn es um bis zu 15 Gramm getrocknete Teile der Cannabispflanze oder äquivalente Mengen anderer Cannabiserzeugnisse oder bis zu drei Cannabispflanzen zum Eigenkonsum gehe. Zudem wäre eine staatlich kontrollierte Abgabe denkbar.

Die Grünen legten erneut einen Entwurf für ein Cannabiskontrollgesetz vor. Mit einem solchen Vorstoß waren sie in der vergangenen Legislaturperiode gescheitert. Der Gesetzentwurf (19/819) sieht vor, Cannabis aus den strafrechtlichen Regelungen des Betäubungsmittelgesetzes (BtMG) herauszunehmen. Stattdessen solle ein kontrollierter legaler Markt für Cannabis eröff-

net werden mit einer staatlich regulierten Handelskette. Der Verkauf an Minderjährige soll verboten sein. Um den Jugendschutz zu fördern, sollen ein Mindestalter der Cannabisfachgeschäfte von Schulen und Jugendeinrichtungen und ein Werbeverbot gelten. Geplant ist zudem eine Cannabissteuer. Kirsten Kappert-Gonther (Grüne) sagte: „Vernunft und Evidenz gebieten endlich die kontrollierte Freigabe von Cannabis.“ Union und AfD machten deutlich, dass sie am Verbot festhalten wollen. Stephan Pilsinger (CSU) argumentierte, Cannabiskonsum sei mit erheblichen Gesundheitsrisiken verbunden.

Es wäre grotesk, Tabakwerbung verbieten zu wollen und sich von Cannabis Steuereinnahmen zu verschließen. Axel Gehrke (AfD) merkte an, Cannabis sei eine Einstiegsdroge und warnte: „Öffnen Sie nicht die Büchse der Pandora.“ Es sei in Irrglaube, dass mit der Legalisierung der Markt ausgetrocknet würde. Die Dealer würden „auf billiges Material und härtere Drogen“ ausweichen. Er räumte ein: „Eigentlich müssten entsprechend auch Alkohol und Nikotin verboten werden.“ Rudolf Henke (CDU) ergänzte, in Deutschland gebe es pro Jahr rund 100.000 Tabaktote und rund 40.000 Alkoholtote. Prävention sei bei Suchtstoffen der zentrale Ansatz. Sabine Dittmar (SPD) warb für Modellprojekte zur Abgabe von Cannabis. Zu erwarten sei ein besserer Jugendschutz. Wieland Schinzenburg (FDP) sagte, solche Modellprojekte könnten neue Erkenntnisse bringen. Er fügte hinzu: „Ich habe mehr Angst vor Einbruchdiebstählen als davor, dass mein Nachbar kifft.“ Claus Peter Kosfeld

»Millionenträge werden versenkt, um ein paar Kiffer zu verfolgen.«

Niema Movassat (Die Linke)



Linke fordert Verbot von Atomwaffen

AUSWÄRTIGES Die Fraktion Die Linke fordert die Bundesregierung auf, den UN-Atomwaffenverbotsvertrag umgehend zu unterzeichnen. 122 Länder Staaten hätten im Juli 2017 mit dem Beschluss der UN-Vollversammlung über den Vertrag zum Verbot von Atomwaffen ein deutliches Zeichen für eine nuklearwaffenfreie Welt gesetzt, heißt es in einem Antrag (19/98), der vergangene Woche in die Ausschüsse überwiesen wurde.

Christine Buchholz (Die Linke) kritisierte, dass die USA 400 Milliarden Euro in die atomare Aufrüstung investieren wolle. Deutschland sei durch geplante neue Trägerflugzeuge im Rahmen der nuklearen Teilhabe mitverantwortlich für die neue Rüstungsspirale: „Stoppen Sie diesen Aufrüstungswahnsinn.“ Frank Steffel (CDU) argumentierte, dass nukleare Abrüstung nur durch Diplomatie bei gleichzeitiger Verteidigungsfähigkeit erfolgreich sei. Ein einseitiger Verzicht der Demokratien dieser Welt wäre verantwortungslos und gefährlich. Karl-Heinz Brunner (SPD) sagte, dass Atomwaffenverbot nicht ohne jenen Staaten durchsetzbar sein dürfte, die über solche Waffen verfügen. Zudem dürften die bestehenden Abrüstungs- und Kontrollmechanismen nicht aufgeweicht werden.

Robby Schlund (AfD) forderte die Bundesregierung auf, sich dafür einzusetzen, dass „alle auf deutschen Boden befindlichen alliierten Truppen“ abziehen und dabei ihre Atomwaffen mitnehmen. Die Nato müsse auf ein reines Verteidigungsbündnis beschränkt sein.

Alexander Müller (FDP) warb dafür, den Atomwaffenperrvertrag von 1970 – „Herzstück der Abrüstung“ – weiterzuentwickeln, statt einen neuen Vertrag ohne Beteiligung der Atomkräfte zu etablieren. Eine Aufgabe der deutschen nukleare Teilhabe könnte zudem Russland ermuntern, sich weitere Teile Osteuropas einzuverleiben.

Jürgen Trittin (Grüne) sprach von einer „Sandkastenlogik“ der Atomkräfte. Die neue US-Nuklearstrategie wolle einen begrenzten Atomkrieg potentiell „führbar“ machen mit taktischen Atomwaffen („Mini Nukes“), die die Schlagkraft der Bomben von Hiroshima und Nagasaki hätten. **aha**



Der Wahlkampf in Italien geht in die letzte Runde, doch noch immer weiß jeder zweite Wahlberechtigte nicht, welche Partei er wählen soll – und ob überhaupt.

FDP will Hohe Vertreterin stärken

EUROPA Die FDP-Fraktion will die Rolle der Hohen Vertreterin der Europäischen Union, einer Art „Außenministerin“ der EU, stärken. Die Hohe Vertreterin, derzeit die Italienerin Federica Mogherini, müsse für alle zentralen Bereiche der europäischen Außenpolitik, insbesondere die Nachbarschaftspolitik, zuständig sein und unter anderem ein Rederecht in der Hauptversammlung der Vereinten Nationen erhalten, fordern die Liberalen in einem Antrag (19/822), über den der Bundestag am vergangenen Freitag erstmals beriet.

Die EU könne weltpolitisch nur Einfluss nehmen, wenn es geschlossen agiere, betonte Alexander Graf Lambsdorff. Derzeit sei sie angesichts der Ereignisse in Syrien und anderswo aber „völlig machtlos“. Er sprach sich für häufigere Mehrheitsentscheide und die Schaffung von Stellvertreterposten für die Hohe Vertreterin aus. Unterstützung signalisierten CDU/CSU, SPD und Bündnis 90/Die Grünen. Europa komme in wesentlichen außenpolitischen Feldern, etwa in Nordafrika und dem Nahen und Mittleren Osten, nicht voran und müsse daher seine Instrumente anpassen, sagte Thorsten Frei (CDU). Franziska Brantner (Grüne) betonte, die EU habe die Wahl, entweder Spielball zu sein oder als gestaltender Akteur wieder eine Rolle zu spielen. Es sei „beschämend“, dass sie den Bombardierungen im syrischen Ost-Ghouta nichts entgegen zu setzen habe. Für die SPD lobte Johannes Schrappe die jüngst beschlossene engere Zusammenarbeit im Verteidigungsverhieb („Pesco“). Weitere Schritte sollten ein Ausbau der Zivilen Permanenten Zusammenarbeit und der Krisenprävention sein.

Der Siegbert Droese (AfD) wandte sich gegen eine „zentralistische europäische Außenpolitik“. Die EU müsse „erstmal ihre elementaren Hausaufgaben machen“, etwa die Außengrenzen sichern. Dieter Dehm (Die Linke) warf der Europäischen Union vor, immer mehr Geld für Verteidigung und Militär auszugeben. Die Welt brauche aber keine „weltkriegsfähige EU“, sondern eine große Initiative für Abrüstung.

Das Amt des Hohen Vertreters der Europäischen Union für Außen- und Sicherheitspolitik wurde Ende 2009 mit Vertrag von Lissabon in seiner heutigen Form geschaffen. Vor Mogherini hatte es vier Jahre lang die Britin Catherine Ashton inne. **joh**

Drohendes Patt

ITALIEN Nach der Wahl ist eine Hängepartie wahrscheinlich

Italien drohen deutsche Verhältnisse. Am 4. März sind die Italiener aufgerufen, ein neues Parlament und damit auch eine neue Regierung zu wählen. Das Land hatte den Rücktritt von Ministerpräsident Matteo Renzi im Dezember 2016 wegen des gescheiterten Verfassungsreferendums überraschend gut überstanden und bis zu den turnusgemäßen Wahlen in diesem Frühjahr durchgehalten. Nun aber steht es wieder einmal vor chaotischen Zeiten. Laut Umfragen wird keine Partei und kein Bündnis die erforderliche Regierungsmehrheit von etwa 40 Prozent erreichen. Drei Blöcke stehen sich gegenüber: Die zerstrittene Linke, ein neu entstandenes Mitte-Rechts-Bündnis und eine populistische Bewegung, die weder links noch rechts sein möchte.

Genau mit diesem Image punktet die Fünf-Sterne-Bewegung von Ex-Komiker Beppe Grillo, die sowohl einen rasanten Aufstieg als auch einen rasanten Wandel hingelegt hat. Der Showman Grillo hat sich zurückgezogen und das Wahlkampf-Parkett dem Spitzenkandidaten Luigi Di Maio überlassen. Der 31-Jährige ist das Sinnbild von Seriosität und damit das komplette Gegenteil von Strippenzieher und Bewegungs-Gründer Grillo. Die Bewegung ist in den Umfragen dennoch mit 27 Prozent die stärkste Kraft. Inhaltlich hält man sich an der Oberfläche, will trotz Skandalen lieber mit den Schlagworten „Ehrlichkeit“ und „Transparenz“ punkten. So finden sich in dem zwanzig Punkte umfassenden Wahlprogramm sowohl Forderungen nach einer Art Bürgereinkommen und Steuererleichterungen als auch das Bekenntnis zur „Green Economy“. Wichtig ist der Bewegung auch der Kampf gegen die Migration. Das einstige Steckenpferd der Fünf Sterne aber fehlt: ein Referendum über den Austritt Italiens aus dem Euro. Vielleicht hat ein Blick in die Verfassung zu dem Sinneswandel geführt: Referenden über internationale Verträge sind darin nämlich nicht vorgesehen. Der zweite große Block wird angeführt von keinem geringeren als dem viermaligen Ministerpräsidenten Silvio Berlusconi. Das

Stehaufmännchen der italienischen Politik ist wieder omnipräsent. Auch wenn er wegen einer rechtskräftigen Verurteilung wegen Steuerbetrugs bis Ende 2019 für keine politischen Ämter kandidieren darf, präsentiert sich der 81-Jährige als letzte und einzige Rettung des Landes. Seine Partei Forza Italia kommt in den Umfragen auf 16,3 Prozent. Im Zusammenschluss mit der rechten Lega von Matteo Salvini und den noch rechteren Fratelli d'Italia will Berlusconi alles tun, um diese „Sekte“, wie er die Fünf-Sterne-Bewegung nennt, nicht an die Regierung kommen zu lassen. „Populistisch und rebellisch, attraktiv für Habenichtse“, so ist Berlusconi Sicht auf die Konkurrenten. Gemeinsam liegt das Mitte-Rechts-Bündnis in den Umfragen zwischen 37 und 38 Prozent.

Dabei kann Berlusconi sich das Wort „Populismus“ durchaus selbst auf die Fahnen schreiben. Im Wahlkampf verspricht er das Blaue vom Himmel: Ein einziger Steuersatz für alle in Höhe von 23 Prozent und höhere Renten sind seine Lieblingsthemen. Die Finanzierung lässt er offen, schließlich hat Italien noch immer mit einer Schuldenlast von fast

133 Prozent des Bruttoinlandsproduktes zu kämpfen. In einem sind sich vor diesem Hintergrund die Wahlkämpfer jeder Couleur einig: Die Drei-Prozent-Regel, die die Neuverschuldung von EU-Mitgliedstaaten im Zaum halten soll, soll endlich ausgesetzt werden, damit die Wirtschaft Italiens wieder angekurbelt werden kann. Das will auch Ex-Ministerpräsident Matteo Renzi. Doch der hat vor allem mit der eigenen Partei zu kämpfen. Der sozialdemokratische Partito Democratico (PD) versinkt in internen Streitereien. Genau ein Jahr nach dem verlorenen Verfassungsreferendum, am 4. Dezember 2017, hat sich die Liste „Liberi e Uguali“ (Die Freien und Gleichen) gegründet, eine Vereinigung von Kleinstparteien, die sich in den Monaten zuvor von der Mutterpartei PD abgespalten hatten – im Kampf gegen deren Parteivorsitzenden Renzi. Etwa sechs Prozent entfallen in den Umfragen auf die neue Partei –

während der PD auf 23 Prozent weiter abgesackt ist. Die Italiener haben längst einen neuen Liebling: Seit rund einem Jahr regiert Paolo Gentiloni als Renzi-Ersatz Italien. Heimlich, still und leise. 49 Prozent der Italiener sind mit Gentilonis Arbeit zufrieden. Doch einen Spitzenkandidaten wollte die Partei nicht aus ihm machen. Bewahrheiten sich die Umfragen, steht Italien vor einem politischen Patt. Will man Neuwahlen vermeiden, werden wohl oder übel bündnisübergreifende Koalitionen geschmiedet werden müssen. Experten sehen eine große Koalition zwischen dem Partito Democratico und der Forza Italia als durchaus realistisch an, auch wenn dieses sowohl von Berlusconi als auch von Renzi heftig dementiert wird. Zumindest vor dem Wahlvolk. Dieses soll nun erst einmal wählen, ohne zu wissen, wen und was es für seine Stimme bekommt. Da überrascht es wenig, dass die stärkste Kraft in den Umfragen auch kurz vor der Wahl noch die Unentschiedenen sind: Fast jeder Zweite weiß nicht, wen oder ob er überhaupt wählen wird. **Almut Siefert**

Die Autorin ist Korrespondentin der „Stuttgarter Zeitung“ und der „Stuttgarter Nachrichten“ in Rom.

STICHWORT

Das italienische Parlament

> Kammern Der Senat (Senato della Repubblica) und die Abgeordnetenkammer (Camera dei deputati) in Rom sind im Gesetzgebungsverfahren gleichberechtigt. Die größere von beiden ist mit 630 Parlamentariern die Camera dei deputati. Bei den Wahlen am 4. März werden alle Mitglieder der Abgeordnetenkammer und fast alle des 315 Köpfe zählenden Senats neu gewählt.

> Neues Wahlrecht Seit Oktober 2017 gilt für beide Kammern ein neues Wahlgesetz, eine Mischung aus Verhältnis- und Mehrheitswahlrecht mit einer Drei-Prozent-Hürde für Parteien. Eine Prämie für die Partei mit den meisten Stimmen, wie sie es bei den Wahlen 2006, 2008 und 2013 gab, wurde abgeschafft.

AUS PLENUM UND AUSSCHÜSSEN

Neue Basis für Afrika-Beziehungen

ENTWICKLUNG Nach Ansicht der Bundesregierung können die Verhandlungen über ein Nachfolgeabkommen des Vertrages von Cotonou aus dem Jahr 2000 „signifikante Folgewirkungen“ für die Kooperation der Europäischen Union mit den Staaten Afrikas haben. Das erklärte der Parlamentarische Staatssekretär im Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ), Thomas Silberhorn (CSU), vergangene Woche im Entwicklungsausschuss.

Die EU müsse ihre Beziehungen zu den Staaten des Kontinents auf eine neue Grundlage stellen und einen ganzheitlichen Ansatz vertreten, betonte er. So solle der Staatenkreis um die Länder Nordafrikas erweitert und die Regionalisierung gestärkt werden.

Das Abkommen von Cotonou, das die Beziehungen der EU zu insgesamt 79 Ländern in Afrika, der Karibik und Pazifikraum (AKP-Staaten) regelt, läuft Ende Februar 2020 aus. Zu den drei Säulen zählen die Entwicklungszusammenarbeit, die Wirtschafts- und Handelsbeziehungen sowie die politische Dimension. Derzeit wird auf EU-Ebene über die Nachfolge verhandelt.

Ein Vertreter der Unionsfraktion sagte im Ausschuss, ein neues Abkommen eröffne die große Chance, die wirtschafts- und entwicklungs-politische Zusammenarbeit mit den AKP-Staa-

ten an die künftigen Herausforderungen anzupassen. Darüber hinaus warf er die Frage auf, inwieweit die Zusammenarbeit im Rahmen von Cotonou an die Rücknahme von Flüchtlingen aus der EU geknüpft würde. Diese mögliche Konditionalität war auch für Vertreter von AfD und Linken von Interesse.

In den Reihen der SPD wurde die Sorge geäußert, ein Nachfolgeabkommen könne Fakten schaffen im Hinblick auf die umstrittenen und überwiegend noch nicht ratifizierten Wirtschaftspartnerschaftsabkommen (WPA) der EU mit zahlreichen afrikanischen Staaten. Im Koalitionsvertrag von CDU, CSU und SPD sei festgehalten, dass diese noch einmal grundsätzlich geprüft werden sollen, mahnte ein Fraktionsmitglied.

SPD und Bündnis 90/Die Grünen sprachen sich dafür aus, in einem neuen Vertrag verbindliche Menschenrechtsstandards zu verankern. Die FDP betonte die Bedeutung der regionalen Integration innerhalb der AKP-Staaten. Insbesondere müsse die Rolle der Regionalverbände gestärkt werden.

Die Linksfraktion bewertete die Handelspolitik der EU insgesamt als nachteilig für die AKP-Staaten. Statt sie zu befähigen, selbst stark zu werden, erschließe die EU weiterhin afrikanische Marktplätze zu ihrem Vorteil, warf eine Abgeordnete der Bundesregierung vor. **joh**

Rohingya fürchten Rückkehr

MENSCHENRECHTE Die Situation der rund 700.000 Rohingya, die aus der Provinz North Rakhine im benachbarten Myanmar nach Bangladesch geflohen sind, ist weiterhin schwierig. Wie der Staatsminister im Auswärtigen Amt, Michael Roth (SPD), vergangene Woche im Menschenrechtsausschuss sagte, gebe es kaum Chancen für einen Blauhelmeinsatz zum Schutz der Rohingya in Myanmar. Ein solcher Einsatz sei nur mit Zustimmung des betreffenden Landes möglich, stoße jedoch in Myanmar auf klare Ablehnung.

Gleiches gelte auch für die Zusammenarbeit mit dem Flüchtlingshilfswerk der Vereinten Nationen (UNHCR). Auch gebe es bisher keine wirkliche Verständigung zwischen Myanmar und Bangladesch zur Rückführung der Flüchtlinge. Die muslimischen Rohingya werden im mehrheitlich buddhistischen Myanmar nicht als Staatsbürger anerkannt, immer wieder kam es in der Vergangenheit zu Vertreibungen.

Das Flüchtlingshilfswerk schätze den Bedarf an humanitärer Hilfe für die Rohingya für 2018 auf 940 Millionen US-Dollar, sagte Roth im Ausschuss. Deutschland habe im vergangenen Jahr 14,3 Millionen Euro an Hilfen für Flüchtlingslager bereitgestellt und weitere Hilfen zugesagt. Positiv bewertete Roth die Rolle Bangladeschs. Es gebe

die Zusage, dass eine Rückkehr der Rohingya nicht erzwungen werde. Angesichts der Sorge vor einer wachsenden islamistischen Radikalisierung in den Flüchtlingslagern und den Ende 2018 anstehenden Wahlen stehe die Regierung Bangladeschs innenpolitisch unter Druck.

Roth betonte, dass die Bundesregierung eine Verlängerung des UN-Waffenembargos gegenüber Myanmar fordere und für eine rechtliche Aufarbeitung von Menschenrechtsverletzungen eintrete. Außerdem müsse die UN-Sonderberichterstatterin für Myanmar, Yanghee Lee, freien Zugang in die Provinz North Rakhine haben. Lee hatte Anfang Februar Zweifel geäußert, dass die Rohingya bald zurückkehren könnten. Sei seien nur zu einer Rückkehr bereit, wenn sie Bürgerrechte bekämen und in ihrer Heimat ohne die Gefahr leben könnten, angegriffen zu werden. Wegen der Verfolgung von Muslimen steht Myanmar Armee und auch die Regierungschefin, Aung San Suu Kyi, massiv in der internationalen Kritik. Lee bekräftigte Anfang Februar, das Vorgehen gegen die Rohingya trage die „Kennzeichen von Völkermord“. Myanmar weist solche Vorwürfe zurück. Zugleich verweigert die Regierung der süd-koreanischen UN-Diplomatin mit dem Vorwurf der Befangtheit die Einreise. **aheldpa**

»Kein literarisches Quartett«

TÜRKEI AfD-Antrag zu Äußerungen Deniz Yücel's gescheitert

Das dürften viele wohl als Eigentor betrachten: Die AfD-Fraktion hat in einem Antrag (19/846) gefordert, den gerade aus der türkischen Haft entlassenen Journalisten Deniz Yücel eine Missbilligung auszusprechen. Die Abgeordneten bezogen sich dabei auf Texte Yücel's in der Tageszeitung „taz“ aus den Jahren 2011 und 2012, die sie als „Deutschlandfeindlich“ werten. Die Debatte über diesen Antrag wurde vergangenen Donnerstag schnell zu einem grundsätzlichen Schlagabtausch über das Rechtsstaatsverständnis und die Meinungs- und Pressefreiheit.

Cottfried Curio (AfD) begrüßte die Freilassung Yücel's als „politischer Willkürhaft in der Türkei“, monierte aber, dass dem Journalisten bei den Bemühungen um Freilassung durch die Bundesregierung eine „Sonderbehandlung“ zuteil geworden sei. Die „Ikone der Linkspresse“ stehe aber für „antideutsche Hetze“ und „Rassismus pur“. Es gebe offenbar eine „Zwei-Klassen-Redefreiheit“: Eine für „establishmentnahe Antideutsche“, deren Äußerungen als Satire durchgingen und eine für „patriotische Normaldeutsche“, deren Kritik als Hass bezeichnet würde.

Alexander Throm (CDU) sagte, dass der Bundestag nicht der Ort für die Beurteilung journalistischer Texte sei. „Wir sind hier nicht das literarische Quartett.“ Es müsse niemandem gefallen, was Yücel in seinen „als Satire erkennbaren Texten“ geschrieben habe und es habe damals auch Sanktionen des Presse-

rates und ein Gerichtsurteil gegen die „taz“ gegeben.

Lars Castellucci (SPD) empfahl, „Politik auf Grundlage unseres Grundgesetzes“ zu machen. „Sie können uns hier nicht auffordern, irgendwelche journalistische Äußerungen zu missbilligen.“ Der türkische Präsident Erdogan sei „Bruder im Geiste“ der AfD: „Der hat es nicht so mit der Meinungs- und Pressefreiheit, und Sie haben es auch nicht so.“

Wolfgang Kubicki (FDP) wies darauf hin, dass die Regierung nicht befugt sein könne, journalistische Äußerungen zu missbilligen, weil nicht der Eindruck der Zensur entstehen dürfe. Kubicki kritisierte zudem eine Äußerung des AfD-Fraktionsvorsitzenden Alexander Gauland, die Integrationsbeauftragter der Bundesregierung Aydan Özoguz (SPD) in Anatolien „entsorgen“ zu wollen. Er wolle sich nicht dauernd dafür schämen müssen, „dass politische Entscheidungsträger in diesem Land wieder so reden wie Sie“, sagte Kubicki.

Jan Korte (Die Linke) griff eine Äußerung der AfD-Fraktionschefin Alice Weidel auf, für die Yücel weder Journalist, noch deutscher Staatsbürger sei. Dahinter stehe das Motto: „Ich entscheide, wer Deutscher ist und wer nicht.“ Das sei exakt das gleiche Denken wie das des türkischen Präsidenten. „Beides ist völkisches Denken, das dieses Land und Europa in den Abgrund geführt hat.“

Cem Özdemir (Grüne) sagte, dass der Bundestag nicht journalistische Arbeiten benote. Zensurbehörden gebe es nur in Ländern, „die Sie bewundern“. Die AfD träume offenbar von einem Regime, das jemandem wie ihm einfach „das Mikro abstellen“ könne, aber das werde sie nicht schaffen – eine Äußerung, die Gauland mit dem Zwischenruf „Mein Gott, halten Sie die Klappe!“ bedachte. „Sie wollen bestimmen, wer Deutscher ist und wer nicht“, fuhr Özdemir fort. Die AfD verachte alles, wofür Deutschland in der Welt geachtet werde, seine Erinnerungskultur, seine Vielfalt. „Sie sind aus demselben faulen Holz geschnitten, wie diejenigen, die Deniz Yücel verhaften ließen.“ Der Antrag wurde von 552 Abgeordneten in namentlicher Abstimmung abgelehnt, 77 Abgeordnete votierten dafür, es gab eine Enthaltung. **aha**



Deniz Yücel





Retterkräfte bergen einen Jungen nach einem Bombenangriff des Assad-Regimes auf die Stadt Sakba in Ost-Ghuta.

© picture-alliance/abaca

Jeder gegen jeden

AUSWÄRTIGES Nach dem Rückzug des IS leidet das Bürgerkriegsland Syrien unter einer neuen Welle der Gewalt

Die Sorge vor einem Flächenbrand wächst mit jedem Tag: Die humanitären Katastrophen und Stellvertreterkriege in Syrien und im Jemen, die Rivalität von Iran und Saudi-Arabien, Bedrohungswahrnehmungen in Israel, die Instabilität im Libanon und die Sorge vor Konfrontationen der Groß- und Regionalmächte auf dem Schlachtfeld in Syrien, das nun, nach dem Rückzug des IS, eine neue Welle der Gewalt erlebt. Neben der Sorge vor einer weiteren Eskalation waren sich die Fraktionen am vergangenen Donnerstag in einer vereinbarten Debatte zu „Aktuellen Entwicklungen im Nahen und Mittleren Osten“ in einem Punkt sehr einig: Eine Stabilisierung der Region liegt eigentlich in dringendem europäischen und deutschen Interesse.

Bündnisverpflichtung Johann David Wadepuhl (CDU) betonte, dass Deutschland allein in der Region „überhaupt gar nichts“ ausrichten könne, sondern nur im Bündnis mit anderen. Deshalb sei es so wichtig, „dass wir zur Nato stehen und unsere Bündnisverpflichtungen erfüllen“. Die Lehre aus dem Desaster in Syrien müsse sein, Europa außenpolitisch stark zu machen: „Dann können wir uns in dieser Re-

gion engagieren und dafür sorgen, dass das Leid geringer wird.“ Es müsse darum gehen, zurückzukommen zur regelbasierten internationalen Ordnung, in der manche meinen, einfach in anderen Ländern bomben dürfen, sagte Wadepuhl. In diesem Lichte sei auch der türkische Militäreinsatz im nordsyrischen Afrin fragwürdig: Wenn der türkische Präsident die „Belagerung Afrins“ ankündige, dann sei das keine Selbstverteidigung gegen kurdische Terroristen mehr. „Halten Sie internationales Recht ein. Wahren auch Sie die Souveränität Syriens“, sagte Wadepuhl. Niels Annen (SPD) beklagte eine „neue Welle der Gewalt in Syrien“, in dem sich die Kräfte, die sich taktisch gegen den Islamischen Staat (IS) verbündet hatten, nun für die Zeit nach dem IS in Stellung bräuchten. Die humanitäre Krise sei „markerschütternd“, das Assad-Regime werfe wie einst in Aleppo in Ost-Ghuta wieder Bomben auf die Zivilbevölkerung. Jeder, der wie Russland oder der Iran das Assad-Regime unterstütze, trage dafür eine Mitverantwortung. Annen warnte zudem vor einem Bruch im Nato-

Bündnis: Dieses müsse die Initiative ergreifen, um eine Konfrontation der Nato-Partner Türkei und USA in Syrien zu verhindern. Außerdem müsse das Atomabkommen mit dem Iran als wichtiger Beitrag zur Stabilisierung in der Region verteidigt werden. „Das bedeutet aber nicht, dass wir gegenüber dem Iran schweigen werden, wenn die iranische Politik weiterhin und fortgesetzt aggressive Bewegungen in den Nachbarländern unterstützt“ und Milizen gegen Israel in Stellung bringe, sagte Annen. Roland Hartwig (AfD) stellte fest, dass die deutsche Außenpolitik den Herausforderungen im Nahen und Mittleren Osten seit Jahren nicht gewachsen sei. Nach sieben Jahren Bürgerkrieg in Syrien seien Hunderttausende Menschen tot, Millionen auf der Flucht, ein ganzes Land liege in Trümmern. Die Frage sei, warum die Bundesregierung aus den Beispielen Irak und Libyen nichts gelernt habe und sich auch im Falle Syriens unter der Forderung „Assad muss weg“ auf einen Regimewechsel und damit auf eine militärische Lösung versteife habe. Es erge-

be keinen Sinn, Assad aus Friedensverhandlungen auszuklammern, sagte Hartwig. Seine Fraktion fordere zudem, in Verhandlungen zu treten mit Syrien über die freiwillige Rückkehr syrischer Flüchtlinge in „sichere Räume“. Die AfD befürworte Familienzusammenführung, „aber bitte im Heimatland und nicht in Deutschland“.

Teufelskreis Bijan Djir-Sarai (FDP) bemängelte, dass es lange keine deutsche und europäische Strategie für die Nahostregion gegeben habe und man stets abgewartet habe, dass die USA den Rahmen vorgeben würden. Mit der Wahl Donald Trumps zum US-Präsidenten, vor allem aber mit der Flüchtlingskrise 2015 habe sich das verändert: „Die Probleme dieser Region sind nicht weit weg, irgendwo auf der Welt, sondern unmittelbar vor der Haustür Europas. Wenn wir wollen, dass diese Probleme nicht zu uns kommen, sondern vor Ort gelöst werden, dann müssen wir Europäer uns in dieser Region politisch mehr engagieren.“ Seit Ende der 1970er Jahre leide die der Nahe und Mitt-

lere Osten an einer Krankheit. „Diese Krankheit nennt sich Fundamentalismus.“ Erst wenn der Teufelskreis aus sozialer Ungerechtigkeit, Armut, Bildungsferne und Perspektivlosigkeit durchbrochen werde, werde die Region eine Chance und eine Zukunft haben, sagte Djir-Sarai. Heike Hänsel (Die Linke) kritisierte die „Regime-Change-Politik der Nato-Staaten“, die die Konflikte im Irak, in Libyen und in Syrien weiter verschärft habe. Die Folgen seien „zerstörte und destabilisierte Staaten und auch die Erosion des Völkerrechts“. Überall in diesen Ländern werde mit Waffen aus deutscher Produktion gekämpft, teilweise sogar auf beiden Seiten. „Rüstungsexporte sind Beihilfe zum Mord.“ Hänsel forderte zudem eine Ende „der Kumpanei mit der islamistischen Diktatur Erdogans“. Diese führe einen „Angriffskrieg“ in Afrin in Syriens Norden mit deutschen Leopard-Panzern, die die „Kurden niederwalzen“. Vor diesem Hintergrund dürfe die Bundeswehr auch nicht in den AWACS-Verbänden in der Türkei bleiben. Mit diesen Aufklärungsflügen würden Daten erhoben,

die für die Luftangriffe der Türkei nutzbar seien. „Die Bundeswehr muss raus aus der Türkei!“ **Ignoranz** Agnieszka Brugger (Bündnis 90/ Die Grünen) nannte die Lage im Nahen und Mittleren Osten „brandgefährlich und ernst“. Es sei zwar eine gute Nachricht, dass die „Terrorsergen“ des IS die Region nicht mehr in Angst und Schrecken versetzten, allerdings fehle die politische Lösung. „Terrorregime lassen sich nun einmal nicht militärisch besiegen.“ Hinzu komme eine „herzlos-geizige, sicherheitspolitisch brandgefährliche Ignoranz“ der reichen Länder dieser Welt, die sich nicht dazu aufraffen könnten, ausreichend Hilfsgelder für Flüchtlinge in der Region zur Verfügung zu stellen. Brugger kritisierte zudem „Koalition der Willigen“ in Syrien, der auch die Bundesregierung angehört, als „Koalition der eigenen Widersprüche“. In ihr stünden die nationalen Eigeninteressen von Akteuren wie der USA, der Türkei und Saudi-Arabien stets über einer möglichen politischen Lösung: Eine Politik „USA first“, „Türkei first“, „Saudi-Arabien first“, „Russland first“, „Iran first“ werde nie zu einem guten Ergebnis in Syrien führen. „Es ist höchste Zeit für eine Politik ‚N first‘ und ‚Menschenrechte first‘.“ Alexander Heinrich

»Die Probleme dieser Region sind unmittelbar vor der Haustür Europas.«

Bijan Djir-Sarai (FDP)

»Die Kumpanei mit der islamistischen Diktatur Erdogans muss aufhören.«

Heike Hänsel (Die Linke)

Waffenexportstopp mit Hintertür

JEMEN Linke und Grüne kritisieren geplante Sonderregelung für Patrouillenboote

Vor dem Hintergrund des Krieges im Jemen und der sich abzeichnenden humanitären Katastrophe fordern Linke und Grüne einen sofortigen Stopp von Waffenexporten an Saudi-Arabien. Einen Waffenexportstopp in Richtung der am Jemenkrieg unmittelbar beteiligten Staaten – wozu Saudi-Arabien gehört – sieht auch der Koalitionsvertrag von Union und SPD vor. Allerdings findet sich darin aus Sicht von Linken und Grünen eine Hintertür. Bereits genehmigte Exporte sollen, als Vertrauensschutz für die Hersteller, weiter geliefert werden können. Damit fallen die von Saudi-Arabien bestellten 33 Patrouillenboote nicht unter den Exportstopp, was während der Debatte zu den Anträgen von Linken (19/833) und Grünen (19/834) vergangenen Freitag zu massiver Kritik führte. Omid Nouripour (Grüne) sagte, der Hungertod von Kindern im Jemen sei auch eine Folge der Seeblockade durch Saudi-Arabien. Nouripour sprach von einem Armutszeugnis für Union und SPD, wenn trotzdem Patrouillenboote geliefert würden, bei denen nicht auszuschließen sei, dass diese für die Blockade genutzt werden. Aus Sicht von Stefan Liebich (Die Linke) sind die vielen Hintertüren „nicht schönzureden“. Seine Kritik richtete sich vor allem in Richtung SPD. Im Sondierungspapier sei noch von einem sofortigen Waffenexportstopp die Rede gewesen. Dann aber habe unter anderem die Ministerpräsidentin Meck-



Küstenschutzboot für Saudi-Arabien im Hafen von Mukran bei Sassnitz (Rügen)

lenburg-Vorpommerns, Manuela Schwesig (SPD), mit dem Verweis auf gefährdete Jobs für das nun vorliegende Ergebnis gesorgt. Deutschland habe EU-weit die restriktivsten Regelungen zu Waffenexporten, wozu auch Sozialdemokraten entscheidend beigetragen hätten, sagte Nils Schmid (SPD). Rüstungsexporte seien Einzelfallentscheidungen, die vom Bundessicherheitsrat getroffen würden. Da sowohl Saudi-Arabien als auch die Vereinten Arabischen Emirate am Jemenkonflikt unmittelbar beteiligt seien, könne davon ausgegangen werden, dass „Rüstungsexporte in diese Länder zukünftig genau geprüft und

im Einzelfall auch abgelehnt werden“, sagte Schmid. Elisabeth Motschmann (CDU) verwies darauf, dass Patrouillenboote keine Kriegswaffen seien, sondern der Grenzsicherung und der Terrorabwehr dienten. Motschmann räumte ein, dass Saudi-Arabien ein schwieriger Partner des Westens sei. Allerdings stelle das Land auch ein Gegengewicht zum Iran dar und halte dadurch die Region „einigermaßen stabil“. Der Stopp der Lieferungen sei überfällig, betonte Renata Alt (FDP). „Wir lehnen Waffenexporte in Krisengebiete ab.“ Zugleich forderte Alt die Regierung auf, Druck auf Saudi-Arabien auszuüben, damit Häfen freigegeben werden, um Hilfe für die Hungernden ins Land zu lassen. Roland Hartwig (AfD) sagte, es wäre konsequent, weitere Lieferungen von Booten zu stoppen. Da der Anteil Deutschlands an den Rüstungslieferungen in die Region bei nur einem Prozent liege, würde ein Stopp aber nicht allzu viel ändern. Nicht umsonst habe Saudi-Arabien wissen lassen, dass man sich die benötigten Güter auch mühelos woanders beschaffen könne. Götz Hausding



Anzeige

Zukunftsfähige Wirtschafts- und Sozialpolitik

Bertelsmann Stiftung, Das Progressive Zentrum (Hrsg.)
Soziale Marktwirtschaft: All inclusive?
Öffentliche Räume
Verlag BertelsmannStiftung

Bertelsmann Stiftung, Das Progressive Zentrum (Hrsg.)
Soziale Marktwirtschaft: All inclusive?
Band 1: Öffentliche Räume
2018, 154 Seiten, Broschur
€ 16,- (D) / sFr. 17,60
ISBN 978-3-86793-801-3

Die Bundesrepublik Deutschland steht wirtschaftlich gut da. Gleichzeitig erleben wir einen Vertrauensverlust in die gesellschaftliche Leistung unserer Wirtschaftsordnung. Soziale und wirtschaftliche Ungleichheit und die damit verbundenen Abstiegsängste drücken sich immer häufiger räumlich aus. Wie können wir in der Sozialen Marktwirtschaft wieder Aufstiegschancen schaffen? In welchem Zusammenhang stehen öffentlicher Raum und soziale Mobilität?

In dieser Reihe sind vier weitere Bände für je 16 Euro erschienen:

Bd. 2: Chancen 104 Seiten, ISBN 978-3-86793-802-0	Bd. 4: Unternehmen 108 Seiten, ISBN 978-3-86793-804-4
Bd. 3: Vermögen 100 Seiten, ISBN 978-3-86793-803-7	Bd. 5: Industrie 112 Seiten, ISBN 978-3-86793-805-1

Auch als E-Books erhältlich

www.bertelsmann-stiftung.de/verlag | Verlag BertelsmannStiftung

Geht in Vielfalt“. Das Motto der Europäischen Union wirkt in diesen Zeiten wie eine hohle Phrase. Eurokrise, Flüchtlingsstreit und nicht zuletzt der bevorstehende Austritt Großbritanniens haben dem einst gefeierten Gemeinschaftsprojekt den Glanz geraubt. Das spiegelt sich auch Ende vergangener Woche beim Treffen der Staats- und Regierungschefs der EU-27 wieder (siehe Text unten). Emotional wurde in Brüssel um die Frage gestritten, wie viel Geld die EU nach dem Ausfall des Vereinigten Königreichs als einem der größten Nettozahler ausgeben soll, kann und darf. Der Grundton der europäischen Debatte hat sich dabei verändert. Statt auf Kooperation setzen einige Mitgliedsstaaten immer häufiger auf Alleingänge. Das zeigt sich beim höchst unterschiedlichen Umgang mit dem Schicksal von Geflüchteten, bei der mangelnden Solidarität rund um die Reform der Eurozone und eben beim Ringen ums Geld. All das verstärkt ein Bild von Europa, das den Bürgern nur Streit, aber keine Ergebnisse liefert. Dabei beweist ein Blick auf den Alltag in der Europäischen Union, wie verzerrt diese Wahrnehmung ist. Schließlich lassen sich die Vorteile der Kooperation nicht mehr wegdiskutieren. Sie sind nur so selbstverständlich geworden, dass kaum jemand mehr von ihnen Notiz nimmt. Nicht nur, dass die Gemeinschaft seit fast 70 Jahren Frieden garantiert. Darüber hinaus hat sich der gemeinsame EU-Binnenmarkt mit seinen derzeit rund 500 Millionen Konsumenten zu einer Art Haftpflichtversicherung für den wirtschaftlichen Erfolg der Mitgliedsstaaten entwickelt. 64 Prozent der Exporte der EU-Länder gehen in andere Mitgliedstaaten. 2017 entsprach das einem Warenwert von über 3.000 Milliarden Euro. Eine Summe, die nur deshalb so groß sein kann, weil es innerhalb der EU den freien Verkehr von Waren, Dienstleistungen, Kapital und Personen gibt.

Verbraucherschutz Der „Mehrwert Europas“ verbirgt sich aber auch hinter vielen kleinen Dingen des Alltags. Etwa der gemeinsamen Abwehr von Gesundheitsgefahren: So gibt es für Lebensmittel und Konsumgüter inzwischen die europaweiten Schnellwarnsysteme RASFF und RAPEX. Warnhinweise werden innerhalb der Mitgliedstaaten geteilt, um gefährliche Produkte schnell vom Markt nehmen zu können. Salmonellen-verseuchtes Fleisch oder Arsen-belastete Babynahrung, die früher oft Tage und Wochen quer durch Europa gekarrt wurden, können durch die Schwarmintelligenz von Behörden und Konsumenten inzwischen zügig aufgespürt und vernichtet werden. Der Fipronil-Skandal im Sommer 2017, bei dem in mehreren EU-Staaten Hühnerereiter mit Belastungen durch das Insektizid Fipronil auftauchten, ist eines der jüngsten Beispiele für diese Krisenreaktionskette. Auch wenn in diesem Fall so manche Panne die Bilanz trübte, zeigt er doch exemplarisch: Ohne entsprechende Koordination und Absprache würden Europas Konsumenten vielleicht noch immer im Dunkeln tappen. Um den Einkauf im Internet sicherer zu machen, führte der europäische Gesetzgeber 2011 eine „Button-Lösung“ ein. Per Mauskllick müssen Kunden dem Kauf im Netz seither ausdrücklich zustimmen, die Verkäufer sind verpflichtet, zuvor genaue Informationen über die Ware, den Preis und die Konditionen zu liefern. Außerdem wurde ein EU-weites Widerrufsrecht von 14 Tagen eingeführt. Eine so verbraucherfreundliche Lösung konnte wohl nur die EU als Ganzes Konzern-Giganten wie Amazon, Google & Co abringen. Europa zeigt sich aber auch dort, wo es um den Schutz regionaler Identität geht. So hat gerade die vermeintlich so bürgerferne

Besser als der Ruf

EUROPA I Die EU ist seit Jahren im Krisenmodus. Nicht wenige wenden sich enttäuscht ab, die Briten steigen bald ganz aus. Liefert die Union nur Streit statt Ergebnisse? Kostet sie nur und bringt nichts ein? Ein Blick auf die großen und kleinen Errungenschaften einer strauchelnden Gemeinschaft



Giftfreies Spielzeug, sichere Lebensmittel, gemeinsame Terrorabwehr und der Schutz von

Produkten – in vielen Bereichen arbeiten die EU-Staaten bereits sehr eng zusammen.

EU eines der wirksamsten Instrumente entwickelt, um regionale Spezialitäten vor Produktpiraten zu schützen. **Kulturelles Erbe** Ob Spreewaldgurken, Parmaschinken oder belgisches Bier: Inzwischen sind 1.250 Herkunftsbezeichnungen traditioneller Lebensmittel geschützt. Das bedeutet, dass eine Thüringer Rosbratwurst nur aus Thüringen kommen darf, ebenso wie Schwäbische Spätzle nur in Schwaben produziert sein können. In den Handelsabkommen mit Kanada, Südkorea, Singapur und China wird dieser Schutz regionaler Güter jetzt sogar interna-

ional garantiert. In einer Welt, in der Produkte in globalen Lieferketten hergestellt werden, bedeutet das einen wichtigen Schutz für das kulturelle Erbe. Engagiert ist die EU zudem bei der Einhaltung hoher Umweltstandards, etwa bei der Vermeidung von Giftstoffen in Spielzeugen und anderen Waren. Ein Beispiel: die Perfluoroktansäure, kurz PFOA. Der Stoff kann die menschliche Fortpflanzung irreparabel schädigen und baut sich in der Umwelt nicht auf natürlichem Weg ab. Verwendet wird PFOA bisher, um Textilien und Papier wasser-, öl-, und schmutzabweisende Eigenschaften zu verleihen. In



traditionellen Produkten – in vielen Bereichen arbeiten die EU-Staaten bereits sehr eng zusammen.

den Körper gelangt der Stoff auf nahezu allen Kanälen: über die Luft, das Trinkwasser, die Nahrung und sogar durch Staub. Die Europäische Chemikalienverordnung REACH, seit 2007 in Kraft, soll dafür sorgen, dass die Chemikalie ab 2020 im europäischen Binnenmarkt weitgehend verboten wird. Das gilt auch für Produkte, die in die EU eingeführt werden. REACH mit Sitz in Helsinki beobachtet derzeit 174 weitere Gifstoffe, um sie im Verdachtsfall von den nationalen Behörden aus dem Verkehr ziehen zu lassen. Tatsache ist auch: Erst das europäische Regelwerk konnte globale Unternehmen dazu

zwingen, die verwendeten Chemikalien lückenlos in einer europäischen Datenbank zu registrieren.

Digitalisierung Bei den Investitionen in die digitale Infrastruktur von morgen bündeln die EU-Staaten seit längerem ihre Kräfte. So wurden im Rahmen der europäischen Wissenschaftskooperation ambitionierte Technologiestandards wie das superschnelle, mobile Internet 5G entwickelt, finanziert durch Fördermillionen aus EU-Töpfen. Bis zum Jahr 2025 soll dieser Standard in ganz Europa autonomes, computergesteuertes Fahren und ultraschnelle

Live-Streaming-Dienste möglich machen. Nicht zuletzt waren es EU-finanzierte Forschungsinitiativen, die den Siegeszug des GSM-Mobilfunkstandards in den 2000er Jahren möglich machten. Im Jahr 2005 nutzten diesen Goldstandard der ersten Mobilfunkgeneration mehr als 80 Prozent aller Mobiltelefone weltweit.

Sicherheit Grenzüberschreitende Zusammenarbeit gibt es heute auch bei der Terrorabwehr und dem Kampf gegen das organisierte Verbrechen. Beim Europäischen Polizeiamt Europol in Den Haag wurde nach den Paris-Attentaten Ende 2015 ein Anti-Terror-Zentrum eingerichtet. Rund 60 Spezialisten bündeln dort seither die verfügbaren Informationen über islamistische Terroristen, die aus Krisenländern wie Syrien oder dem Irak nach Europa zurückkehren. Einige Ermittlungserfolge gehen direkt auf das Konto dieser Kooperation. Besonders weit gediehen ist die Zusammenarbeit von Spezialkräften der Polizei. Im „Atlas-Verbund“ haben sich 36 europäische Spezialeinheiten organisiert, darunter die GSG9 der Bundespolizei, das Einsatzkommando Cobra aus Österreich, das Einsatzkommando GIGN aus Frankreich. Die Spezialeinheiten trainieren zusammen und haben in den vergangenen Jahren die Standards für Ausbildung, Ausrüstung und Einsätze aufeinander abgestimmt. Zudem wird hier eine Arbeitsteilung in Europa praktiziert, die sich für viele weitere Bereiche als Vorbild erweisen könnte: Während sich deutsche Elite-Einheiten auf Einsätze auf hoher See spezialisiert haben, sind die Franzosen besonders für Flugzeugeinsätze trainiert. Die Österreicher sind Experten im Gebäude-Einsatz. Was im Kleinen bereits funktioniert, wollen 25 der (noch) 28 EU-Staaten in den kommenden Jahren in der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP) weiter ausbauen. Mit dem Projekt PESCO („Ständige Strukturierte Zusammenarbeit“), sollen in der EU Rüstungsprojekte gemeinsam vorangetrieben werden. Im besten Fall werden so Doppelungen bei der Beschaffung von Rüstungsgütern vermieden. Damit ließen sich die nationalen Verteidigungsbudgets effektiver nutzen. Im ungünstigsten Fall, so sehen es Kritiker, entstehen auf diese Weise neue Probleme. Sie fürchten beispielsweise eine Aufweichung restriktiver Rüstungsexportgrundsätze zugunsten einer gemeinsamen Vermarktung von Rüstungsgroßprojekten. Wenn einzelne EU-Länder sich auf bestimmte Verteidigungsaufgaben konzentrieren könnten, um sich bei anderen Aufgaben auf ihre europäischen Partner zu verlassen, würde dies in jedem Fall einen großen Schritt hin zu mehr Europa bedeuten – und zu seinen Wurzeln. Zur Erinnerung: Im November 1950 stimmte eine Mehrheit im Deutschen Bundestag der Gründung einer Europäischen Verteidigungsgemeinschaft (EVG) zu. Das Projekt scheiterte im August 1954 jedoch am Votum der französischen Nationalversammlung.

„Solidarität der Taten“ Mehr Kooperation wäre wohl ganz im Sinne des französischen Außenministers Robert Schuman, vielleicht die zentrale Figur zu Beginn der europäischen Integration. Für ihn musste sich der „Mehrwert“ der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit immer wieder von neuem beweisen. Sein Credo: „Europa lässt sich nicht mit einem Schlag herstellen und auch nicht durch eine einfache Zusammenfassung: Es wird durch konkrete Tatsachen entstehen, die zunächst eine Solidarität der Taten schaffen.“ 60 Jahre danach gibt es von diesen Taten eine ganze Menge. Das „Zusammen“ ist in Europa allgegenwärtig geworden. **Richard Fuchs** ■

Der Autor arbeitet als freier Korrespondent in Berlin.

In turbulenten Zeiten

EUROPA II Die Debatte über die Post-Brexit-Ära beginnt, auch im Bundestag. Es geht um Geld und die Frage, was die EU damit eigentlich finanzieren soll

Der EU stehen turbulente Zeiten bevor. Im Frühjahr 2019 tritt Großbritannien – aller Voraussicht nach – aus der EU aus. Zwei Monate später sind die Bürger der übrigen 27 Mitgliedstaaten aufgerufen, ein neues Europäisches Parlament zu wählen. Im Herbst wird die EU-Kommission neu besetzt. Dann endet auch die Amtszeit von Ratspräsident Donald Tusk. Eine Reihe von personellen und politischen Zäsuren also, auf die sich die Europäer einstellen müssen. Und eine Menge Fragen, die zu beantworten sind. Wie soll der EU-Haushalt aussehen, wenn mit Großbritannien einer der größten Nettozahler der Gemeinschaft wegfällt? Was wird mit den 73 Sitzen der Briten im EU-Parlament geschehen? Und sollen die europäischen Parteien, wie zuletzt 2014 Konservative und Sozialdemokraten, wieder mit Spitzenkandidaten in den Europawahlkampf ziehen, die Wähler also die Möglichkeit bekommen, den künftigen Kopf

der EU-Kommission mitzubestimmen? Themen, die die 27 Staats- und Regierungschefs der EU Ende vergangener Woche in Brüssel auf einem informellen EU-Gipfel ausloteten – erstmals ohne Großbritannien. Von einem „Jahr der Umbrüche“ hatte Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) kurz zuvor in ihrer Regierungserklärung vor dem Bundestag gesprochen. In den kommenden Monaten müssten entscheidende Weichen gestellt werden, der zu beschließende Finanzrahmen der EU für die Zeit nach 2020 müsse „Teil der Antwort sein, was für ein Europa wir in Zukunft haben wollen“. Merkel zeigte sich optimistisch: Der Austritt Großbritanniens aus der EU sei auch „eine Chance, die Finanzen der EU insgesamt auf den Prüfstand zu stellen“. Sie bekräftigte zum einen die Notwendigkeit eines gemeinsamen europäischen Asylysystems; bei der Neuverteilung der Strukturfond-Mittel müsse darauf geachtet werden, „dass die Verteilungskriterien künftig auch das Engagement vieler Regionen und Kommunen bei der Aufnahme und Integration von Migranten widerspiegeln“, mahnte sie. Zum anderen forderte Merkel deutlich mehr Personal für die EU-Grenzschutz-



Frankreichs Präsident Emmanuel Macron (li.) und Kanzlerin Angela Merkel (CDU) vergangene Woche auf dem EU-Gipfel in Brüssel

agentur Frontex, um die 14.000 Kilometer lange EU-Außengrenze effektiver schützen zu können. Für letzteres sprach sich auch SPD-Fraktionschefin Andrea Nahles aus. Insgesamt aber sah sie die Hauptaufgabe der Union in Zukunft vor allem in der sozialen Frage. Die Ungleichheit der Lebensverhältnisse sei in der EU weitaus größer als in den USA, betonte Nahles. „Ich glaube, dass es

diese Ungleichheiten sind, die den Zusammenhalt in Europa immer wieder neu gefährden.“ Nahles forderte gemeinsame Regeln, um einen Rahmen für Mindestlöhne und funktionierende Sozialsysteme in den Mitgliedstaaten zu schaffen. Außerdem müsse Steuerdumping die Grundlage entzogen werden. Mit Blick auf die Europawahl sprach sich die designierte SPD-Vorsitzende für trans-

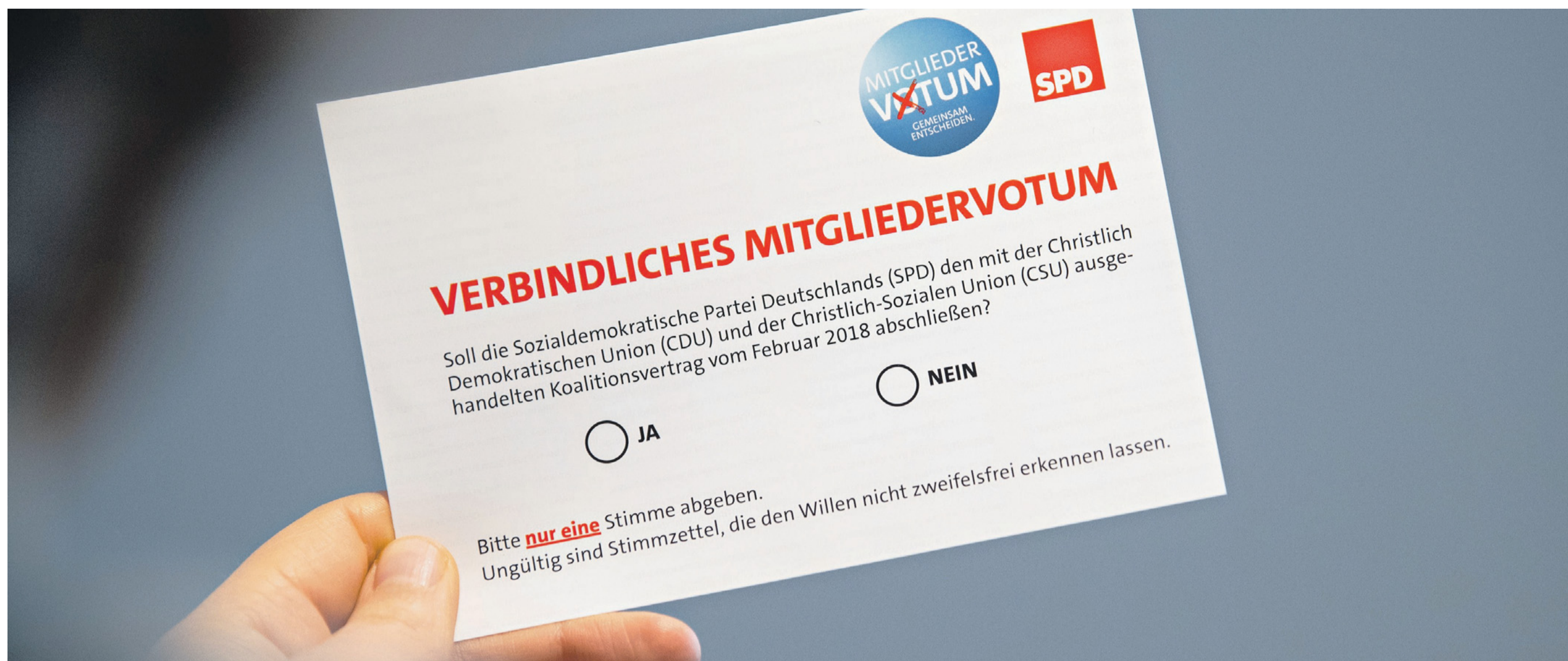
nationale Listen aus, auf denen Politiker aus verschiedenen EU-Ländern gemeinsam kandidieren könnten. Eine Idee, die auch Bündnis 90/Die Grünen, Linke und FDP unterstützten. FDP-Fraktionschef Christian Lindner sagte, nur mit transnationalen Listen werde aus der Wahl zum Europäischen Parlament „eine europäische Wahl“. Die Grünen hatten sich in einem Entschließungsantrag (19/854) für die Listen sowie eine verbindliche Festschreibung des Spitzenkandidaten-Verfahrens ausgesprochen. Er wurde jedoch von der Mehrheit des Hauses – CDU, CSU, AfD und auch SPD – abgelehnt.

„Budget verkleinern“ AfD-Fraktionschefin Alice Weidel forderte nach dem Brexit eine Anpassung des EU-Budgets. Eine kleinere EU sollte auch einen kleineren Haushalt haben, urteilte sie. Ihrer Ansicht nach investiert Deutschland ohnehin zu viel deutsches Steuergeld „für ein Projekt, das längst nicht mehr dessen Interessen vertritt“. Ein Vorwurf, den FDP-Chef Lindner mit dem Verweis konterte, dass die deutschen Beiträge zum EU-Haushalt „unserer Wirtschaft den Zugang zum größten Binnenmarkt der Welt“ eröffneten. Wer das unterschläge und daran rüttle, wolle das

Land „ins Chaos stürzen“. Dennoch forderte auch Lindner, erst über Aufgaben und Ziele zu sprechen und dann über die benötigten Mittel. Es sei nicht europafreundlich, pauschal mehr Geld auszugeben zu wollen. Ähnlich argumentierte Unionsfraktionschef Volker Kauder (CDU): „Nicht in erster Linie Geld ausgeben bringt Erfolg, sondern notwendige Reformen.“

„Ohne Ideen und Leidenschaft“ Grüne und Linke machten die Bundesregierung für die ihrer Meinung nach schlechte Verfassung der EU mitverantwortlich. So warf Katrin Göring-Eckardt, Fraktionsvorsitzende der Grünen, Merkel eine Politik „ohne Ideen und Leidenschaft“ vor. Diese gebe „Nörglern“ und „Spalten“ Oberwasser. Linken-Fraktionschef Dietmar Bartsch befand, die EU sei in einem schlechteren Zustand als zu Beginn von Merkels Kanzlerschaft im Jahr 2005. 120 Millionen Menschen lebten hier in Armut. Wie Nahles forderte er eine sozialere Union mit einem EU-weiten Mindestlohn sowie einen Kampf gegen Steuerdumping. In ihrer Rede hatte die Kanzlerin einen „Aufbruch für Europa“ angemahnt. Ob und wie dieser gelingt, wird Stoff für viele weitere Debatten liefern. **Johanna Metz** ■





Die SPD-Mitglieder können noch bis Freitag entscheiden, ob die Partei den mit der Union ausgehandelten Koalitionsvertrag eingehen soll. Bei einem positiven Votum könnte Mitte März die Kanzlerwahl im Bundestag stattfinden.

© picture-alliance/Sebastian Gollnow/dpa

Eine kurvenreiche Strecke

REGIERUNGSBILDUNG Nach der Einigung auf einen Koalitionsvertrag hängt nun alles vom SPD-Mitgliederentscheid ab

Nein, so etwas gab es noch nicht. Ja, das macht vielen Beobachtern und Beteiligten Sorgen. Sätte fünf Monate nach der Bundestagswahl 2017 ist die Regierungsbildung in Deutschland trotz zweier umfassender Sondierungsrunden und erfolgreichen Koalitionsverhandlungen von CDU, CSU und SPD immer noch nicht abgeschlossen. So viel Zeit ist noch nie vergangen bis zur Regierungsbildung. Die ist weiter mit Fragezeichen versehen, wer wollte sich nach den bisherigen Erfahrungen schon auf eine Prognose festlegen, wie die SPD-Basis am Schluss dieses denkwürdigen Dramas entscheidet. Alles Groko oder alles wieder auf null, doch Neuwahlen, eine Minderheitsregierung? Die auch in Europa vielfach beschworene stabile Bundesregierung lässt jedenfalls vorerst weiter auf sich warten, stattdessen erlebt die Öffentlichkeit ein politisches Kräfteessen, bei dem es nicht nur um regierungspraktische Inhalte, sondern auch um künftige Machtoptionen und Führungsfiguren geht. Derweil sind die jetzigen oder bisherigen Parteigrößen der drei potenziellen Regierungspartner in Bedrängnis geraten oder verkörpert, wie im Fall Martin Schulz (SPD), plötzlich nicht mehr die Zukunft, sondern bereits die Vergangenheit.

Richtungsstreit War Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) noch im Wahlkampf die unumstrittene Führungsfigur der Union, wird inzwischen offen eingefordert, sie solle rasch ihre Nachfolge regeln und dazu junge Leute aufbauen. Ihr Mantra vom „weiter so“ sei keine Option. Die CDU, meinen parteiinterne Kritiker, habe keine weitere Kanzleroption im Köcher. Der frühere CDU-Generalsekretär Volker Rühe warf Merkel vor, nicht nur „desaströs verhandelt“ zu haben, die Partei habe auch kein „Ass“ für die Zukunft im Ärmel. Freilich werden einige Namen immer wieder genannt, denen aber das nötige Kaliber zu fehlen scheint. Kurz gesagt: Früher war halt mehr Lametta. Angesichts der AfD-Erfolge ist auch das sogenannte Wertefundament der Union wieder Streitthema. Konservativer oder doch mehr in der Mitte? Norbert Röttgen (CDU) monierte eine „inhaltliche Entleerung“ der Partei. Forderungen wurden laut nach einem neuen Grundsatzprogramm. Parteivize Thomas Strobl verkündete via „Spiegel“ mit Blick auf die AfD: „Wir müssen feststellen, dass sich manche Menschen nicht abgeholt fühlen.“ Den künftigen Kurs der Partei an herausgehobener Stelle mitbestimmen wird Annegret Kramp-Karrenbauer, bisher Regierungschefin im Saarland, die an Stelle des erkrankten Peter Tauber neue Generalsekretärin werden soll. AKK wird sie kurz genannt, wäre damit in aussichtsreicher Position, wenn es einst um die Nachfolge Merkels geht. Die Schwesterpartei CSU, bei der Bundestagswahl auch abgestraft, hat den Machtwechsel schon teilweise vollzogen. Der bisherige starke Mann, Horst Seehofer (68), muss gegen seinen Willen das Ministerprä-

sidentenamt an den jüngeren Herausforderer Markus Söder (51) abgeben und behält, womöglich eher vorläufig, den Parteivorsitz. Immerhin könnte er als neuer, Innen- und Heimatminister nach Berlin wechseln, ein Trostpreis für einen, der den Ministerpräsidentenposten als ein Stück Heimat betrachtet hat. Und dann wäre da noch die SPD mit ihrem bisherigen Vorsitzenden Schulz, dessen politischer Absturz an die Tragödie des Ikarus erinnert. Der Mann aus Würselen, einst mit 100 Prozent Vorschuss von der SPD in die Kanzlerkandidatur geschickt, scheiterte so spektakulär, dass selbst krisenerprobte SPD-Größen geschockt sind. Die denkwürdigen Karnevalstage des Jahres 2018 werden Schulz und die SPD sicher lange in Erinnerung behalten, während „tolle Tage“, und schon vor Aschermittwoch war für den erhofften Erneuerer und „Gottkanzler“ (Jusos) alles vorbei. Als der scheidende SPD-Vorsitzende nach nicht einmal einem Jahr im Amt am Karnevalsdienstag im Willy-Brandt-Haus vor die Presse trat, um seinen sofortigen Kompletttrückzug zu verkünden, atmete er schwer und wirkte irgendwas zwischen erschöpft und erleichtert. Vielleicht ist ihm noch einmal dieses verflixte Jahr 2017 durch den Kopf gegangen, das so verheißungsvoll begann und dann in den totalen Absturz mündete. „Ich scheide ohne Bitterkeit und ohne Groll aus diesem Amt. Ich habe es knapp ein Jahr gesehen“, sagte Schulz und fügte mit einem bitteren Lachen hinzu: „Ich habe in diesem Amt Höhen und Tiefen erlebt, wie man sie in der Politik in dieser Form selten erlebt. Das ist schon so und das bleibt einem auch nicht in den Klau-

»Ich scheide ohne Bitterkeit und ohne Groll aus diesem Amt.«

Martin Schulz, ehemaliger SPD-Chef

der Partei schwer geschadet haben: Opposition oder Groko, Neuwahlen oder ein Ministeramt für Schulz? Die SPD stand stets im Regen und kein Schirm in Sicht. Schulz hatte noch am Wahlabend vorgegeben, seine Partei, mit nur 20,5 Prozent der Stimmen bedacht, werde in die Opposition gehen. Die im November zerplatzte „Jamaika“-Sondierung von Union, FDP und Grünen sowie eine offenbar glasklare Ansprache des Bundespräsidenten Frank-Walter Steinmeier stimmten ihm um. Die SPD müsse erneut Verantwortung tragen, hieß es. Seither kämpfte Schulz gegen das Wendehals-Image. Ein Parteitag der SPD gab im Dezember 2017 grünes Licht für ergebnisoffene Gespräche mit der Union und bestätigte

Schulz mit mäßigen 81,9 Prozent im Amt. Die Sondierungsrunde von CDU, CSU und SPD lief dann auffallend geräuschlos und schon nach sechs Tagen stand das Ergebnis fest. Das 28 Seiten starke Sondierungspapier bekam Applaus von allen beteiligten Seiten, nicht jedoch von den Jusos, die weiter gegen die Groko zu Felde zogen, wobei ihr Vorsitzender Kevin Kühnert im Dauerangriffsmodus als neuer Kampfstern in der roten SPD-Galaxis aufging. Zeitungen analysierten, wer als Sieger der Sondierung gelten könne, eindeutig war die Sache nicht. Die SPD-Basis störte sich vor allem an drei Punkten: Dem Asylkompromiss mit Familiennachzug, der einen Obergrenzenkorridor vorsieht, der sachgrundlosen Befristung von Jobs und dem Verzicht auf die Bürgerversicherung. Ein Sonderparteitag der SPD, der darüber befinden sollte, ob Koalitionsgespräche mit der Union aufgenommen werden, verlangte Nachbesserungen. Die SPD-Spitze musste rhetorisch alles anbieten, um die neue Linie als erstens unabweichlich und zweitens vielversprechend darzustellen. Der Sonderparteitag zeigte deutlich, wie weit die Meinungen auseinandergegangen. Nur 56 Prozent der Delegierten stimmten am 21. Januar in Bonn für den Einstieg in die Groko-Verhandlungen. Als Schulz und SPD-Fraktionschefin Andrea Nahles sich nach der knappen Abstimmung umarmten, wirkten beide reichlich enträtfelt. Tatsächlich hatte vor allem Nahles alles gegeben, um die Delegierten vom Konzept Groko#3 unter Merkel zu überzeugen und versprochen, sie werde „verhandeln, bis es quietscht“.

Katastrophale Umfragen Die SPD schien tief gespalten. Die Jusos fuhren eine Anti-Koalitions-Aktivierungskampagne („Tritt ein, sag 'Nein.'“), während eine Umfrageklatsche auf die nächste folgte. Keine Angst

vor Neuwahlen? Wirklich? Den Satz „Wir fürchten keine Neuwahlen“ haben alle Parteichefs seit der Wahl zu Protokoll gegeben. Das klingt bei der SPD wenig glaubwürdig. Im ARD-Deutschlandtrend sackte die SPD zwischenzeitlich auf einen historischen Tiefwert von 16 Prozent ab, einen Punkt vor der AfD, während Union, AfD, Linke, Grüne und FDP weitgehend stabil blieben. Die SPD-Linke und Groko-Gegnerin Hilde Mattheis gab offen zu: „Ich habe Angst um die Sozialdemokratie.“ Die Koalitionsverhandlungen dauerten 13 Tage und endeten mit einem Ergebnis, das nach Ansicht vieler Kommentatoren für die SPD überraschend günstig ausfiel und für die Union mit einigen schmerzhaften Zugeständnissen verbunden ist. Vor allem bei der Ressortverteilung konnte die SPD gegenüber der Union punkten, weil sie trotz des schwachen Wahlergebnisses sechs Ministerien erhalten soll, darunter das einflussreiche Finanzministerium und das Außenministerium. SPD-Generalsekretär Lars Klingbeil spottete: „Wenn wir noch einen halben Tag länger gemacht hätten, dann hätten die uns wahrscheinlich das Kanzleramt auch noch gegeben.“ Auch inhaltlich konnte die SPD aus Sicht der Parteispitze einige Punkte nachbessern. So heißt es im Koalitionsvertrag: „Endlose Kettenbefristungen werden abgeschafft.“ Eine Kommission soll zudem Vorschläge für ein neues Vergütungssystem für Ärzte in der Gesetzlichen und Privaten Krankenversicherung (GKV/PKV) erarbeiten. Die Bürgerversicherung ist freilich vom Tisch. Zudem verständigten sich die drei Partner auf eine weitergehende Härtefallregelung beim Familiennachzug von Flüchtlingen.

Murren in der Union In Teilen der Union löste das Verhandlungsergebnis wenig Begeisterung aus, ein deutliches Murren war zu vernehmen. Der baden-württembergische CDU-Politiker Olav Gutting, der sich mit Spargel und Wein gut auskennt, sonst aber eher selten im Blickpunkt steht, twitterte am Tag der Entscheidung grundeherlich: „Puuh! Wir haben wenigstens noch das Kanzleramt!“ – und wurde damit plötzlich ein gefragter Interviewpartner. Gutting berichtete vom Unmut der Basis. Der Vertrag grenze aus Sicht der Mitglieder an Selbstaufgabe. „Der Eindruck ist, dass man sich hat über den Tisch ziehen und erpressen lassen.“ Dennoch wird damit gerechnet, dass der CDU-Parteitag am 26. Februar den Vertrag billigt. Wer erwartet hatte, nach der Einigung würde alles seinen geordneten sozialistischen Gang gehen, musste gleich wieder eine Steilkurve verkraften. Schulz verkündete mit Ende der Verhandlungen, er werde als Parteichef abtreten und habe Nahles gebeten, seine Nachfolgerin zu werden. Zugleich gab er nach heftigem öffentlichen Druck bekannt, das Amt des Außenministers übernehmen zu wollen. Das wider-

sprach seiner vorherigen Ankündigung, unter keinen Umständen in ein Kabinett Merkel einzutreten und löste in der SPD Empörung aus wie auch eine rigide Attacke von Außenminister Sigmar Gabriel, der gehofft hatte, er könnte das Amt behalten.

Zerstritten „Was bleibt, ist eigentlich nur das Bedauern darüber, wie respektlos bei uns in der SPD der Umgang miteinander geworden ist und wie wenig ein gegebenes Wort noch zählt“, beklagte sich der in der Bevölkerung beliebte Niedersachse und fügte hinzu, seine Tochter habe ihn getröstet und gesagt: „Papa, jetzt hast du doch mehr Zeit mit uns. Das ist doch besser als mit dem Mann mit den Haaren im Gesicht.“ Das mit den „Haaren“ brachte Gabriel keine Punkte ein, später entschuldigte er sich dafür. Es dauerte gleichwohl nur einen Tag, da vollzog Schulz erneut eine Kehrwende und

»Wir stellen fest, dass sich manche Menschen nicht abgeholt fühlen.«

Thomas Strobl, CDU-Vize

verkündete seinen Verzicht auf das Ministeramt am 22. April gewählt werden, ihr obliegt also der Erfolg des Mitgliederentscheids. Nach all dem Hin und Her forderte der frühere Hamburger Regierungschef Klaus von Dohnanyi, seit über 60 Jahren SPD-Mitglied: „Die SPD muss nach vorne schauen und eine zukunftsorientierte Politik machen.“ Hanseatisch unterkühlt fügte er im Deutschlandfunk hinzu: „Martin Schulz war ein historischer Irrtum.“ Der Koalitionsvertrag ist mit 179 Seiten etwas kürzer als der vorherige und betont im Titel („Ein neuer Aufbruch für Europa. Eine neue Dynamik für Deutschland. Ein neuer Zusammenhalt für unser Land“) das Neue, wohl um dem Eindruck vorzubeugen, letztlich bleibe alles, wie es ist. Noch bis zum 2. März dürfen die rund 460.000 SPD-Mitglieder darüber entscheiden, ob die Partei in die dritte Große Koalition seit 2005 eintritt und Merkel alsbald zum vierten Mal im Bundestag den Amtseid leisten kann. Das Ergebnis dürfte am 4. März vorliegen. Die Spannung bleibt also noch ein Weilchen erhalten. Claus Peter Kosfeld



Die drei Parteichefs Horst Seehofer (CSU, von links), Angela Merkel (CDU) und Martin Schulz (SPD) nach Abschluss der Koalitionsverhandlungen.

© picture-alliance/Kay Nietfeld/dpa

Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper



Von der ersten Lage über die allerhöchste Zeit bis hin zum Wasser, das buchstäblich bis zum Hals steht – mit ihren Worten und Sprachbildern versuchten die allermeisten Abgeordneten so deutlich wie möglich zu unterstreichen, dass ihnen die Brisanz des Themas Klimaschutz bewusst ist. Nur bei der Frage nach dem Weg hin zu einem Lebenswandel, der der nachfolgenden Generation sprichwörtlich Luft zum Atmen lässt, nach dem Gehtempo und der Wahl der Mittel, bei all diesen Punkten blieben die Fraktionen bei einer Debatte im Bundestag am Donnerstag so uneins wie eh und je.

Für die Bundesregierung warb die geschäftsführende Bundesumweltministerin Barbara Hendricks (SPD) um jüngst ausgehandelten Passagen. Der Entwurf des Koalitionsvertrages zeige eine neue Entscheidung, mit der die Bundesregierung für das Erreichen von anspruchsvollen Klimazielen kämpfen wolle, sagte Hendricks. Er bekenne sich unmissverständlich zu den Klimazielen bis 2030 und bis 2050. Das verabschiedete Klimaschutzgesetz werde einen verlässlichen Rahmen und Investitionssicherheit für Unternehmen bieten. Ende vergangenen Jahres hatten die mutmaßlichen Koalitionäre eingestanden, dass das Klimaziel 2020 wohl nicht eingehalten werden könne. Im Koalitionsvertrag ist nun unter anderem von einer Kommission die Rede, in die verschiedene Akteure und Betroffene einbezogen werden. Sie soll Maßnahmen zum Erreichen der Klimaziele sowie deren Folgen etwa für regionale Arbeitsmärkte erarbeiten und sich um den Kohleausstieg kümmern.

Vergnüglich würden dabei weder die zu findenden Kompromisse noch deren Umsetzung, warnte die Ministerin. Auf den Deutschen Bundestag kämen wichtige Debatten zu, die über die ökonomische Zukunftsfähigkeit des Landes entscheiden würden. An die Verbraucher wiederum appellierte Hendricks, die Folgen eigenen Handelns zu bedenken. „Dass man persönlich zur Verkehrswende beiträgt, wenn man zum Beispiel nicht ein großes, dickes, fettes Auto kauft, ist aber auch nicht zu bestreiten.“ In dem Zusammenhang erinnerte die Ministerin daran, dass es bei der Debatte über Klimafolgen nicht nur um Kohlekraftwerke gehe. Es sei Zeit, dass die Bereiche Verkehr und Landwirtschaft ihren Beiträge leisteten und wirksam umsteuerten. Diese Meinung vertrat auch der FDP-Abgeordnete Lukas Köhler – um für ein Ausweiten des Emissionshandels auf die Wirtschaftszweige zu werben. Auch im Verkehr nach seinen Vorstellungen auf europäischer Ebene einen Preis bekommen, forderte er. Deutschland solle mit gutem Beispiel vorangehen und dabei zugleich die weltweite Entwicklung im Blick haben: „Nationale und europäische Schritte sind wichtig, aber unser Ziel muss ein weltweiter CO₂-Preis sein.“ Dabei setzt die Politik nach seinen Vorstellungen einen Rahmen sowie Ziele und überlässt es den Unternehmen, diese Ziele zu erreichen. Die CSU-Abgeordnete Anja Weisgerber sprach sich ebenfalls gegen zu viel

Förderung für den Mittelstand

ERP-WIRTSCHAFTSPLAN Der Bundestag hat sich einstimmig für die weitere Unterstützung des Mittelstands und der freien Berufe ausgesprochen. Die Abgeordneten beschlossen am Donnerstag einen Gesetzentwurf über die Feststellung des Wirtschaftsplans für das ERP-Sondervermögen für das Jahr 2018 (19/164). Sie folgten damit einer Beschlussempfehlung des Ausschusses für Wirtschaft und Energie vom Vortag (19/855).

Die Bundesregierung will aus dem Sondervermögen des European Recovery Program (ERP) im laufenden Jahr etwa 790 Millionen Euro bereitstellen. Das Programm, das auf den Marshall-Plan der Nachkriegszeit zurückgeht, will besonders mittelständischen Unternehmen der gewerblichen Wirtschaft und der freien Berufe unter die Arme greifen. Mobilisiert werden könnten dadurch zinsgünstige Darlehen und Beteiligungskapital mit einem Volumen von etwa 6,75 Milliarden Euro, heißt es in dem Gesetzentwurf. Das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie soll ermächtigt werden, mit Zustimmung des Bundesfinanzministeriums Bürgschaften, Garantien oder sonstige Gewährleistungen zur Förderung der gewerblichen Wirtschaft einschließlich der freien Berufe bis zu einem Gesamtbetrag von 3,3 Milliarden Euro zu lasten des ERP-Sondervermögens zu übernehmen. Auch transatlantische, völkerverbindende Projekte können gefördert werden. **pez**



Mieses Klima

UMWELT Die Fraktionen streiten darüber, wie die Klimaziele erreicht werden können

Windräder fügen sich scheinbar friedlich ins Landschaftsbild ein, sorgen aber für Konflikte.

© picture-alliance/Patrick Pleul/dpa/ZB

Eingriffe in den Markt aus. Anreize statt Zwang müsse die Parole lauten. Es gelte sicherzustellen, dass die Wirtschaft wettbewerbsfähig bleibe und die Energieversorgung gesichert. „Die Wirtschaft kann Klimaschutz, wenn die Politik verlässliche Rahmenbedingungen schafft und Anreize zum Beispiel für effiziente Umwelttechnologien setzt“, sagte Weisgerber.

Arbeitsplätze dank Energiewende Der AfD-Abgeordnete Dirk Spaniel hob für seine Fraktion die geringe Bedeutung deutscher Maßnahmen für das weltweite Klima hervor und bezeichnete die Energiewende als Märchen. Es gebe keinen Plan zur Realisierung. Lorenz Gösta Beutin (Die Linke) hingegen verwies viel-

mehr auf die Chancen eben dieses strukturellen Wandels. 350.000 Arbeitsplätze seien in diesem Sektor entstanden, 250.000 sollten Berechnungen zufolge in den nächsten Jahren noch dazukommen, sagte Beutin. Wie die Bundesumweltministerin warb er dafür, das Thema Klima nicht auf die Frage eines Kohleausstiegs zu begrenzen. Zur nötigen Verkehrswende gehöre dann auch ein kostenfreier Öffentlicher Personennahverkehr, sagte Beutin und schlug damit den Bogen zu einer weiteren aktuellen Debatte (siehe Text unten).

Annalena Baerbock von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, auf deren Anträgen die Diskussion maßgeblich fußte, kritisierte nicht nur die Klimapolitik der

Bundesregierung als peinlich und als ein Desaster, auch weil ein Abbau-Ziel bei der Kohle fehle. Sie prangerte ebenso die FDP und deren Antrag an – der nämlich sei wegen seines Plädoyers für weltweiten Emissionshandel absurd und menschenverachtend.

Den angesprochenen FDP-Antrag (19/821) überwies die Abgeordneten in den Unterausschuss, einen Antrag der Fraktion Die Linke (19/830) zum Abschalten von Kohlekraftwerken in den Wirtschaftsausschuss. Die Anträge der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen (19/83, 19/449, 19/450) lehnte der Bundestag ab und folgte damit Beschlussempfehlungen der Ausschüsse (19/856, 19/857). **Kristina Pezzer**

Bus und Bahn zum Nulltarif

AKTUELLE STUNDE Reaktionen auf Regierungsvorschlag für kostenlosen ÖPNV

Linke und Grüne sind begeistert. Die SPD findet es gut, darüber nachzudenken. Union, AfD und FDP halten die Idee eines kostenlosen Öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) hingegen für schlichtweg nicht finanzierbar. Der gemeinsame Brief von Umweltministerin Barbara Hendricks (SPD), Verkehrsminister Christian Schmidt (CSU) und Kanzleramtschef Peter Altmaier (CDU) an die EU-Kommission mit Vorschlägen, wie die Luft in deutschen Städten verbessert werden könne, hat mächtig Staub aufgewirbelt. Insbesondere die darin enthaltene Aussage, zusammen mit den Ländern und den Kommunen über einen kostenlosen ÖPNV nachdenken zu wollen, um die Zahl privater Fahrzeuge zu verringern.

Verzweiflungstat Während einer aktuellen Stunde vergangenen Donnerstag warf Oliver Luksic (FDP) der Bundesregierung vor, viel zu lange nichts gegen drohende Fahrverbote in den Städten unternommen zu haben. Zudem drohe Deutschland ein EU-Vertragsverletzungsverfahren wegen nicht eingehaltener Grenzwerte bei Stickoxidemissionen. Der gemachte Vorschlag sei eine Verzweiflungstat, befand er. Laut Luksic würde das Hamburg beispielsweise „jedes Jahr so viel kosten wie die Elbphilharmonie“. Der FDP-Abgeordnete hielt zugleich ein Plädoyer für die umstrittene Dieselschweizer, die gebraucht werde „weil sie hinsichtlich Verbrauch und CO₂-Ausstoß effizienter ist“. Das Vertrauen in den Diesel müsse gestärkt werden, forderte er. Die Beschlüsse des Dieselpipfels reichten dafür „hinten und vorne nicht aus“. Von einem Freifahrtschein für alle, der eine Utopie darstelle und nicht finanzierbar sei, sprach Michael Donth



Bald überflüssig? Ein Ticketautomat

(CDU). 13 Milliarden Euro müssten dafür pro Jahr aufgewendet werden, sagte Donth. Darüber, wie die Schadstoffbelastung in den Städten gesenkt werden kann, müsse besonders diskutiert werden, forderte der Unionsabgeordnete. Vorstellbar ist aus seiner Sicht ein kostenloser ÖPNV in bestimmten Städten an bestimmten Tagen, wenn etwa die Feinstaubbelastung besonders hoch ist. Aus Sicht von Kirsten Lühmann (SPD) hat die Bundesregierung mit den im Brief an die EU-Kommission vorgeschlagenen Maßnahmen und der Aussage, über einen kostenlosen ÖPNV nachzudenken, „genau das richtige gemacht“. Es gebe nun Vorschläge, über die diskutiert werden könne. „Das sollten wir auch mal zulassen“, forderte die SPD-Abgeordnete. Klar sei, „das Problem der Luftverschmutzung in unseren Städten ist nicht mit einer Maßnahme zu erschlagen.“

Die mehr als 12 Milliarden Euro Minder-einnahmen müssten durch die Bürger über ihre Steuern und Abgaben finanziert werden, sagte Wolfgang Wiehle (AfD). Zudem seien schon heute in vielen Ballungsgebieten Busse und Bahnen im Berufsverkehr an ihrer Kapazitätsgrenze. Wiehle verwies zudem auf „Sicherheitsprobleme im ÖPNV“. Wenn die Finanzierung noch prekärer werde, „wird auch die Chance zur Verbesserung auf diesem Feld immer kleiner“.

Belächelt und beschimpft „Wir wollen den Null-Tarif im ÖPNV“, machte hingegen Sabine Leidig (Die Linke) deutlich. Ihre Fraktion werbe seit Jahren dafür und sei teils belächelt und teils beschimpft worden. Jetzt überrasche die Bundesregierung mit der Idee, den Nulltarif in einigen konkret benannten Städten einzuführen, sagte Leidig. Allerdings gebe es hinter der Regierungsidee „kein Konzept, kein Plan und auch keinen wirklichen Willen.“ Kein Argument gegen den kostenlosen ÖPNV sei fehlendes Geld, so die Linke-Abgeordnete. Sie forderte ein Ende des Dieselsprivilegs und eine Sonderabgabe der Autoindustrie zur Verbesserung der Luftqualität. Stefan Gelbhaar (Grüne) sagte, der nun losgetretenen Debatte müssten auch Taten folgen. Die Bundesregierung rudere jedoch schon zurück. Dabei seien die Grünen an ihrer Seite, wenn sie Busse und Bahnen günstiger machen wolle. Viel zu lange nämlich, so Gelbhaar, habe die Bundesregierung zugesehen, wie die Verkehrsverbände Jahr für Jahr die Preise erhöht hätten. „Das muss ein Ende haben“, forderte er. Mit Blick auf die Finanzierbarkeit verwies Gelbhaar ebenfalls auf die Dieselschweizer. An die Regierung gewandt sagte er: „Sie haben Geld wie Heu. Geben Sie es richtig aus.“ **Goetz Hausding**

AUS PLENUM UND AUSSCHÜSSEN

Klimawandel belastet Tourismus

TOURISMUS Der Klimawandel macht dem Tourismus in Mecklenburg-Vorpommern zu schaffen. Durch Unwetter seien vermehrt Abbrüche von Steilküsten und Zerstörungen küstennaher Wander- und Radwege zu beklagen, sagte Bernd Fischer, Geschäftsführer des Tourismusverbandes von Mecklenburg-Vorpommern, in einer Sitzung des Tourismus-Ausschusses in der vergangenen Woche. Prognosen zufolge könne bis zum Ende des Jahrhunderts der Meeresspiegel der Ostsee um 48 Zentimeter ansteigen. Sollte die Wassertemperatur dauerhaft 20 Grad überschreiten, drohe obendrein eine „explosionsartige Vermehrung“ von Cyanobakterien im Meer, was ein Badeverbot an vielen Stränden zur Folge haben könne, erläuterte Fischer. Zusammen mit Bayern gehört Mecklenburg-Vorpommern zu den beliebtesten Reisezielen

in Deutschland. Im Durchschnitt würden Jahr für Jahr etwa 30 Millionen Übernachtungen gezählt. Allerdings habe es 2017 im Vergleich zum Vorjahr, wenn auch auf hohem Niveau, ein Minus gegeben. Eine eindeutige Ursache dafür lasse sich kaum benennen, zumal im selben Zeitraum das benachbarte Schleswig-Holstein „ordentlich zugelegt“ habe. Die Fremdenverkehrswirtschaft in Mecklenburg-Vorpommern erhofft sich von der bevorstehenden Internationalen Tourismus-Börse (ITB) in Berlin eine Chance, mehr Beachtung bei ausländischen Reiseveranstaltern zu finden. Bisher liege der Anteil ausländischer Gäste in dem Land bei drei Prozent, sagte Fischer. Als erstes deutsches Bundesland überhaupt übernimmt Mecklenburg-Vorpommern in diesem Jahr die Rolle des Offiziellen Partnerlandes der ITB. **iw**

Antrag ohne Unterstützung

HANDWERK An der von der AfD monierten Widerrufsregelung im Verbraucherrecht ist nach Ansicht der anderen Fraktionen im Bundestag nichts auszusetzen. In der ersten Lesung des von der Fraktion eingebrachten Antrags (19/828) zur Prüfung und Überarbeitung des einschlägigen Gesetzes im Plenum am Freitag machte der AfD-Abgeordnete Hansjörg Müller auf die angeblich überbordenden bürokratischen Anforderungen aufmerksam, die Handwerker unzumutbar belasten würden. Es gebe Ungleichgewichte, die beseitigt werden müssten, und eine „absolute Überregulierung“. Handwerker würden mit Drückerkolonnen gleichgestellt und in Existenznöte gedrängt. Es handele sich nicht mehr um Verbraucherschutz, sondern um Unternehmensgängelei. Müller erntete massiven Widerspruch. Hendrik Hoppenstedt (CDU/CSU) sagte, Bürokratieabbau sei ein wichtiges Thema, aber die AfD ha-

be mit ihrer Kritik „ein bisschen dick aufgetragen“. Das Handwerk habe sich mit der Regelung arrangiert, zudem fuße das von der AfD benutzte „Steckdosenbeispiel“ auf veralteter Rechtslage. Sarah Ryglewski (SPD) sagte, die AfD-Darstellung sei „absoluter Quatsch“. Aus den Handwerksverbänden gebe es keine Informationen, wonach die Forderungen der AfD berechtigt seien. „Ein Bürokratiemonster sieht anders aus.“ Zudem enthalte der Antrag der AfD keine Lösungsvorschläge. Roman Müller-Böhm (FDP) sprach von „Schwarzmalerei“ und „Effekthascherei“ auf dem Rücken kleiner und mittleren Unternehmer, Amira Mohamed Ali (Die Linke) sieht in dem Antrag eine „irreführende Symbolforderung“, und Manuela Rottmann (Bündnis 90/Die Grünen) betonte, dass das Handwerk andere Probleme habe. Im Anschluss an die Debatte wurde der Antrag in den Rechtsausschuss überwiesen. **woj**

Kontroverse über Pflanzenschutz

PESTIZIDEINSATZ Die Grünen kritisieren den Einsatz von chemisch-synthetischen Pestiziden. Harald Ebner machte im Namen seiner Fraktion alarmierende Tendenzen aus: „Die Hälfte der Wildbienenarten in Deutschland sind im Bestand gefährdet.“ Die Fraktion forderte am Donnerstag in einem Antrag (19/835), den Einsatz von Pestiziden deutlich zu reduzieren. Ziel müsse die Senkung um 40 Prozent innerhalb der nächsten vier Jahre sein. Glyphosat, Glufosinat und bienengefährdende Neonotinoide sollen darüber hinaus verboten werden. Für die Union warnte Hermann Färber davor, durch den Antrag einen Keil zwischen den ökologischen und konventionellen Anbau zu treiben. So sparsam wie möglich müsse die Anwendung von Pflanzenschutzmitteln in beiden Bereichen sein. Rita Hagl-Kehl (SPD) betonte, dass die Einschränkung des Glyphosat-

einsatzes in den Koalitionsverhandlungen vereinbart worden sei und die konventionelle Landwirtschaft ökologischer werden müsse. Stephan Protschka (AfD) kritisierte, dass die Grünen nur Verbote und Strafen verlangen würden. Der bedarfsgerechte Pestizideinsatz sei aber erforderlich, um eine wirtschaftliche Landwirtschaft zu ermöglichen. Verbotspolitik trage nur zum Höfesterben bei. Carina Konrad stellte für die Liberalen fest, dass die Reduktion des Einsatzes von Pflanzenschutzmitteln ohnehin im Interesse der Landwirte sei. Als tickende Zeitbombe bezeichnete hingegen Amira Mohamed Ali (Die Linke) den Pestizideinsatz. „Wir brauchen die Agrarwende jetzt“, sagte sie. Als „Angstmache“ bezeichnete Frauke Petry (fraktionslos) den Grünen-Vorstoß. Viele Bürger hätten kein Problem damit, konventionell erzeugte Lebensmittel zu kaufen. Der Antrag wurde zur weiteren Beratung an den Agrarausschuss überwiesen. **eis**

Zug um Zug besser

NAHVERKEHR Wettbewerb stärkt Servicequalität in Zügen

Der Schienenpersonennahverkehr (SPNV) in Deutschland wird angesichts des wachsenden Wettbewerbs immer leistungsfähiger. Seit der Regionalisierung sei das Leistungsvolumen im SPNV von 498 Millionen Zugkilometern im Jahr 1993 auf mittlerweile 671 Millionen Zugkilometer im Jahr 2015 und damit um mehr als ein Viertel gestiegen, schreibt die Bundesregierung in dem Bericht zur Vergabepreis im Schienenpersonennahverkehr (18/12711). In den vergangenen Jahren habe dabei auch die Wettbewerbsintensität deutlich zugenommen. 2015 hätten die Wettbewerber der Deutschen Bahn AG (DB AG) etwa 30 Prozent der Betriebsleistung erbracht (2002: neun Prozent). Aus Sicht der Bundesregierung ist die positive wettbewerbliche Entwicklung vor allem auf die Weiterentwicklung des vergaberechtlichen Rahmens zurückzuführen.

In einer Sitzung des Verkehrsausschusses in der vergangenen Woche zeigten sich die meisten Fraktionen mit der Entwicklung zufrieden. Der Wettbewerb habe nicht nur etwas mit Kostensenkungen zu tun, sondern Sorge für verbesserte Angebote, sagte der Vertreter der CDU/CSU-Fraktion während der Debatte. Insofern tue der Wettbewerb dem SPNV „sehr gut“. Aus Sicht der AfD-Fraktion kann Wettbewerb zu einer Effizienzsteigerung führen. Allerdings müssten die Rahmenbedingungen stimmen, damit der Wettbewerb nicht auf dem Rücken der Mitarbeiter oder der Fahrgäste ausgeübt werde. Die Ausschreibung von Strecken habe zu einer deutlichen Verbesserung der SPNV-Angebote geführt, hieß es von Seiten der FDP-Fraktion. Mehr Wettbewerb sei auch gut für die DB Regio, die erkannt habe, dass auch sie bessere Angebote machen müsse, sagte der Fraktionsvertreter. Auch wenn sich die ganz großen Erwartungen nicht erfüllt hätten und man die „überschwängliche Begeisterung“ der Regierung nicht teile, sei die Regionalisierung des SPNV „insgesamt betrachtet eine Erfolgsgeschichte“, sagte der Vertreter der Grünen. Bei den Ausschreibungen im SPNV gehe es nicht um Gewinnmaximierung, sagte die Vertreterin der SPD-Fraktion. Vielmehr gebe es ganz klare Qualitätskriterien. Aus eigener Erfahrung wisse sie, dass der Service in der von ihr benutzten Privatbahn besser sei als in den Zügen der DB Regio. Allein der Vertreter der Linken äußerte Kritik. Der Wettbewerb gehe auf Kosten der Substanz und der Sicherheit und führe bei den Beschäftigten zu Lohndumping. Öffentliche Bahnunternehmen, die nicht dem Prinzip der Gewinnmaximierung unterworfen seien, könnten die Aufgaben im Bahnsektor besser erfüllen. **hau**



DB-Konkurrent „Eurobahn“ in voller Fahrt

Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper



KURZ REZENSiert

Joachim Käppner
1918
 Aufstand für die Freiheit
 Die Revolution der Besonnenen
 Piper Verlag, München 2017; 524 S., 28 €

Einem an seiner eigenen Partei leidenden SPD-Mitglied ist die Lektüre des Buches von Joachim Käppner nicht unbedingt zu empfehlen. Zwar distanziert sich Käppner, Historiker und Autor der „Süddeutschen Zeitung“, von Sebastian Haffners drastischer Analyse, wonach die SPD die Revolution von 1918 „verraten“ habe. Doch auch Käppner schont die Sozialdemokraten nicht: Durch ihre grandiose Fehleinschätzung, eine Demokratie auf den Fundamenten der alten Ordnung aufbauen zu können, gar im Bündnis mit deren Eliten, sei die Weimarer Republik von Beginn an zum Scheitern verurteilt gewesen – all ihrer Errungenschaften zum Trotz. Aber im Unterschied zu Haffner fragt Käppner auch nach den Handlungsspielräumen der Akteure, die zum Beispiel durch den ungeheuren Druck der Siegermächte eingeschränkt waren. Er schreibt lieber von einem „deutsches Trauerspiel“, in dem die von der SPD geführte Übergangsregierung weder die meuternden Matrosen noch die Revolution richtig verstanden habe – nämlich als einen Aufstand für die Freiheit. Diesen, beginnend mit der Meuterei auf den Kriegsschiffen und endend mit dem Untergang der zweiten Münchner Räterepublik im Mai 1919, schildert Käppner romanhaft fesselnd in all seinen Facetten. Das Handeln jener Soldaten wie jenes ihrer Gegenspieler, der Offiziere, steht dabei im Zentrum. Denn die Revolution ging von den Matrosen aus, die, ohne ein politisches Programm zu haben, zunächst nur für das Ende eines sinnlosen Krieges kämpften. Wie sich aus der Kriegsmüdigkeit schließlich politische Visionen entwickelten und mit Gewalt beantwortet wurden: Käppner schildert die Dramatik der Ereignisse in all ihrer Widersprüchlichkeit. Denn trotz der „verpassten historischen Chance“ durch die SPD mit ihren dramatischen Folgen sollten sie, so der Autor, als Geburtsstunde der Demokratie stärker gewürdigt werden als bisher. Dies ist ihm zweifellos gelungen.

Isabel Rohner, Rebecca Beerheide:
100 Jahre Frauenwahlrecht.
 Ziel erreicht! ... und weiter?
 Ulrike Helmer Verlag, Sulzbach 2017; 204 S., 18 €

„Sie waren mutig, die Frauen, vor hundert Jahren, als sie gekämpft haben für etwas, was heute für uns Frauen selbstverständlich ist, nämlich das Frauenwahlrecht.“ Mit diesen Worten blickt Ulrike Güérot, Professorin für Demokratieforschung, auf die Einführung des Frauenwahlrechts im Deutschen Reich und anderen Ländern nach Ende des Ersten Weltkriegs. Isabel Rohner, langjährige Referentin für die Frauenbewegung, hat zusammen mit der Vorsitzenden des Journalistinnenbundes, Rebecca Beerheide, Beiträge verschiedenster Frauen über ihr Verständnis von Feminismus und die Bedeutung des Frauenwahlrechts zusammengetragen – von der ehemaligen Bundestagspräsidentin Rita Süßmuth oder der langjährigen Femen-Vorsitzenden Zana Ramadan. Ein langes Menschenleben ist das Frauenwahlrecht in Deutschland verankert und wird gelebt. Aktiv und passiv. Und trotzdem dürfen zum Beispiel in Saudi Arabien Frauen erst seit 2015, wenn auch nur in Kommunalwahlen, ihre Stimme abgeben. In Sachen Gleichberechtigung bestehen noch immer Defizite. Weltweit, aber auch in Europa und Deutschland, wo durch einen politischen Rechtsruck wieder konservativere Frauenbilder propagiert werden. Bundestagsvizepräsidentin Claudia Roth merkt an, dass auch in Deutschland „eine volle Gleichstellung noch lange nicht erreicht ist“. So liege der Gender Pay Gap, die schlechtere Bezahlung von Frauen für gleiche Arbeit, bei durchschnittlich 21 Prozent. Weltweit zeigen die Debatte um sexuellen Missbrauch und Bewegungen wie dem „Womans March“ gegen US-Präsident Donald Trump und seine frauenfeindlichen Äußerungen, dass der Weg zur Gleichberechtigung zwar noch andauert, aber gegangen wird. Insgesamt bietet der Band eine breite Mischung aus historischen Rückblicken auf die Proteste der Suffragetten, Ausblicken in andere Länder und Herausforderungen an die heutige Politik.



Seit 1953 ist die Deutsche Welle auf Sendung: Geleitet wird der Auslandssender von Intendant Peter Limbourg (rechts).



© DW/M. Müller/M. Magunia

Türkisch auf allen Kanälen

DEUTSCHE WELLE Die bedrohte Pressefreiheit stellt den Auslandssender vor neue Herausforderungen

Wenn die Deutsche Welle (DW) Anfang Mai ihr 65-jähriges Sendejubiläum feiert, haben die Mitarbeiter Grund zur Hoffnung. Union und SPD haben dem Auslandssender in ihrem Koalitionsvertrag eine kräftige Eräterhöhung in Aussicht gestellt. Und doch schwingt ein ungutes Gefühl mit. Nur weil die Welt unsicherer geworden ist, weil insbesondere die Pressefreiheit in immer mehr Ländern bedroht oder abgeschafft ist, steht der Sender wieder hoch im Kurs. So ist in der Türkei von der einstigen Medienvielfalt wenig geblieben. Weit über hundert Journalisten sitzen im Gefängnis. Fünf von ihnen wurden am Tag, an dem der „Welt“-Korrespondent Deniz Yücel sein türkisches Gefängnis verlassen und ausreisen durfte, zu lebenslanger Haft verurteilt. Auch die Deutsche Welle ist von Einschränkungen in der Türkei betroffen, die schon vor dem Putschversuch einsetzten. Medienpartner, die Radio- und Fernsehformate der DW übernommen hatten, strahlten diese nicht mehr zuverlässig aus oder griffen inhaltlich ein. Der deutsche Auslandssender bemühte sich, mit einer Stärkung seiner türkischen Online-Angebote gegenzuhalten. Für Intendant Peter Limbourg ist klar: „Es ist an der Zeit, dass wir, möglicherweise gemeinsam mit anderen westlichen Auslandssendern, unsere redaktionellen Angebote auf allen Sendewegen in türkischer Sprache mas-

siv stärken.“ Internationale Medien müssten das entstandene Vakuum füllen, „damit die Regierung nicht vollends das Informationsmonopol bekommt“. In der Aufgabenplanung des Senders für die nächsten vier Jahre (19/372), mit der sich der Kultur- und Medienausschuss in dieser Woche erstmals befassen will, ist ein Satellitenfernsehprogramm „DW Turk“ enthalten – vorausgesetzt, der Gesetzgeber bewilligt die nötigen Mittel. Internationale Medien wie die Deutsche Welle müssen ständig auf neue Entwicklungen reagieren – sei es die Annexion der Krim durch Russland, die Vertreibung der Rohingya aus Myanmar oder die anhaltenden Migrationsbewegungen. „Für die DW heißt das“, sagt Intendant Limbourg, „auch kurzfristig die Berichterstattung aus und über bestimmte Regionen zu verstärken.“ Allerdings wehren sich betroffene Regime dagegen. So sind nach DW-Angaben in Ägypten in den vergangenen zwei Jahren neben über vierhundert lokalen auch einige ausländische Webseiten blockiert worden. Die meist jungen Online-Nutzer finden aber oft Wege, solche Blockaden zu umgehen, etwa durch Zwischenschaltung von Proxy-Servern. „Während der jüngsten Proteste in Iran konnten wir trotz der Blockierung eine deutliche Steigerung der Nutzung unseres Angebots auf Farsi registrieren“, berichtet Limbourg. Doch die Regierungen, vor allem die chinesische und

iranische, betrieben „einen enormen Aufwand“, um auch solche Umwege zu versperren und „ihre Bevölkerung von der globalen Diskussion auszuschließen“. Die DW müsse viel Geld in Maßnahmen zur Umgehung solcher Blockaden investieren. Dabei arbeite sie mit anderen westlichen Auslandssendern zusammen. „Es ist meiner Meinung nach ein echtes Zeichen von Schwäche der Regierungen in Peking und Teheran, dass sie versuchen, ihre Bevölkerung dergestalt zu bevormunden“, meint Limbourg. Die Deutsche Welle war im Mai 1953 mit einem deutschsprachigen Radioprogramm gestartet, gedacht als Brücke zu den Millionen Landsleuten, die in den vorangegangenen Jahrzehnten ausgewandert waren. Nach und nach kamen immer mehr Programme in anderen Sprachen hinzu. Zahllose Journalisten, die in ihren Heimatländern nicht frei arbeiten konnten, fanden und finden so eine Möglichkeit – früher von Köln und heute von Bonn und Berlin –, die Menschen zuhause unabhängig zu informieren. Technisch baute die Deutsche Welle eines der leistungsfähigsten globalen Kurzwellen-Netze auf. Später kamen Fernsehformate dazu, nach der Deutschen Einheit mit der Übernahme des deutsch-amerika-

nischen RIAS-TV als aktuelles Satellitenprogramm, und erste Online-Angebote. Der Bedeutungsverlust der Kurzwellen gegenüber den neuen Medien, mehr aber noch drastische Haushaltskürzungen ab Ende der Neunziger Jahre veranlassten die Deutsche Welle, ihr Radio-Angebot stark herunterzufahren. Intern war dies heftig umstritten, ist doch die Kurzwellen ein besonders schwer zu blockierender Verbreitungsweg. Aber irgendwoher musste das Geld für den unumgänglichen Ausbau der Fernseh- und Online-Angebote kommen. Heute erreicht die DW ihrem Evaluationsbericht (19/373) zufolge mit Abstand die meisten Menschen mit ihrem Fernsehangebot. Radio und Online liegen gleichauf, wobei die mobile Online-Nutzung besonders hohe Zuwachsraten aufweist. In der vergangenen Legislaturperiode hat der Sender erstmals nach einer langen Durststrecke wieder deutlich mehr Geld erhalten. Sie nutzte es, um ihre Reichweite auf 157 Millionen wöchentliche Nutzerkontakte zu steigern. Bis 2021 strebt der Sender gar 210 Millionen an. Neben dem regulären Fernsehkanal DW Arabia legte der Sender auch ein zusätzliches TV-Angebot für arabischsprachige Flüchtlinge in

Europa auf. „Mit diesem Kanal konnten wir viele Inhalte über die deutsche Kultur und unsere Wertewelt an die Menschen vermitteln, die hier Schutz vor Krieg und Verfolgung gesucht haben, und besonders für die Kinder einen Einstieg in die deutsche Sprache bieten“, freut sich Limbourg. Weitere, zum Teil gemeinsam mit dem französischen Auslandsrundfunk aufgelegte Angebote vermitteln den Menschen in den Herkunftsländern ein realistisches Bild der Situation von Flüchtlingen in Europa. Neue Sprachen Zukünftig möchte der Sender seine Angebote stärker regionalisieren, um besser an die Lebenswirklichkeit der Menschen anzuknüpfen. Sofern das Geld reicht, will sie zudem neue Sprachangebote starten. „Beispielsweise wären weitere afrikanische Regionalsprachen in den Gebieten, in denen Klimawandel und Bedrohung durch Terror wichtige Themen sind, ein Gewinn für unsere Nutzer“, stellt der Intendant fest. Die Chancen stehen nicht schlecht, denn im ausgehandelten Koalitionsvertrag heißt es: „Wir wollen das Budget der Deutschen Welle auf das vergleichbar europäischer Auslandssender anheben.“ Doch bis dahin ist es ein weiter Weg. 2017 lagen die Zuweisungen des Bundes an die DW bei rund 326 Millionen Euro. Dem gegenüber verfügte der französische Auslandssender über etwa 389 Millionen und die BBC gar über 523 Millionen Euro.

Union und SPD wollen das Budget auf das vergleichbarer europäischer Sender anheben.

Klares Bekenntnis zur Verantwortung

ERINNERUNGSKULTUR Harsche Kritik an AfD wegen Revisionismus und Nazi-Vokabeln

In einer teils hitzigen, teils nachdenklichen Debatte hat der Bundestag am Freitag mit überwältigender Mehrheit die Kritik aus der AfD an Gedanken an die nationalsozialistische Diktatur und ihre Opfer einhellig zurückgewiesen und verurteilt. Redner von CDU/CSU, SPD, FDP, Linken und Bündnis 90/Die Grünen bekannten sich ausdrücklich zur Erinnerungskultur. Die Grünen hatten die Aktuelle Stunde beantragt. Konstantin von Notz (Grüne) eröffnete die Debatte mit der scharfen Kritik, die AfD betreibt „Geschichtsrevisionismus in Reinform“. Als Beispiel nannte von Notz unter anderem die Äußerungen des Vorsitzenden der thüringischen Landtagsfraktion, Björn Höcke, der das Holocaust-Mahnmal in Berlin als „Denkmal der Schande“ bezeichnet hatte. Und im Bundestag habe die AfD-Fraktion der Holocaust-Überlebenden Anita Lasker-Wallfisch den Applaus verweigert, monierte von Notz. Zugleich warf er der AfD vor, „Nazi-Vokabeln“ zu nutzen und „ekelhaften Rassismus“ zu verbreiten. „Sie radikalieren sich im Minutentakt“, sagte er mit Blick in die Reihen der AfD. Marian Wendt (CDU) sagte, Deutschland könne „stolz“ sein auf die Aufarbeitung seiner Vergangenheit. Ohne diese Erinnerungskultur sei Demokratie nicht denkbar, aus ihr erwachse eine große Verantwortung für nachfolgende Generationen.

In diesem Sinne argumentierte auch die SPD-Abgeordnete Michelle Müntefering. Die „geistige und kulturelle Freiheit“ Deutschlands sei am besten durch Aufklärung und Bildung der jungen Generation zu gewährleisten. Der Besuch einer Gedenkstätte sollte kein Zwang, sondern eine Selbstverständlichkeit sein, sagte Müntefering. Auch Petra Pau (Linke) mahnte: „Wir erinnern nicht aus Folklore, sondern aus Verantwortung für die Gegenwart und die Zukunft.“ Der FDP-Abgeordnete Stefan Rupprecht bezeichnete das Verhalten der AfD im und außerhalb des Bundestages als „erbärmlich“. Deren Vertretern würde es offenbar eine „tiefe Befriedigung“ verschaffen, in ihren Reden regelmäßig die Vokabel „entartet“ einfließen zu lassen. Rupprecht spielte damit darauf an, dass das Wort „entartet“ aus dem Vokabular der Nationalsozialisten stammt. Für die AfD wies Marc Jongen die massive Kritik an seiner Fraktion zurück und bezeichnete sie umgekehrt als „Hetze“. Seine Partei „kämpfe für Deutschland“ und „die Heimat“ gegen die „Politik der Massenwanderung“. Jongen räumte ein, dass „in der Hitze des Gefechts“ die ein oder andere Äußerung von AfD-Vertretern „übersteuert“ gewesen sei. Von den Grünen brauche sich seine Partei allerdings keine „Moralpredigten“ halten lassen, wenn diese weiterhin die „deutschfeindlichen“ Äußerungen des Journalisten Deniz Yücel verteidigten.

Alexander Weinlein



Ein Stolperstein in Magdeburg zum Gedenken an ein Opfer des NS-Terrors.

Anzeige

DAS WILL ICH ONLINE LESEN!
 Jetzt auch als E-Paper.

Mehr Information.
 Mehr Themen.
 Mehr Hintergrund.
 Mehr Köpfe.
 Mehr Parlament.

Direkt zum E-Paper

www.das-parlament.de
 parlament@fs-medien.de
 Telefon 069-75014253

Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper

AUFGEKEHRT

Ein Hund namens Günter

Ein Hund als Mitglied der SPD? „Bild“ machte es möglich, stellte einen Mitgliedsantrag für Hündin Lima, der auch prompt von den Genossen angenommen wurde. Das Boulevardblatt wollte mit der Aktion beweisen, wie einfach es derzeit ist, die deutsche Sozialdemokratie zu unterwandern, um am Mitgliederentscheid über die Große Koalition teilnehmen und diesen manipulieren zu können. Auch unserer Redaktion hat die Geschichte keine Ruhe gelassen. Nach investigativen Recherchen ist es uns gelungen, die wahre Identität von Lima aufzudecken. Bei der Hündin handelt es sich nämlich in Wirklichkeit um den 1942 in Burscheid geborenen Journalisten Hans Esser alias „der Türke Ali“ – dem breiten Publikum besser bekannt als Günter Wallraff! Konfrontiert mit unseren Rechercheergebnissen hat der Enthüllungsjournalist eingeräumt, hinter der Aktion zu stehen. Bei einem Treffen mit unserem Recherche-Team demonstrierte er, wie er sich mit Hilfe eines täuschend echten Kostüms in einen Vierbeiner verwandelt. Und Wallraff bekannte, dass er bereits 1977 versucht hatte, als Hündin Lima in der „Bild“-Lokalredaktion Hannover verdeckt zu recherchieren. Doch eine Hundehaar-Allergie des Chefredakteurs habe diesen Plan zunichtegemacht. Erst dann habe er sich als Hans Esser beworben und während seiner dreieinhalbmonatigen Tätigkeit als „Bild“-Redakteur die unsauberen Recherchemethoden des Blattes aufdecken können. Mit seiner neuesten Undercover-Aktion wollte Günter Wallraff sich nun dauerhaft als Doppelagent in der SPD und der „Bild“ etablieren. Wie er beim Mitgliederentscheid über die GroKo abstimmen wollte, darüber schweigt sich der Journalist allerdings aus. *Alexander Weinlein*

VOR 65 JAHREN...

Deutschland, deine Schulden

27.2.1953: Londoner Abkommen Bevor sich das Wirtschaftswunder ereignen konnte, musste diesem Wunder der Weg bereitet werden. Die Wirtschaft musste angekurbt, der Wiederaufbau gemeistert werden. Doch Schulden in Höhe von rund 30 Milliarden D-Mark im Ausland ließen wenig Spielraum. Ab 1952 versuchte in London eine deutsche Delegation unter Leitung von Hermann Josef



Die Unterzeichnung des Londoner Abkommens im Februar 1953

Ab – später Vorstandschef der Deutschen Bank – eine Lösung zu finden. Nach zähen Verhandlungen unterzeichneten am 27. Februar 1953 die Bundesrepublik, die Westalliierten und weitere Länder das Londoner Abkommen, in dem die deutschen Auslandsschulden bei über 65 Gläubigerstaaten geregelt wurden. Ergebnis: ein großer Schuldenerlass. Dabei ging es nicht nur um sogenannte Nachkriegsschulden, die aus wirtschaftlichen Hilfsleistungen stammten, sondern auch um Vorkriegsschulden des Deutschen Reichs. Mit dem Abkommen wurden die Vorkriegsschulden von 13,5 auf 7,3 Milliarden D-Mark reduziert. Die Nachkriegsschulden von 16 Milliarden wurden von den Gläubigerregierungen auf sieben Milliarden D-Mark herabgesetzt. Durch den Schuldenerlass erlangte Deutschland Kreditwürdigkeit, Zugang zu den internationalen Finanzmärkten und Vertrauen zurück. Wie wichtig Letzteres war, erklärte Kanzler Konrad Adenauer (CDU) im Bundestag: Es komme darauf an, „das Vertrauen des Auslandes in die deutsche Vertragstreue zu festigen“, sagte er. Förderungen der Wirtschaft könne man nur erwarten, wenn alles getan werde, „um die alten Schulden im Rahmen unserer Leistungsmöglichkeit zu begleichen.“ *Benjamin Stahl*



Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper

ORTSTERMIN: DER BUNDESTAG



Seit 1996 sitzt die Länderkammer an der Leipziger Straße in Berlin.

© picture-alliance/Michael Kappeler/dpa

Das Haus der Ruhe und Sachlichkeit

Hat die Sachlichkeit einen Farbton? Natürlich, fand vor über zwei Jahrzehnten der Architekt Peter Schweger, der damals den einstigen Palast des Preußischen Herrenhauses zum Domizil für den Bundestag umbaute. Sachlichkeit ist hell, was sonst? Wohingegen die Ruhe, wie Schweger sie sah, nur dunkel sein konnte. Das dunkle Braun des Holzfußbodens, das helle von Mobiliar und Wandtäfeln: Ruhe und Sachlichkeit, die Leitbegriffe im Selbstverständnis einer unaufgeregten Länderkammer, wurden so zu Gestaltungsprinzipien des Plenarsaals. Der damalige sächsische Ministerpräsident Kurt Biedenkopf (CDU) eröffnete hier am 29. September 2000 die erste Sitzung des Bundestages mit den Worten, dieser werde fortan in einem Haus tagen, „das wie wenige die deutsche und preußische Geschichte widerspiegelt“. Es waren genauer gesagt auf dem heutigen Grundstück zunächst zwei Häuser. Die Leipziger Straße 4 war 110 Jahre lang die Adresse der Königlichen Porzellan-Manufaktur (KPM), bis Otto von Bismarck hier 1871 den Reichstag für die nächsten 23 Jahre einquartierte. Die

Leipziger Straße 3 nebenan war das Elternhaus des Komponisten Felix Mendelssohn Bartholdy, ein gesellschaftlicher und kultureller Brennpunkt im Berlin des frühen 19. Jahrhunderts. Nach der Revolution von 1848/49 zog das Herrenhaus ein, die Adels- und Honoratiorenkammer im neuen preußischen Parlament. Fünf Jahrzehnte hielten es die Standesherren dort aus. Dann ließen sie beide Immobilien abreißen und gönnten sich an ihrer Stelle eine dreiflügelige Palastanlage. Einen Neubau, bei dessen Einweihung 1904 niemand ahnen konnte, welch turbulente Zukunft ihm beschieden war. Nach der Novemberrevolution 1918 zog zunächst der Berliner Arbeiter- und Soldatenrat ein, dann das neu geschaffene preußische Sozialministerium, das sich seit 1921 die Immobilie mit dem zur Vertretung der preußischen Provinzen berufenen Staatsrat teilte. Dessen Vorsitz führte bis 1933 der damalige Kölner Oberbürgermeister Konrad Adenauer. Im Februar 1943 trafen Brandbomben den einstigen Plenarsaal in der mittlerweile zum Sitz eines „Reichskirchenministeriums“ und zum „Preußenhaus“ um-

funktionierten Immobilie. Die DDR nutzte einen Seitenflügel für ihre Akademie der Wissenschaften und ließ Teile des beschädigten Mitteltrakts zumauern. Ein glücklicher Umstand, wie sich nach der Wende herausstellte, denn dadurch blieb im Eingangsbereich und in der Wandelhalle unter Kriegsschutt das wilhelminische Dekor bewahrt, während ansonsten im Inneren die Ästhetik der Moderne dominiert. Zum Umzug nach Berlin hat sich der Bundestag 1996 erst im zweiten Anlauf entschlossen, nachdem er zunächst als Trostpreis für Bonn am Rhein hatte bleiben sollen. Ruhig und sachlich ist es seither an der Leipziger Straße meistens zugegangen, aber nicht immer. Einmal, bei der Abstimmung über das rot-grüne Zuwanderungsgesetz am 22. März 2002, kam es sogar zum Kravall auf offener Bühne. Eine Sternstunde für die Medien. Im Gedächtnis der Mitarbeiter des Bundestages ein Ereignis, das dem Stil des Hauses eigentlich nicht entsprach. Dies sei schließlich, gibt die Leiterin des Besucherdienstes Anja Lorenz zu bedenken, „kein Ort der Auseinandersetzung“. *Winfried Dolderer*

PERSONALIA

>Hans Berger
Bundestagsabgeordneter 1990-1998, SPD

Hans Berger begeht am 28. Februar seinen 80. Geburtstag. Der aus Alsdorf/Kreis Aachen gebürtige Bergmann und spätere hauptberufliche Gewerkschaftsmitarbeiter trat 1957 der SPD bei und war von 1971 bis 1978 Mitglied des Kreistages Aachen. Von 1990 bis 1997 stand er an der Spitze der IG Bergbau und Energie. Berger engagierte sich im Bundestag im Wirtschaftsausschuss.

>Rainer Steenblock
Bundestagsabgeordneter 1994-1996, 2002-2009, Bündnis 90/Die Grünen

Am 29. Februar wird Rainer Steenblock 70 Jahre alt. Der Diplom-Psychologe und Oberstudienrat aus Halstenbek/Kreis Pinneberg trat 1983 den Grünen bei und war von 1992 bis

1994 Landesvorstandssprecher in Schleswig-Holstein. Von 1996 bis 2000 amtierte er dort als Umweltminister und stellvertretender Ministerpräsident. Im Bundestag gehörte Steenblock zuletzt dem Verkehrsausschuss sowie dem Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union an.

>Dietrich Spiering
Bundestagsabgeordneter 1969-1998, SPD

Am 1. März vollendet Dietrich Spiering sein 85. Lebensjahr. Der promovierte Jurist und Leiter einer Heimvolkshochschule in Hessen wurde 1953 SPD-Mitglied und gehörte längere Zeit dem Bezirksvorstand Hessen-Süd an. Der Sozialdemokrat amtierte von 1978 bis 1982 als Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesbauminister. Im Bundestag engagierte sich Spiering unter anderem im Haus-

haltsausschuss sowie im Wirtschaftsausschuss.

>Georg Pfannenstern
Bundestagsabgeordneter 1994-2002, SPD

Am 4. März begeht Georg Pfannenstern seinen 75. Geburtstag. Der Elektromeister aus Pfreimd/Kreis Schwandorf trat 1972 der SPD bei, war zwölf Jahre SPD-Kreisvorsitzender und fast 25 Jahre Mitglied des Kreistages Schwandorf. Pfannenstern gehörte im Bundestag dem Umwelt- sowie dem Verteidigungsausschuss an.

>Thomas Kossendey
Bundestagsabgeordneter 1987-2013, CDU

Am 4. März wird Thomas Kossendey 70 Jahre alt. Der Jurist und Regierungsdirektor

aus Edewecht/Kreis Ammerland trat 1971 der CDU bei und war von 1993 bis 2003 Vorsitzender des dortigen Kreisverbands. Von 2006 bis 2013 amtierte er als Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesverteidigungsminister. Im Bundestag wirkte Kossendey im Verteidigungsausschuss mit. Seit 2012 ist er Präsident der Oldenburgischen Landschaft.

>Heidi Knake-Werner
Bundestagsabgeordnete 1994-2002, PDS

Heidi Knake-Werner vollendet am 5. März ihr 75. Lebensjahr. Die promovierte Sozialwissenschaftlerin schloss sich 1990 der PDS an. Im Bundestag engagierte sie sich die stellvertretende Vorsitzende ihrer Fraktion von 1998 bis 2000 unter anderem im Ausschuss für Arbeit und Sozialordnung. Von 2002 bis 2009 war Knake-Werner Senatorin in Berlin.

SEITENBLICKE



LESERPOST

Zur Ausgabe 6-8 vom 5. Februar 2018, »Nicht tatenlos zusehen« auf Seite 2: Waffen dürfen laut Kriegswaffenkontrollgesetz nicht exportiert werden, wenn die Gefahr besteht, dass diese bei einer friedensstörenden Handlung, insbesondere bei einem Angriffskrieg, verwendet werden. Dass die Türkei bereit ist, Angriffskriege auf fremdem Boden zu führen, dürfte seit dem türkischen Einfall in Syrien klar sein. Frau Sommer hat daher völlig recht. Solange sich die Politik der Erdogan-Regierung nicht ändert, sollten alle Waffenlieferungen unterbleiben.

Michael Pfeiffer, Neuhausen auf den Fildern

Schreiben Sie uns:

Das Parlament
Platz der Republik 1
11011 Berlin
redaktion.das-parlament@bundestag.de

Leserbriefe geben nicht die Meinung der Redaktion wieder. Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe zu kürzen.

Die nächste Ausgabe von „Das Parlament“ erscheint am 5. März.

PERSONALIA

>Horst Seefeld
Bundestagsabgeordneter 1969-1980, SPD

Am 10. Januar starb Horst Seefeld im Alter von 87 Jahren. Der Speditionkaufmann aus Bretten bei Karlsruhe trat 1947 in die SPD ein, war Juso-Vorsitzender in Baden-Württemberg und SPD-Kreisvorsitzender in Bruchsal. Im Bundestag wirkte er zuletzt im Auswärtigen Ausschuss mit. Seefeld gehörte von 1970 bis 1989 dem Europäischen Parlament an und war von 1984 bis 1989 dessen Vizepräsident.

>Walter Buckpesch
Bundestagsabgeordneter 1983-1987, SPD

Walter Buckpesch starb am 25. Januar im Alter von 93 Jahren. Der Berufsschullehrer aus Offenbach trat 1953 der SPD bei, war von 1962 bis 1974 hauptamtlicher Stadtrat und von 1974 bis 1980 Offenbacher Oberbürgermeister. Buckpesch arbeitete im Bundestag im Verkehrsausschuss mit.

>Waldemar Schulze
Bundestagsabgeordneter 1976-1980, SPD

Am 26. Januar starb Waldemar Schulze im Alter von 87 Jahren. Der Verwaltungsbeamte aus Berlin trat 1951 in die SPD ein und war von 1967 bis 1976 Mitglied des dortigen Abgeordnetenhauses. Im Bundestag gehörte er dem Ausschuss für Innerdeutsche Beziehungen an.

>Martin Grüner
Bundestagsabgeordneter 1969-1994, FDP

Martin Grüner starb am 4. Februar im Alter von 88 Jahren. Der aus Stuttgart gebürtige Rechtsanwalt, FDP-Mitglied seit 1950, gehörte über zwei Jahrzehnte dem Landesvorstand in Baden-Württemberg sowie von 1976 bis 1990 dem FDP-Bundesvorstand an. Von 1972 bis 1987 amtierte er als Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundeswirtschaftsminister und von 1987 bis 1990 beim Bundesumweltminister.

>Claus Grobecker
Bundestagsabgeordneter 1970-1983, SPD

Am 6. Februar starb Claus Grobecker im Alter von 82 Jahren. Der Buchdrucker aus Bremen trat 1960 der SPD bei und war von 1972 bis 1985 Mitglied des dortigen Landesvorstands. Im Bundestag engagierte er sich im Haushaltsausschuss, an dessen Spitze er 1981/82 stand. 1982 amtierte er als Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesfamilienminister. Von 1983 bis 1991 war Grobecker Senator in Bremen.

>Dieter Maaß
Bundestagsabgeordneter 1990-2002, SPD

Dieter Maaß starb am 7. Februar im Alter von 78 Jahren. Der Schlosser und langjährige Betriebsratsvorsitzende aus Herne trat 1957 der SPD bei und war von 1990 bis 2000 Vorsitzender des dortigen Unterbezirks. Maaß, Direktkandidat des Wahlkreises Herne – Bochum II, wirkte im Bundestag vorwiegend im Ausschuss für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau mit.

>Verena Butalikakis
Bundestagsabgeordnete 2002-2005, CDU

Am 8. Februar starb Verena Butalikakis im Alter von 62 Jahren. Die Lehrerin aus Berlin trat 1978 der CDU bei, war seit 1999 Mitglied im Bundesvorstand der Kommunalpolitischen Vereinigung und 2002/03 Generalsekretärin der Berliner CDU. Von 1969 bis 1999 amtierte sie als Staatssekretärin in der Senatsverwaltung. Im Bundestag war Butalikakis Mitglied des Gesundheitsausschusses.

>Marie-Elisabeth Klee
Bundestagsabgeordnete 1961-1972, CDU

Am 11. Februar starb Marie-Elisabeth Klee im Alter von 96 Jahren. Die aus Worms gebürtige Archivarin schloss sich 1958 der CDU an. Im Bundestag engagierte sich Klee im innerdeutschen Ausschuss. Von 1965 bis 1973 gehörte sie dem Europarat und der WEU an und hatte von 1970 bis 1973 als erste Frau das Amt der WEU-Vizepräsidentin inne. Von 1985 bis 1993 war sie Vorsitzende von UNICEF-Deutschland.

>Konstanze Wegner
Bundestagsabgeordnete 1988-2002, SPD

Am 27. Februar begeht Konstanze Wegner ihren 80. Geburtstag. Die promovierte Historikerin wurde 1970 SPD-Mitglied und gehörte von 1979 bis 1983 sowie von 1987 bis 1999 dem SPD-Landesvorstand Baden-Württemberg an. Von 1980 bis 1988 war sie Mitglied des Mannheimer Gemeinderats. Wegner wirkte im Bundestag vorwiegend im Haushaltsausschuss mit.

>Manfred Müller
Bundestagsabgeordneter 1994-2002, parteilos/PDS

Am 27. Februar wird Manfred Müller 75 Jahre alt. Der Gewerkschaftssekretär und Berliner Landesvorsitzende der Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen war Europapolitischer Sprecher seiner Fraktion. Der Direktkandidat des Wahlkreises Hohenschönhausen-Pankow-Weißensee war Mitglied des EU-Ausschusses. *bmh*

Dr. Angela Merkel, CDU, Bundeskanzlerin:

Wir werden Beharrlichkeit brauchen



Angela Merkel (*1954)
Bundeskanzlerin

Wir alle registrieren, was um uns herum in der Welt passiert. Wir alle sehen auch, wie bewährte Grundsätze in Zweifel gezogen und Partnerschaften auf die Probe gestellt werden. Wir alle sehen, wie sehr Europa durch seine geografische Lage exponiert ist; denn die Kriege und Konflikte in Syrien, Libyen oder der Ukraine finden nicht irgendwo auf der Welt statt, sondern nur wenige Flugstunden von Berlin entfernt. Wir alle sehen, dass die Verletzung völkerrechtlich anerkannter Grenzen in Europa kein Tabu mehr ist. Und wir alle sehen auch, wie sich der Schwerpunkt der Weltwirtschaft zunehmend verlagert, ganz besonders nach Asien, nach China. Europäische Unternehmen sind nicht mehr in allen Bereichen an der Weltspitze. Gerade im digitalen Bereich entwickeln sich andere Regionen deutlich schneller.

Ich bin deshalb überzeugt: Erstens wartet die Welt nicht auf uns – weder auf uns in Deutschland noch auf uns in Europa –, und zweitens brauchen wir mehr denn je europäische Antworten auf die drängenden großen Fragen unserer Zeit.

Das ist genau der Geist, in dem wir auch morgen beim informellen Treffen der EU-Staats- und Regierungschefs die Debatten über Europas Zukunft führen.

Noch einmal ein kurzer Rückblick: Wir haben 2016 in Bratislava begonnen – einmal als Erkenntnis daraus, dass wir viele Entscheidungen zu langsam treffen, aber auch als Antwort auf die Entscheidung der Briten, die Europäische Union zu verlassen –, einen Prozess aufzusetzen, und wir haben Schwerpunkte für das gemeinsame Handeln als Staats- und Regierungschefs entwickelt in den Bereichen Migration, innerer und äußerer Sicherheit sowie nicht zuletzt wirtschaftlicher und sozialer Entwicklungen. In diesen Bereichen wollen wir die Menschen mit konkreten Antworten überzeugen und ihnen zeigen, dass Europa etwas für die Menschen in den einzelnen Ländern erreicht. Dies haben wir anlässlich der Feier zu 50 Jahren Römische Verträge im vergangenen Jahr noch einmal bekräftigt. Im Oktober letzten Jahres hat sich der Europäische Rat dazu ein ehrgeiziges Arbeitsprogramm gegeben, mit dem wir die einzelnen Arbeitsetappen bis zur Europawahl 2019 bestimmen haben. Darin ordnet sich auch der morgige informelle Rat ein.

Deshalb ist es auch alles andere als ein Zufall, dass das erste Kapitel des neuen Koalitionsvertrages von CDU, CSU und SPD Europa gewidmet ist. Vielmehr ist das unsere nationale Antwort auf die europäische Agenda. Und ich übertreibe sicherlich nicht, wenn ich feststelle: Prominenter stand Europa bisher in keinem Koalitionsvertrag. Damit betonen wir das, was ich schon so oft mit dem Satz zum Ausdruck gebracht habe, dass es Deutschland auf Dauer nur gutgehen kann, wenn es auch Europa gutgeht.

Damit geben wir ein klares Bekenntnis zum europäischen Arbeitsprogramm ab, denn wir brauchen einen neuen Aufbruch für Europa.

Drei Bereiche sind dabei ganz

besonders wichtig – auch in meinen Gesprächen heute und morgen in Brüssel –: erstens das alle so sehr beschäftigende Thema der Migration. Hier haben wir in unserem Koalitionsvertrag vereinbart, weiterhin konsequent an den Fluchtursachen anzusetzen.

Niemand – flieht er nun vor Krieg, Verfolgung oder Perspektivlosigkeit – verlässt seine Heimat leichtfertig. Im Umkehrschluss heißt das, dass der Kampf gegen Fluchtursachen ein Kampf für Lebensperspektiven in der Heimat oder zumindest nahe der Heimat zu sein hat.

Am Freitagvormittag – also morgen direkt vor Beginn des informellen Rates – findet ein Treffen der EU-Kommission, der Afrikanischen Union und der Vereinten Nationen mit den fünf Sahelstaaten, also Tschad, Mali, Niger, Burkina Faso und Mauretanien, statt, an dem auch Frankreich, Spanien, Italien und Deutschland teilnehmen werden. Hierbei werden wir uns mit der Kooperation beim Kampf gegen illegale Migration beschäftigen. Es wird um Entwicklungshilfe sowie um den Kampf gegen den Terrorismus in der Region gehen. Dank der EU-Kommission, die dort bei der Koordination eine große Rolle spielt, sind wir hier vorangekommen, und Deutschland hat sich in diese Kooperation in den letzten Monaten intensiv eingebracht. Insbesondere in Niger unterstützen wir die Regierung beim Kampf gegen skrupellose und menschenverachtende Schlepper und Schleuser und schaffen – das ist ja, wie wir immer wieder sehen, die Voraussetzung für einen nachhaltigen Erfolg – gemeinsam mit der nigrischen Regierung Perspektiven für Arbeit und Bildung für die Menschen in den betroffenen Regionen. Außerdem unterstützen wir die wirklich sehr segenreiche Arbeit der Internationalen Organisation für Migration, IOM, sehr intensiv.

Im Koalitionsvertrag haben CDU, CSU und SPD darüber hinaus die Notwendigkeit eines wirkungsvollen Schutzes der eu-

ropäischen Außengrenzen unterstrichen.

Und nicht zuletzt halten wir an der Notwendigkeit eines gemeinsamen europäischen Asylsystems fest, das krisenfest und endlich auch solidarisch sein muss, gerade auch was die faire Verteilung von Flüchtlingen innerhalb der EU angeht.

Dies, meine Damen und Herren, ist das bei weitem unbefriedigendste Kapitel der europäischen Flüchtlingspolitik; das steht völlig außer Frage. Aber ebenso völlig außer Frage steht, dass es mit Zähigkeit und mit Geduld gelingen wird, eine nachhaltig solidarische Lösung zu finden. Unser Ziel ist es, hier bis Juni dieses Jahres wesentliche Schritte erreicht zu haben.

Zweitens geht es um die Wirtschaft. Die Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der Europäischen Union ist und bleibt zentrale Aufgabe. Gerade in wirtschaftlich guten Zeiten ist es deshalb von gar nicht zu unterschätzender Bedeutung, dass es den Menschen in der Europäischen Union nach den schweren Jahren der europäischen Staatsschuldenkrise inzwischen wirtschaftlich zunehmend besser geht. Alle EU-Mitgliedstaaten verzeichnen ein stabiles Wachstum. Die Aussichten für dieses und für das kommende Jahr sind positiv. Europaweit haben heute so viele Menschen Arbeit wie seit neun Jahren nicht mehr.

Aber: Wir dürfen uns auf diesen Erfolgen keineswegs ausruhen – im Gegenteil! Es geht um einen darum, schnelle Fortschritte bei der Gestaltung des digitalen Wandels zu machen. Gelingt es uns Europäern, die neuen technologischen Möglichkeiten so zu nutzen, dass wir international wettbewerbsfähig bleiben? Diese Frage ist offen, und davon hängt für die Zukunft der Wohlstand ab. Deshalb kommt der Schaffung des digitalen Binnenmarktes eine entscheidende – ich würde sagen: die entscheidende – Bedeutung zu. Die estnische Präsidentschaft hat hierzu auf dem Sondergipfel in Tallinn im vergangenen Herbst einen bedeutenden Beitrag geleistet und uns im Übrigen vor Augen geführt, wie weit man auch national sein

könnte.

Es geht hier um den Ausbau der Infrastruktur, um Forschung im Chipbereich, um Forschung vor allem im Bereich der künstlichen Intelligenz, um Fragen der Besteuerung von internationalen Internetkonzernen, um die Umsetzung der Datenschutz-Grundverordnung, die im Mai dieses Jahres in Kraft tritt und die unsere Wirtschaft vor große Herausforderungen stellen wird, und es geht natürlich auch darum, die Menschen mitzunehmen, ihre Sorgen und Ängste ernst zu nehmen und durch Weiterbildung und lebenslanges Lernen auch die Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass alle von dem digitalen Fortschritt profitieren können.

Zum anderen sind wir bei der Ausgestaltung der Wirtschafts- und Währungsunion keinesfalls am Ende angelangt. Deshalb müssen wir die Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit im Euro-Raum wirksamer verankern. Dazu gehört natürlich die Eigenverantwortung jedes Mitgliedstaates, durch eigene ehrgeizige Reformen Wachstum und Stabilität zu stärken. Dabei bleibt auch der Stabilitäts- und Wachstumspakt in Zukunft der Kompass unseres Handelns. In Europa muss für uns dabei weiterhin gelten, dass Haftung und Kontrolle stets zusammengehen. Dieses Thema werden wir auf dem Rat im März dieses Jahres vertieft erörtern. Parallel arbeitet die Euro-Gruppe intensiv an der Fortentwicklung der Bankenunion. Natürlich werden wir uns im März dieses Jahres dann auch mit Fragen der Ausgestaltung der Wirtschafts- und Währungsunion insgesamt

Fortsetzung auf nächster Seite

Wir alle sehen, wie sehr Europa durch seine geografische Lage exponiert ist.

Wir dürfen uns auf diesen Erfolgen keineswegs ausruhen – im Gegenteil!

Dies ist eine gekürzte Version der Debatte. Das Plenarprotokoll und die vorliegenden Drucksachen sind im Volltext im Internet abrufbar unter:

<http://dip21.bundestag.de/dip21.web/bt>

Der Deutsche Bundestag stellt online die Übertragungen des Parlamentfernsehens als Live-Video- und Audio-Übertragung zur Verfügung.
www.bundestag.de/live/tv/index.html

beschäftigen.

Drittens, meine Damen und Herren, ist uns die gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik wichtig. Wir wollen, dass Europa nach außen geschlossen auftritt. Ein wesentlicher Beitrag hierzu ist die weitere Stärkung der gemeinsamen Zusammenarbeit in der Sicherheits- und Verteidigungspolitik. Wir haben nach bemerkenswert kurzer Vorbereitungszeit – Deutschland und Frankreich haben hier eine entscheidende Rolle gespielt – auf dem Rat im Dezember letzten Jahres den Startschuss für die Ständige Strukturierte Zusammenarbeit im Verteidigungsbereich gegeben – ein Projekt, das jahrzehntelang in Europa nicht zustande gekommen ist. In den nächsten Tagen geht es darum, die ersten konkreten Projekte wirklich auf die Reihe zu bringen.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich kurze Bemerkungen zu der nationalen Diskussion machen.

Erstens. Unsere Bundeswehr leistet herausragende Arbeit in den internationalen Einsätzen. Wir sind in der NATO der zweitgrößte Truppensteller, inklusive der truppenstellungsgleichen Einsätze. Das heißt, wir spielen eine entscheidende Rolle. Lassen Sie mich an dieser Stelle unseren Soldatinnen und Soldaten hier zu Hause und im Ausland herzlich danken.

Zweitens. Wir haben Mängel in der Bundeswehr. Diese Mängel beruhen auf Entwicklungen, die in vielen Jahren zuvor stattgefunden haben. Es ist richtig und wichtig, dass der Wehrbeauftragte diese Mängel benennt. Es ist aber auch richtig und wichtig, dass wir darüber nicht vergessen, was geleistet wurde. Wir müssen anpassen, dass wir international nicht in eine etwas zwiespältige Rolle kommen: auf der einen Seite zu beklagen, was bei uns alles nicht passt und klappt, und auf der anderen Seite immer wieder – ich würde sagen, das passiert in keinem anderen Mitgliedsstaat der NATO – den Zielkorridor für Ausgaben infrage zu stellen, dem wir zugestimmt haben und zu dem wir uns selbst verpflichtet haben. Das passt nicht zusammen, und damit wird man kein verlässlicher Verbündeter, meine Damen und Herren.

Neben der verstärkten Sicherheitskooperation ist ein einheitliches europäisches Auftreten in der Außenpolitik Voraussetzung dafür, dass wir unser europäisches Gewicht in die Lösung von Konflikten und in die internatio-

nale Kooperation einbringen können. Bei der gemeinsamen Außenpolitik gibt es in der Europäischen Union noch viel zu tun. Das gilt für unsere Beziehungen in Richtung Russland, das gilt für unsere Beziehungen in Richtung China, und das gilt auch für unsere Rolle bei der Lösung regionaler Konflikte.

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, Ihnen geht es wahrscheinlich so wie mir: Das, was wir im Augenblick sehen, die schrecklichen Ereignisse in Syrien, den Kampf eines Regimes nicht gegen Terroristen, sondern gegen seine eigene Bevölkerung, die Tötung von Kindern, das Zerstören von Krankenhäusern, all das ist ein Massaker, das es zu verurteilen gilt und dem wir ein klares Nein entgegensetzen. Wir sind aber auch aufgefordert, zu versuchen, eine größere Rolle dabei zu spielen, um ein solches Massaker beenden zu können. Darum müssen wir uns als Europäer bemühen, meine Damen und Herren.

Diese Aufforderung gilt auch für die Verbündeten des Assad-Regimes, ganz besonders für den Iran und Russland. Hier gibt es eine Verantwortung. Unser Bundesaußenminister hat heute früh noch mit Herrn Maurer vom Internationalen Komitee vom Roten Kreuz telefoniert, und er wird mit dem russischen Außenminister sprechen. Wir müssen alles, was in unserer Kraft steht, tun, damit dieses Massaker ein Ende findet.

Meine Damen und Herren, CDU, CSU und SPD geben mit ihrer Koalitionsvereinbarung also wesentliche Impulse für eine deutsche Europapolitik, die erfolgreich sein kann. In ihr drückt sich aus, dass Deutschland bereit ist, seine Verantwortung zu übernehmen. Das leitet mich auch auf den Beratungen des morgigen informellen Europäischen Rates im Kreis der 27 Staats- und Regierungschefs – Großbritannien wird morgen nicht dabei sein –, auf dem wir uns mit der Zukunft unserer europäischen Institutionen und dem künftigen Finanzrahmen der Europäischen Union befassen werden.

Dabei wollen wir nicht vergessen, dass 2019 ein Jahr mit vielen europapolitischen Umbrüchen sein wird. Deshalb müssen 2018 die Weichen richtig gestellt werden. Ende März nächsten Jahres wird mit Großbritannien ein großes und wichtiges Land die Europäische Union verlassen,

zwei Monate später wählen die

Europäerinnen und Europäer ein neues gemeinsames Parlament, und im Herbst wird eine neue Europäische Kommission ernannt. Im November 2019 läuft die zweite und letzte Amtszeit von Donald Tusk aus, des Präsidenten des Europäischen Rates. Auf all diese Entwicklungen müssen wir uns jetzt vorbereiten.

Das betrifft zum einen die Vorbereitung der Institutionen – allen voran des Europäischen Parlaments – auf die nächste Europawahl. In diesem Zusammenhang werden wir auch über das Thema Spitzenkandidaten sprechen, was ja ein Thema der Parteien ist. Die Parteienfamilie, der ich angehöre, die Europäische Volkspartei, hat diese Institution des Spitzenkandidaten inzwischen in ihr Statut übernommen. Durch den Austritt Großbritanniens werden ja 73 Sitze im Europäischen Parlament frei, und das Europäische Parlament schlägt vor, 27 von diesen 73 Sitzen neu zu verteilen und die übrigen Sitze zunächst einzusparen, auch als Reserve für die Zukunft. Ich erwarte für diesen Vorschlag breite Zustimmung im Kreis der Staats- und Regierungschefs.

Wir dürfen und können zum anderen die Debatte über die Zukunft Europas natürlich nicht von der Debatte über den neuen europäischen Finanzrahmen ab dem Jahr 2021 trennen. Deshalb werden wir genau darüber am Freitag auch zum ersten Mal diskutieren. Dieser Rahmen ist ein Bestandteil der Antwort auf die Frage, was für ein Europa wir in Zukunft haben wollen. Der neue Haushalt soll Europa unterstützen, die anstehenden Herausforderungen dann wirklich meistern zu können. Die vereinbarten Prioritäten müssen sich deshalb in einem modernen Haushalt angemessen widerspiegeln.

Dabei betrachte ich den Einschnitt, den der Austritt Großbritanniens ohne jeden Zweifel für die Europäische Union bedeutet, auch als Chance, die EU-Finanz insgesamt auf den Prüfstand zu stellen. Wir müssen den Blick für das Wesentliche schärfen und unsere Entscheidungen danach ausrichten, in welchen Bereichen der europäische Mehrwert für uns Mitgliedstaaten, aber auch für Europa als Ganzes am größten ist. Ich will ein handlungsfähiges, ein solidarisches, ein selbstbewusstes Europa. Dafür müssen wir bereit sein, Europa da zu stärken, wo europäische Lösungen besser als nationale oder regionale sind.

Ein Beispiel ist der Aufbau eines europäischen Grenzschutzes. Inzwischen erfüllt dieser europäische Grenzschutz seine Aufgaben viel wirkungsvoller, als das noch vor zwei Jahren der Fall war. Wir

haben den Schutz der Außengrenzen 2016 auf eine neue Grundlage gestellt und die europäische Grenz- und Küstenschutzschwache Frontex mit neuen Befugnissen ausgestattet. Aber es bleibt in diesem Bereich noch sehr viel zu tun. Die Europäische Union hat 14 000 Kilometer Außengrenze. Deshalb muss die Personalausstattung von Frontex massiv verbessert werden.

Bei der Neuverteilung der Strukturfondsmittel müssen wir darauf achten, dass die Verteilungskriterien künftig auch das Engagement vieler Regionen und Kommunen bei der Aufnahme und Integration von Migranten widerspiegeln.

Meine Damen und Herren, übergeordnetes Ziel eines modernisierten EU-Haushalts muss natürlich ein wettbewerbsfähiges Europa sein. Dies umfasst zum einen die Stärkung von Forschung, Innovation und Digitalisierung sowie Infrastruktur, wie wir uns das auch in unserem Koalitionsvertrag vorgenommen haben. Zum anderen sollten EU-Mittel aber auch stärker dafür eingesetzt werden, die Umsetzung von Strukturereformen voranzubringen. Strukturereformen sind ja eine Daueraufgabe für ein wettbewerbsfähiges und stabiles Europa, und der EU-Haushalt muss dazu einen wichtigen Beitrag leisten.

Mit Blick auf die Regionen wollen wir sicherstellen, dass auch im neuen EU-Haushalt eine starke Kohäsionspolitik gewährleistet ist. Weniger entwickelte Mitgliedstaaten brauchen weiter Unterstützung. Zugleich sollten die EU-Strukturfonds weiterhin allen Regionen zukommen, damit sie jeweils ihre Herausforderungen angehen können. Das ist natürlich auch eine Frage der Solidarität. Dabei ist unser Verständnis, dass Solidarität keine Einbahnstraße ist.

Es obliegt allen Mitgliedstaaten, die Verantwortung für das Ganze nie aus dem Blick zu verlieren. Dazu gehört selbstverständlich auch die Wahrung unserer gemeinsamen europäischen Werte, auf denen die Europäische Union überhaupt nur beruhen kann. Deshalb ist es von großer Bedeutung, dass wir auf dem morgigen informellen Treffen der 27 EU-Staats- und Regierungschefs auch über den Vorschlag europaweiter Bürgerdialoge sprechen, mit denen wir in diesem Jahr Europa wieder stärker in das Bewusstsein unserer Bürgerinnen und Bürger bringen wollen. Ich

halte das für ein ganz wichtiges Anliegen.

Wir haben als frühere Bundesregierung einen Dialog mit unseren Bürgerinnen und Bürgern geführt. Das war sehr aufschlussreich. Wir müssen genauso für die europäische Idee werben, sie erläutern und versuchen, Bürgerinnen und Bürger dafür zu begeistern. Das heißt auch, dass wir den Menschen zuhören, dass wir uns um ihre Wünsche, Sorgen und Anliegen besser kümmern. Das gelingt nach meiner festen Überzeugung am besten im persönlichen Gespräch. Deshalb wollen wir in diesen Dialog mit der Zivilgesellschaft, den Bürgerinnen und Bürgern eintreten.

Gemeinsam mit dem französischen Präsidenten Emmanuel Macron werde ich beim informellen Europäischen Rat dafür werben, dass sich möglichst viele Mitgliedstaaten an diesen Dialogen beteiligen. Die Ergebnisse der nationalen Dialoge sollten dann Ende des Jahres zusammengeführt werden und unsere weiteren europäischen Überlegungen unterstützen; denn die Bürgerinnen und Bürger erwarten, dass wir nicht einfach nur sprechen, sondern dass das, was sie uns mit auf den Weg geben, auch umgesetzt wird. Ich bin sehr dankbar, dass der Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker angeboten hat, den Prozess der Bürgerdialoge mit den Mitteln der Kommission zu unterstützen.

Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, das sind unsere Leitlinien für das bevorstehende

Treffen der europäischen Staats- und Regierungschefs. Der nächste reguläre Rat wird im März dieses Jahres stattfinden. Unser Treffen soll ein gemeinsames Verständnis darüber schaffen, wie die zukünftig 27 EU-

Mitgliedstaaten vorangehen wollen und wie sie die gemeinsamen Herausforderungen bewältigen wollen. Wir werden Beharrlichkeit brauchen, Verantwortungsbewusstsein und die Bereitschaft, der europäischen Sache zu dienen. Dann können wir erfolgreich sein. Deutschland wird sich so einbringen, dass wir erfolgreich werden.

Herzlichen Dank.

(Anhaltender Beifall bei der CDU/CSU – Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der FDP)

Unsere Bundeswehr leistet herausragende Arbeit in den internationalen Einsätzen.

Weniger entwickelte Mitgliedstaaten brauchen weiter Unterstützung.

Andrea Nahles, SPD:

Das Vertrauen muss wieder wachsen



Andrea Nahles (*1970)
Landesliste Rheinland-Pfalz

Es ist erfreulich, dass nach Jahren der Krise das Wachstum in der Europäischen Union wieder Fahrt aufnimmt, die Beschäftigung steigt und auch der Zuspruch der Menschen zur EU in den Mitgliedstaaten wieder wächst. Allerdings dürfen wir uns nichts vormachen: Das Grundvertrauen in die Europäische Union als Garant für Wohlstand, für Sicherheit und auch für Wachstum ist noch lange nicht wiederhergestellt, und es wird auch nicht von alleine wiederhergestellt. Wir müssen mehr tun, um den Zusammenhalt und das Vertrauen in Europa zu stärken, und das auf verschiedenen Ebenen.

Die Bundeskanzlerin hat gerade etwas zu der Sicherung der Außengrenzen gesagt. Ich finde, das war sehr richtig, insbesondere was die personelle Verstärkung angeht. Dieser Aspekt der äußeren Sicherheit muss aber von einem wichtigen zweiten Aspekt begleitet werden. Wir müssen uns auch um die Ungleichheit der Lebensverhältnisse in Europa kümmern. Wir haben damals, als Trump in den USA zum Präsidenten gewählt wurde, viele Analysen über die Gründe gehört. Darin wurde insbesondere als einer der Gründe genannt, dass die Ungleichheit der Lebensverhältnisse im Rust Belt zu Unzufriedenheit und Gewalt geführt hat.

Die Situation in Europa ist ungleich schlimmer. Denn die Ungleichheit der Lebensverhältnisse in Europa ist weitaus größer als in den USA. Ich möchte das an einer Zahl deutlich machen. Das Bruttoinlandsprodukt pro Kopf beträgt in Bulgarien 5 500 Euro im Jahr; in Luxemburg beträgt es 81 000 Euro. Oder nehmen wir die Arbeitslosigkeit: Die Arbeitslosenquote reicht von 2,3 Prozent in der tschechischen Hauptstadt bis 20,7 Prozent in Griechenland. Ich glaube, dass es die-

se Ungleichheiten sind, die den Zusammenhalt in Europa immer wieder neu gefährden. Deswegen muss es eine wichtige Priorität für uns sein, dass wir wieder näher zusammenkommen und diese Ungleichheit überwinden.

Das ist auch im ureigensten Interesse Deutschlands und übrigens auch im ureigensten Interesse der deutschen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Denn eines möchte ich ganz klar sagen: Wenn Armutswanderung in vielen Städten in Deutschland ein großes Thema ist und wir es mit Armutsmigration und Lohndumping zu tun haben, dann ist es auch in unserem eigenen Interesse, etwas dafür zu tun, dass es anständige Löhne und anständige soziale Bedingungen in allen anderen europäischen Ländern gibt.

Ich denke, dass dabei ein besonderes Augenmerk auf die Jugendarbeitslosigkeit gelegt werden muss, und sie wird auch auf der Tagesordnung des bevorstehenden Treffens stehen. Wir können nämlich noch immer kein Signal der Entspannung heute aus diesem Bereich senden. Wir haben in Griechenland eine Jugendarbeitslosigkeit von 40,8 Prozent, in Spanien von 36,8 Prozent und in Italien von 32,2 Prozent. Und wir müssen feststellen: Wir haben zwar in den letzten Jahren hier investiert, aber es hat Jahre gebraucht, bis das europäische Geld auch tatsächlich bei den jungen Leuten in den jeweiligen Ländern angekommen ist. Ich fordere nicht nur eine Verstärkung der Mittel. Vielmehr brauchen wir in der Europäischen Union bessere Verfahren, um

schneller auf Krisen reagieren zu können. Auch das muss Thema sein, wenn nun die Staats- und Regierungschefs sich treffen und über den zukünftigen Finanzrahmen reden. Da geht es auch darum, wie wir in der Europäischen Union auf Krisen besser reagieren können. Hier gibt es einiges zu tun.

Um den sozialen Zusammenhalt zu stärken, brauchen wir aber auch faire Regeln. Wir wollen kein Lohndumping. Wir brauchen einen Rahmen für Mindestlöhne. 235 Euro im Monat beträgt zurzeit der Mindestlohn in Bulgarien, während er in Luxemburg bei 2 000 Euro im Monat liegt. Ich bin weit davon entfernt, entspannt zu sein, wenn ich mir die sozialen Sicherungssysteme in der Europäischen Union anschau. Es gibt viele Länder, die keine Sozialhilfe wie wir bzw. keine Existenzsicherung haben. Die Situation ist in den letzten Jahren nicht besser, sondern schlechter geworden. Wir wollen nicht, dass die Europäische Union Sozialhilfe zahlt; das müssen die Länder schon selbst machen. Aber wir müssen im europäischen Recht verankern, dass jeder Mitgliedstaat ein funktionierendes Sozialrecht auf Existenzsicherung schaffen muss und dass dieses Recht regelmäßig angepasst wird; denn nur so können wir Armutsmigration und Arbeitsmarktzuwanderung verhindern.

Es ist außerdem sehr sinnvoll, den Aufbau von Mindestlohnsystemen zu organisieren. Es geht nicht darum, dass wir einen einheitlichen Mindestlohn vorgeben, sondern um einen Rechts-

rahmen, innerhalb dessen sich die Mindestlöhne bewegen.

Wir haben zudem für faire Regeln zu sorgen, wenn es um das Thema Steuerdumping geht. Wir müssen dem Steuerdumping endlich die Grundlage entziehen. In Deutschland und im restlichen Europa hat kein Mensch Verständnis dafür, dass Brüssel alles Mögliche regelt, dass aber in dieser Frage seit Jahren nichts erreicht wird. Deutschland muss hier wesentlich mehr Druck machen, als das in der Vergangenheit der Fall gewesen ist.

Im Übrigen setzen wir uns für eine Sitzverlagerungsrichtlinie ein; denn es ist genauso wenig akzeptabel, dass die Verlagerung des Unternehmenssitzes dazu führt, dass Mitbestimmungsregeln unterlaufen werden, wie es gerade in Deutschland bei der Fusion von Thyssen und Tata passiert, um ein konkretes Beispiel zu nennen. Dem muss ein Riegel vorgeschoben werden.

Bei der Steuerpolitik in Europa geht es aber auch um ein gemeinschaftliches Wettbewerbsmodell, das auf der Basis der sozialen Marktwirtschaft fußt. Unser Rechtsstaat kann aus meiner Sicht bestimmte Praktiken von Staatskonzernen oder Monopolisten – ob sie nun aus China oder aus Kalifornien kommen – nicht akzeptieren. Das wichtigste Bollwerk gegen solche Praktiken sind die Europäische Union und eine gemeinsame, abgestimmte Steuerpolitik auf der europäischen Ebene. Wir brauchen eine Stärkung des Zusammenhalts, um unser Modell der sozialen Marktwirtschaft in Europa gegen permanente Angriffe zu verteidigen und unseren Sozialstaat vor der Unterminierung seiner Grundlagen zu schützen.

Wenn wir das alles zusammenfassen, kommen wir zu dem Schluss: Wir brauchen eine klare Neuausrichtung der Europapolitik. Das hat uns geleitet, als wir den Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD geschlossen haben. Wenn die Mitglieder der SPD und der Parteitag der Union zustimmen, dann wird das ein starkes Signal an unsere europäischen Partner und insbesondere an unsere französischen Freundinnen und Freunde sein. Denn im Rahmen dieses Koalitionsvertrages ist nichts weniger als eine neue Europapolitik verabredet worden: ein Investitionshaushalt und kein Sparhaushalt, ein entschlossenes Vorgehen gegen Steuerdumping, ein entschlossenes Ja zu sozialen Mindeststandards und Grundsicherungssystemen

sowie ein klares Bekenntnis zur Sicherung der Mitbestimmung. Das alles zusammen leitet eine neue Europapolitik ein. Das ist wichtig und ein zentrales Signal, das wir dem nun bevorstehenden Rat senden.

Ich möchte noch auf einen anderen Punkt eingehen, der ebenfalls Gegenstand der morgigen Beratungen in Brüssel sein wird. Wir brauchen eine Stärkung der demokratischen Legitimation und der Institution. Dabei gibt es aus meiner Sicht wertvolle Impulse aus dem Europäischen Parlament. Wichtig ist das zur Diskussion stehende Spitzenkandidatenprinzip, wonach sich nur dann jemand um das Amt des EU-Präsidenten bewerben kann, wenn er zuvor Spitzenkandidat in der europäischen Parteienfamilie war. Das war bei der letzten Europawahl noch umstritten. Ich freue mich, dass das mittlerweile von vielen anderen, auch vom konservativen Teil der europäischen Parteienfamilie, so gesehen wird.

Nach dem Brexit geht es jetzt auch um die Frage einer neuen Bewertung der freiwerdenden Mandate. Ich persönlich hätte mir gewünscht, dass es zu transnationalen Listen kommt. Bedauerlicherweise hat die EVP-Fraktion dies für 2019 unterbunden, indem sie ihre Zustimmung dazu verweigert hat. Ich glaube aber, dass die Zukunft Europas auch darin liegt, dass es gemeinsame europäische Listen mit Kandidaten aus verschiedenen Mitgliedstaaten gibt und dass das zu einer Stärkung der demokratischen Legitimation des EU-Parlaments und der europäischen Parteienfamilie gehört.

Ich bin sicher, dass wir das in Zukunft erreichen müssen und auch erreichen werden.

Es ist klar: Es geht wirklich darum, dass wir uns für die nächsten Jahre auf der europäischen Ebene etwas vornehmen. Das Vertrauen muss wieder wachsen. Das bedeutet auch, dass man auf Herz und Nieren prüft, wo der Zusammenhalt gestärkt werden kann, wo sich Institutionen weiterentwickeln müssen und wo wir schlicht und ergreifend eine neue Politik brauchen. Ich bin zuversichtlich, dass es dafür mit dem neuen Koalitionsvertrag eine gute Grundlage gibt. Ich freue mich auf die Umsetzung dieser politischen Vereinbarung.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Um den sozialen Zusammenhalt zu stärken, brauchen wir aber auch faire Regeln.



Der französische Präsident Emmanuel Macron (links), Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) und der italienische Ministerpräsident Paolo Gentiloni vergangenen Freitag in Brüssel

© dpa

Dr. Alice Weidel, AfD:

Wir stehen ein für ein Europa der Vaterländer



Alice Weidel (*1979)
Landesliste Baden-Württemberg

In Ihrer Regierungserklärung, Frau Bundeskanzlerin, haben Sie von Verantwortung gesprochen – von der Verantwortung Deutschlands für Europa. Doch was verstehen Sie darunter, und was bedeutet das letztlich für die Bürger? Mehr Verantwortung für Europa heißt bei Ihnen – darauf sind Sie in Ihrer Rede herzlich wenig eingegangen – mehr Geld – deutlich mehr Geld – und Souveränitätsabgabe an die Europäische Union, und das bedeutet mehr Geld des deutschen Steuerzahlers für ein Projekt, das längst nicht mehr dessen Interessen vertritt, ganz im Gegenteil.

Wie wenig die wohl dritte Auflage der Großen Koalition die Interessen der deutschen Steuerzahler vertritt, hat diese bereits im Koalitionspapier sehr deutlich gemacht. Ich zitiere:

Wir sind zu höheren Beiträgen Deutschlands zum EU-Haushalt bereit.

So heißt es dort wortwörtlich.

Purer Sozialismus: Immer geht es um das Umverteilen des Geldes, das Ihnen nicht gehört.

Das ist insgesamt eine Bankrotterklärung. Sie, sehr geehrte Damen und Herren von Union und SPD, opfern freiwillig das Königsrecht eines jeden Parlamentes, und das ist die Budgethoheit.

Doch was ist eigentlich der aktuelle Anlass für diese Freizügigkeit der Koalitionsparteien im Umgang mit dem Geld des deutschen Steuerzahlers? Der aufgeblähte EU-Apparat steht vor einem Problem: Durch den bevorstehenden Brexit – Sie haben ja leider nur kurz erwähnt, was er eigentlich bedeutet und warum die Briten sich entschieden haben,

auszutreten – entsteht eine riesige Haushaltslücke in der Europäischen Union. Vernünftigerweise könnte man jetzt meinen, dass eine durch den Brexit kleinere EU ihren Haushalt entsprechend anpasst, sprich: Kürzungen vornimmt; denn eine kleinere EU bedeutet auch einen kleineren Haushalt, vor allem wenn ein Leistungsträger, etwa ein Nettozahler von der Größe Großbritanniens, wegfällt. Das ist keine Exklusivmeinung der AfD; das sehen Regierungen anderer europäischer Staaten genauso: Das sieht man in Den Haag so, das sieht man auch in Wien so. Doch offensichtlich sieht man das hier, in Berlin, nicht so.

Diese wirtschaftlich logische Maßnahme, nämlich die Kürzung des EU-Haushalts, ist für Sie, sehr geehrte Bundeskanzlerin, offensichtlich ein Horrorszenario; das kann man nicht anders sagen. Warum? Ein geringeres Budget für Brüssel könnte einen Einflussverlust der ohnehin überbezahlten EU-Bürokraten, von denen es im Übrigen viel zu viele gibt, mit sich bringen.

Das ist auch der Grund – Sie haben damit ja Erfahrungen, Herr Schulz –, warum die EU an Großbritannien ein Exempel statuieren möchte – eine Strafmaßnahme im Übrigen jenseits jeder ökonomischen und politischen Vernunft. So geht man nicht mit europäischen Partnern um, sehr geehrte Damen und Herren!

Im Übrigen: Die vor dem Referendum vorhergesagte Rezession ist ausgeblieben. Ganz im Gegenteil: Die britische Wirtschaft ist sogar kräftig gewachsen. Nun hat man in Brüssel, Paris und Berlin Angst, dass das Beispiel Schule machen könnte, dass sich weitere Staaten in Europa ihre Souveränität zurückholen. Das

ist nämlich auch der Grund, warum die EU-Kommission plant, den Zugang der Briten zum Binnenmarkt bereits in der Übergangsphase bei Bedarf willkürlich einzuschränken; das muss man sich mal vorstellen. Indem Sie diese Pläne der Ausgrenzung des wichtigsten Außenhandelspartners Deutschlands in der EU unterstützen – diese Ausgrenzungspläne unterstützen Sie alle –, machen Sie den freien Handel und den

Wettbewerb innerhalb von Europa zur Geisel einer gescheiterten EU-Ideologie –

ein törichter Fehler, ein folgenreicher Fehler für den europäischen Zusammenhalt; denn die historisch gewachsenen guten Wirtschaftsbeziehungen zwischen Großbritannien und dem übrigen Kontinent müssen bewahrt bleiben; sonst wird Europa weltwirtschaftlich ins Hintertreffen geraten.

Deshalb ist es auch an der Zeit, den freien Warenaustausch mit dem Vereinigten Königreich auf eine neue verlässliche Grundlage zu stellen und diese Unsicherheiten endlich zu beenden. Das passende Vertragsformat – eine Lö-

sung gibt es also bereits – ist das Abkommen über den Europäischen Wirtschaftsraum, EWR, von 1992. Einige von Ihnen kennen es, einige vielleicht aber auch nicht, offensichtlich nicht.

Dieses Vertragswerk garantiert die unverzichtbaren Binnenmarktprinzipien: den freien Waren-, Zahlungs-, Dienstleistungs- und Personenverkehr. Das wollen wir auch ganz klar sagen: Diese Freizügigkeit sollte aber nicht den Zugang europäischer und außereuropäischer Sozialmigranten in unsere Sozialsysteme beinhalten.

Ganz einfach: Im Interesse Europas muss der EWR-Vertrag für Großbritannien geöffnet werden. Hören Sie endlich mit Ihren Drohgebärden gegenüber Großbritannien auf!

Europa muss sich wieder auf die Grundfreiheiten eines demokratischen Kontinents der Subsidiaritäts- und der demokratischen Rechte souveräner Staaten besinnen.

Wir, die Abgeordneten des Bun-

destages, haben es letztlich in der Hand: Entweder vertreten wir gemäß unserem Wählerauftrag den demokratischen Staat in einem demokratisch gewählten Parlament, oder wir entscheiden uns, die Verantwortung an eine europäische Zentralregierung abzugeben – eine Entscheidungsgewalt, die über keinerlei demokratische Legitimation verfügt und diese auch nicht anstrebt.

Für die AfD-Fraktion im Übrigen ist die Entscheidung glasklar: Wir handeln im Sinne des Souveräns, im Sinne des deutschen Wählers. Wir stehen ein für ein Europa der Vaterländer, das nach innen die Prinzipien der Freiheit, der Selbstbestimmung, des Wettbewerbs und der Demokratie vertritt und sich nach außen einig und selbstbewusst auf der Weltbühne zeigt.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der AfD)

Christian Lindner, FDP:

Europa steht vor großen Herausforderungen



Christian Lindner (*1979)
Landesliste Nordrhein-Westfalen

Die Vorrednerin der AfD hat über vieles gesprochen. Wir haben nicht vergessen, dass vor der Bundestagswahl auf Einladung der AfD der frühere Chef der britischen Europahasser in Berlin zu Gast war.

Deshalb ist es kein Zufall, dass die Vorrednerin zwar über vieles gesprochen hat, dass sie aber nicht erwähnt hat, dass die deutschen Beiträge zum Haushalt der Europäischen Union unserer Wirtschaft den Zugang zum größten Binnenmarkt der Welt eröffnen.

Wer das unterschlägt oder bekämpft, der will unser Land in das gleiche Chaos stürzen wie das Vereinigte Königreich.

Europa steht vor großen Herausforderungen: Flüchtlingskrise, Globalisierung und Digitalisie-

rung, die Konflikte in unserer Nachbarschaft, die Schuldenkrise. All das kann man mit Tatkraft bewältigen. Die wirkliche Gefahr geht von den simplen und falschen Antworten von Nationalismus und Populismus aus.

Meine Damen und Herren, Europa steht vor großen Herausforderungen. Das Ausscheiden Großbritanniens aus der EU sowie die veränderte Weltlage sind der Anlass und die Wahl von Emmanuel Macron in Frankreich ist die Chance, jetzt ein Jahrzehnt der Erneuerung des europäischen Einigungsprojektes zu begründen. Frau Bundeskanzlerin, Frankreich ist dabei zum Taktgeber avanciert. Der französische Präsident unterbreitet klare

und konkrete Vorschläge. Sie dienen zum Teil der Interessenlage seines Landes; wer wollte ihm das verdenken. Deshalb kann ein schlichtes Echo auf die Pariser Ideen nicht die deutsche Haltung widerspiegeln. Es ist nicht bereits Europafreundlichkeit, Anrufe von Herrn Macron entgegenzunehmen.

Wir haben heute, Frau Bundeskanzlerin, eine klare und konkrete deutsche Position erwartet. Wir

haben diese klare und konkrete Position heute nicht gehört – zumindest nicht von Ihnen, sondern höchstens von Frau Nahles.

Erstens werden Reformen der europäischen Institutionen diskutiert. Sie haben die Verkleinerung des Europäischen Parlaments zu Recht begrüßt. Wenn die EU mit 450 Millionen Einwohnern nach 2019 ein kleineres Parlament haben wird als die Bundesrepublik Deutschland mit 82 Millionen Einwohnern, dann nimmt das dieses Haus in die Pflicht für eine Parlaments- und Wahlrechtsreform.

Wir haben, Frau Bundeskanzlerin, aber nichts von Ihnen gehört, wie Sie die Rolle des Europäischen Parlaments aufwerten wollen – beispiels-

weise dadurch, dass von der Kommission ausgehandelte Freihandelsabkommen zukünftig prioritär auf europäischer Ebene statt in den Mitgliedstaaten parlamentarisch gebilligt werden. Denn: Die wirtschaftliche Existenzfrage der Handelspolitik braucht Handlungsfähigkeit.

Frau Bundeskanzlerin, zur Verkleinerung der Europäischen Kommission war ein Rotationsmodell vorgesehen. Die Bundesre-

Hören Sie endlich mit Ihren Drohgebärden gegenüber Großbritannien auf!

Ein schlichtes Echo auf die Pariser Ideen kann nicht die deutsche Haltung widerspiegeln.

publik Deutschland ist in Vorleistung getreten und hat auf einen Kommissar verzichtet. Aber dieses Rotationsmodell ist noch nicht umgesetzt. Der französische Präsident schlägt nun 15 statt 27 Kommissare vor; das geht in die richtige Richtung. Hat die Bundesregierung dazu keine Position? Eine effizientere, auf die Kompetenzen der EU konzentrierte Kommission muss ein deutsches Anliegen sein.

Es gibt Einvernehmen, die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik auszubauen. Dazu hat Deutschland zunächst einmal – wie wir in dieser Woche erneut vor Augen geführt bekommen haben – zu Hause Aufgaben zu erledigen. Die Bundeswehr braucht mehr als warme Worte angesichts der Tatsache, dass sie nach zwölf Jahren einer unionsgeführten Bundesregierung nur noch bedingt einsatzbereit ist.

Die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik kann sich allerdings nicht nur auf die Verteidigungskomponente beziehen, sondern muss die diplomatische Seite miteinbeziehen. Wir wollen deshalb, dass die Rolle der Hohen Vertreterin gestärkt wird. Entscheidungen müssen auch mit qualifizierter Mehrheit möglich sein. Wir dürfen uns durch das Einstimmigkeitsprinzip auf europäischer Ebene nicht länger selbst lähmen.

Und: Die Europawahl muss aufgewertet werden. Wir wissen, dass die EVP Spitzenkandidaten für die europäischen Parteienfamilien begrüßt. – Sie haben das hier gesagt; das ist auch richtig so. Damit kann die stärkste Fraktion mit vielleicht 30 Prozent aber nicht automatisch die Spitze der Kommission für sich beanspruchen; denn das wäre nicht Ausdruck von Europafreundlichkeit, sondern nur von Machtkalkül.

Von wirklich praktischer Bedeutung indessen wären transnationale Listen. Dazu haben wir nichts gehört. Nur mit transnationalen Listen wird aus 27 nationalen Einzelwahlen eine wirklich europäische Wahl, und darauf sollte die Bundesregierung hinwirken. Es ist nicht zu verstehen, dass ausgerechnet die EVP sich gegen diesen Vorschlag gewandt hat.

Wir werden deshalb heute dem von Bündnis 90/Die Grünen vorgelegten Entschließungsantrag zustimmen.

Unverändert hat das Parlament mit Brüssel und Straßburg zwei Sitze. Dieser Wanderzirkus ist teuer, ineffizient und überholt.

Deshalb sollten Sie mit dem französischen Präsidenten darüber sprechen, Brüssel zum alleinigen Sitz des Parlaments zu machen.

Statt über diese Fragen zu reden, haben Sie, Frau Bundeskanzlerin, über europaweite Bürgerdialoge gesprochen. Dagegen ist ja gar nichts zu sagen. Aber aus den schon geführten Gesprächen mit den Bürgerinnen und Bürgern wissen wir, dass sie die bereits bekannten Strukturprobleme endlich gelöst sehen wollen.

Frau Merkel, Sie haben zweitens zum Finanzrahmen der EU gesagt, die Debatte über den Haushalt dürfe nicht von der Debatte getrennt werden, welches Europa wir wollen. Wenn man Ihr Wort ernst nimmt, dann muss zuerst über Aufgaben und Ziele gesprochen werden und danach über die dafür benötigten Mittel. Wir Freien Demokraten wollen überall da ein starkes Europa, wo das Zusammenwirken Mehrwert schafft. Das ist in der Migrations-, der Verteidigungs- und in der Entwicklungspolitik zweifelsohne der Fall. Mehr Investitionen in disruptive Technologien und die Förderung von Projekten des privaten Sektors sowie die Forschung begrüßen wir ohnehin. Insbesondere Ihre Aussagen zur Personalverstärkung bei Frontex unterstützen wir. Diesen Worten müssen Taten folgen.

Haushaltskommissar Günther Oettinger hat zur Finanzierung dieser neuen Prioritäten vorsichtige Kürzungen bei der Gemeinsamen Agrarpolitik und bei der Kohäsionspolitik vorgeschlagen. Sie gehen nicht weit genug, aber immerhin. Der Finanzwissenschaftler Friedrich Heinemann hat den Stand der Forschung in einem Beitrag für „Die Welt“ vom 14. Februar mit den Worten zusammengefasst:

... die Kohäsionspolitik steht ... im Verdacht, eher die Interessen von Landräten und Bürgermeistern zu befriedigen, als wirklich einen europäischen Mehrwert abzuliefern.

Die Parteien der Großen Koalition haben hingegen bereits vorab erklärt, dass sie zu höheren Beiträgen zum Haushalt der EU bereit seien. Sie bekennen sich zu einer starken Kohäsionspolitik. Damit schwächen Sie die deutsche Verhandlungsposition. Damit stellen Sie das Verfahren auf den Kopf. Damit fallen Sie letztlich Günther Oettinger in den Rücken. Es ist nicht europafreundlich, pauschal mehr Geld ausgeben zu wollen. Es ist europafreundlich, das Geld der Bürgerinnen und Bürger zunächst besser einsetzen zu wollen.

Erst wenn die Effizienzreserven im Haushalt der EU gehoben sind, dann kann über die Höhe der Beiträge befunden werden.

Wir wollen höhere deutsche Zahlungen nicht ausschließen, aber pauschal anbieten sollte man sie auch nicht.

Die Aussagen zum Finanzrahmen sind im Grunde exemplarisch dafür, dass es eine Zäsur in der deutschen Europapolitik gibt; Frau Nahles hat das ja auch in aller Klarheit ausgesprochen. Frau Nahles, wenn Deutschland seinen Partnern jetzt auch noch vorschreiben will, wie sie ihren Sozialstaat zu organisieren haben, dann läuten Sie die nächste Phase der Europaskepsis auf diesem Kontinent ein.

Über diese Veränderungen in der Politik, insbesondere hinsichtlich der Wirtschafts- und Währungsunion, hat Frau Merkel nur kurz gesprochen, Frau Nahles länger. Frau Nahles, Sie haben offen ausgesprochen, dass es um den Ausgleich von Unterschieden geht. Dem ist zuzustimmen, wenn es um die Stärkung von Wettbewerbsfähigkeit und um private Investitionen geht. Die Jugendarbeitslosigkeit in Italien hat aber nichts mit der Austeritätspolitik von Merkel oder Schäuble zu tun. Das fällt in die Verantwortung der Berlusconi in Europa, die über Jahrzehnte notwendige Reformen verschleppt haben.

Im Koalitionsvertrag steht sehr deutlich, um was es geht: um ei-

nen Investivhaushalt für die Eurozone, der unter anderem für Stabilisierung und Konvergenz genutzt werden soll. Das deutsche Wort dafür heißt Finanzausgleich. Mehr noch: Der französische Finanzminister Bruno Le Maire hat in einem Interview mit der „FAZ“ am 14. Februar erklärt, der einst als Rettungsschirm gedachte Stabilitätsmechanismus solle mehr oder weniger in ein Transferinstrument umgebaut werden. Es müsse über Liquiditätshilfen gesprochen werden, die in definierten Fällen bereitgestellt würden, also nicht nur im Falle von Krisen. Der ESM solle unter Unionsrecht gestellt werden, damit er schneller entscheiden kann. – Welche Rolle spielt dann der Bundestag? – Der ESM solle die Letztabsicherung für die Abwicklung nicht lebensfähiger Finanzinstitute übernehmen, mit dem Geld der Steuerzahler.

In der Sache hat der Präsident der Deutschen Bundesbank solche Vorschläge eingeordnet. Er sagt, das wirke auf ihn wie die „Lösung auf der Suche nach einem Problem, zumindest wenn man die bestehenden Regeln und Vorkeh-

rungen in der Wirtschafts- und Währungsunion ernst nimmt“.

Herr Weidmann hat recht. Mit diesen Vorschlägen wird die finanzpolitische Eigenverantwortung der Mitgliedstaaten ausgehöhlt. Das ist nicht nur rechtlich problematisch, es ist ökonomisch unklar. Le Maire hat in diesem Interview übrigens bekräftigt, er sei in diesen Fragen mit seinen deutschen Gesprächspartnern bereits einig.

Wir hätten gerne heute von Ihrer Regierung gewusst, Frau Merkel: Mit wem hat er verhandelt? Welche Zusagen hat es gegeben? Wenn solch weitreichende Fragen nicht Gegenstand einer Regierungserklärung sind, welche dann?

Frau Merkel, Sie haben heute eine Regierungserklärung abgegeben, aber aufschlussreicher als das, was Sie gesagt haben; denn erklärt hat sich diese Regierung nicht.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der AfD)

Eine effizientere Kommission muss ein deutsches Anliegen sein.

Dr. Dietmar Bartsch, Die Linke:

Europa war und ist zuallererst ein Friedensprojekt



Dietmar Bartsch (*1958)
Landesliste Mecklenburg-Vorpommern

Frau Merkel, Sie haben Ihre letzte Regierungserklärung im Juni 2017 abgegeben. Es ist also fast ein Dreivierteljahr her, dass Sie sich vor dem Parlament, vor dem Gremium, wohin es gehört, oder vor der Bevölkerung das letzte Mal erklärt haben. Ich weiß, es gab stressige Wochen – Wahlkämpfe, zweimal Sondierungen, Koalitionsverhandlungen und Weihnachten –, aber trotzdem hat es genug Anlässe gegeben, sich hier zu erklären. Alle Fraktionen

hatten Sie auch dazu aufgefordert. Sie haben das nicht gemacht. Ich sage ganz klar: Das ist ein Ausdruck Ihrer Wertschätzung des Parlaments, ein Ausdruck des Verständnisses des Parlaments und auch ein Ausdruck der Haltung gegenüber der Bevölkerung.

Frau Bundeskanzlerin, gerade haben Sie eine Erklärung zu Europa abgegeben. Wir haben gehört, dass es wieder vorangeht, dass wir europäische Antworten brauchen – Donnerwetter! –, dass wir uns auf den Erfolgen nicht ausruhen dürfen usw. usw. Das waren sehr viele Allgemeinplätze.

Stellen wir einmal eine Frage: Wie hat sich Europa seit dem Jahre 2005 entwickelt, als Sie Kanzlerin geworden sind? Man kann einmal Bilanz ziehen. Im Jahre 2005 war die Osterweiterung gerade ein Jahr alt. Es gab ganz viele Hoffnungen auf ein solidarisches, ein soziales Europa. Es wurden Chancen gesehen, auch im Hinblick darauf, dass Europa nicht von Deutschland dominiert wird. Dann kam die Finanzkrise, und es

wurde klar: Die Banken sind wichtiger als die Menschen. Wir müssen heute nach 13 Jahren Kanzlerschaft feststellen, dass Europa in einem schlechteren Zustand ist als im Jahre 2005. Das ist die Wahrheit. Der Brexit ist nur ein Ausdruck davon, meine Damen und Herren.

Sie haben völlig zu Recht darauf hingewiesen: Europa war und ist zuallererst ein Friedensprojekt. Aber das ist in Gefahr, weil viele Menschen keine Perspektive auf eine gute Zukunft in Europa sehen, meine Damen und Herren.

Frau Bundeskanzlerin, Sie haben auf die Wirtschaftsdaten verwiesen. Sagen Sie bitte aber auch die Wahrheit, dass in Europa 120 Millionen Menschen in Armut leben. Das ist fast jeder Vierte. Um ein paar Beispiele zu nennen: Die Überbelastung durch Wohnkosten in Europa nimmt immer mehr zu. 9 Prozent der Europäer haben nicht genügend Geld, um zu hei-

Fortsetzung auf nächster Seite

zen, meine Damen und Herren. Über die Jugendarbeitslosigkeit ist geredet worden. Andrea Nahles hat die Zahlen genannt. In Griechenland sind es über 40 Prozent. In jeder Rede zu Europa höre ich von Ihnen etwas über Jugendarbeitslosigkeit. Aber es ist offensichtlich viel zu wenig getan worden. Hier muss entschlossen gehandelt werden.

Man kann doch nicht einfach zusehen. Dass die jungen Leute in der Regel mies bezahlt werden, ist doch auch ein Problem.

Auf der anderen Seite gibt es in allen europäischen Ländern auch obszönen Reichtum. Die Spaltung wird immer größer. Die Situation in Europa ist dramatisch. Deswegen nimmt auch die Akzeptanz für Europa mit jedem Jahr, in dem sich Banken an öffentlichem Eigentum bereichern und Staaten geplündert werden, weiter ab. Deshalb gibt es das Erstarken nationalistischer und rechtspopulistischer Parteien überall in Europa, und das ist eben eine dramatische Entwicklung.

Da muss man eine Frage stellen: Haben Sie damit irgendetwas zu tun, oder haben nur andere dafür die Verantwortung? Ich sage ganz klar: Sie tragen für die europäische Entwicklung maßgebliche Verantwortung, – dafür, dass der Zustand Europas so desolat ist.

Ich habe jetzt nur nebenbei gehört, dass die wegfallenden Sitze der Briten zum Teil aufgeteilt werden sollen. Wer ist denn auf die Schnapsidee gekommen?

Wenn die Sitze wegfallen, dann müssen sie weg sein. Sie können doch nicht unter den anderen aufgeteilt werden. Wie wollen Sie das denn den Leuten erklären? Ich verstehe das überhaupt nicht.

Der Kern dieser Entwicklung – der Grund dafür, dass Europa in diesem Zustand ist – ist Ihre Finanzpolitik, die Austeritätspolitik oder wie auch immer. Haushalte vor Menschen – das ist Ihre Herangehensweise, und es ist eine falsche Herangehensweise, meine Damen und Herren.

Nicht nur Griechenland und andere Länder haben unter diesem Spardiktat gelitten. Es hat dramatische Folgen. Schauen Sie sich einige Daten an, zum Beispiel die Selbstmordrate in Griechenland! Das sind Folgen einer solchen Politik.

Jetzt lese ich, der noch zu beschließende Koalitionsvertrag sehe hier eine Kursänderung vor. Es steht an sehr prominenter Stelle. Das ist ja alles schön; es ist auch sehr viel Lyrik. Papier ist ja geduldig, und wir werden sehen, was daraus wird. Aber eine Frage sei

mir schon gestattet: Wie korrespondiert die Tatsache, dass Sie diesen Kurswechsel wollen, eigentlich damit, dass Sie sich so nachhaltig für Jens Weidmann als EZB-Chef einsetzen? Der steht nun wirklich für einen rigiden Sparkurs. Eins geht nur, finde ich – entweder, oder.

Da muss sich die Bundesregierung dann schon mal entscheiden.

Sie haben mit Ihrem Kurs das gesellschaftliche Klima in vielen Ländern Europas vergiftet. Das ist beim Brexit letztlich am deutlichsten zu sehen gewesen. Wir haben eine Generation, die Europa als ganz positiv betrachtet, für die Nationalismus überhaupt keine Option ist. Reisefreiheit, Kulturaustausch – das wird geschätzt. Diese Generation will nicht zurück in die dunklen Zeiten des Nationalismus. Diesen Fortschritt – und das ist ein Fortschritt – bringen Sie mit einer Politik deutscher Hegemonie in Gefahr, Frau Merkel. Das ist das Problem.

Dort, wo es Hoffnungslosigkeit und Perspektivlosigkeit in Europa gibt, wo die Leute Angst vor einem Bürokratiemonster haben und wo Konzerne machen können, was sie wollen, da wächst Europaskepsis. Europa ist nicht zuerst Garant für die Freiheit der Konzerne und für Kapitalfreiheit – es ist mehr. Es muss um eine Sozialunion gehen – Ja zur Mindestlohnregulierung. Es reicht nicht, eine gemeinsame Währung zu haben, sondern es muss endlich etwas anderes geschehen.

Es geht mir auch um die Tatsache, dass es die Panama Papers gibt, die Paradise Papers gibt und dass daraus de facto nichts folgt. Sie müssen sich mal angucken, was Apple eine unabhängige Kanzlei auf der Isle of Man gefragt hat: ob Gesetze eventuell zuungunsten von Apple geändert werden könnten, ob es eventuell eine Oppositionspartei geben könnte, die die Regierungsverantwortung übernimmt usw. Das alles ist an Dreistigkeit überhaupt nicht mehr zu überbieten. Und das Schlimme ist: Das ist alles legal.

Da müssen die europäischen Staats- und Regierungschefs handeln und endlich einen Riegel vorschieben.

Ich will ein Wort dazu sagen, dass Sie hier – völlig zu Recht – Assad und sein Agieren in Syrien kritisiert haben. Ich teile das. Aber es ist einfach ein Unding, dass Sie in dieser Situation kein Wort zu der Aggression der Türkei in Nord-syrien verlieren.

Da wird ein völkerrechtswidriger Krieg geführt, und das erwähnen Sie hier nicht. Sie können

doch nicht nur einseitig Stellung beziehen. Das gehört genauso dazu wie die Aggression, der Wahnsinn von Assad.

Die 13 Jahre Ihrer Kanzlerschaft sind auch ein Nährboden für das, was europaweit abläuft, nämlich ein Kulturkampf, der von rechts geführt wird.

Meine Damen und Herren, ich will Folgendes noch kurz erwähnen: Im Koalitionsvertrag steht der richtige und gute Satz: „Wir verurteilen Rassismus und Diskriminierung in jeder Form.“ Ich finde das richtig. Aber bitte fangen Sie auch bei Ihren Partnern an. Herr Orban ist Mitglied Ihrer Parteienfamilie, er ist in Ihrer Fraktion im Europäischen Parlament, und was er so alles von sich gibt, das ist doch nicht zu akzeptieren. Er ist jemand, der Europa spaltet. Dazu muss man eine klare Haltung haben und Position beziehen.

Mir sei zum Abschluss noch eine kurze Bemerkung an meine sozialdemokratischen Freunde gestattet. Liebe Andrea Nahles, die

Rede eben hat demonstriert, dass Sie mental in der neuen Koalition schon angekommen sind. Ich weiß, es ist noch ein bisschen früh; man weiß nicht, wie die Abstimmung ausgeht.

Ich will Ihre Haltung abgekürzt anhand zweier Tweets von Martin Schulz aus der Vergangenheit erläutern. Martin Schulz hat zu Emmanuel Macron getwittert: „Ich freue mich über das gute Ergebnis für @Emmanuel Macron. Um Europa zu reformieren, brauchen wir im September auch in Deutschland den Wechsel!“ Und zu Jeremy Corbyn hat er getwittert: „Was für eine Aufholjagd! Gratulation an @jeremycorbyn und @UKLabour!“ – Fällt Ihnen etwas auf? Fasst das das Dilemma nicht gut zusammen?

Entweder liberaler Umbau oder soziale Wende, Sie müssen sich

entscheiden. Aber bitte treffen Sie nicht die falsche Entscheidung. Wir brauchen eine neue Europapolitik.

Das Aufgeschriebene kann ja ganz interessant sein, aber ich möchte endlich ein Handeln sehen.

Wissen Sie, was ein schönes Motto ist? Sie werden es kennen. Es heißt „Ein neuer Aufbruch für Europa, eine neue Dynamik für Deutschland, ein neuer Zusammenhalt für unser Land“. Das ist die Überschrift Ihres Koalitionsvertrages. Ich hoffe, dass davon auch irgendetwas zustande kommt. Nach der Regierungserklärung und Ihrer Antwort fehlt mir ein wenig der Glaube.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der LINKEN)

Dass die jungen Leute in der Regel mies bezahlt werden, ist doch auch ein Problem.

Entweder liberaler Umbau oder soziale Wende, Sie müssen sich entscheiden.

Katrin Göring-Eckardt, Bündnis 90/Die Grünen:

Mit Europa ist es wie mit einer Beziehung



Katrin Göring-Eckardt (*1966)
Landesliste Thüringen

Ein Jahr vor der Europawahl ist es höchste Zeit, dass wir hier im Parlament grundsätzlich über Europa reden und nicht sogar die Regierungserklärungen sein lassen, nach dem Motto „Wir haben jetzt andere Prioritäten“. – Andere Prioritäten kann es nicht geben.

Ja, wir brauchen mehr Europa und definitiv keinen Nationalismus und auch weniger nationale Bezüge, wie wir sie heute in dieser Debatte immer wieder gehört haben.

Ja, wir sind der privilegierteste, der sicherste und der freieste Kontinent auf unserem Planeten, und das verdanken wir der Europäischen Union. Trotzdem wird unser gemeinsames europäisches Projekt immer und immer wieder attackiert. Diese Attacken kom-

men aber nicht von außen, sondern sie kommen von innen. Und warum? Weil wir über so viele Jahre nicht ausreichend und grundsätzlich über Europa debattiert haben.

Mit Europa ist es wie mit einer Beziehung: Sie macht Arbeit, sie muss immer neu begründet werden, und sie ist niemals fertig, außer sie geht kaputt. Frau Merkel, Sie haben den Satz wiederholt, dass es Deutschland nur gut geht, wenn es Europa gut geht. Ja, das stimmt, aber dazu gehört doch Leidenschaft, dazu gehört doch nicht nur Verwaltung, dazu gehört nicht nur Klein-Klein, dazu gehört Gestaltungswille, dazu gehört Zukunftsdrang. Genau das hat Ihnen so sehr gefehlt in den letzten Jahren der Großen Koalition und leider auch davor, meine Damen und Herren.

Genau das, keine Ideen, keine Leidenschaft, gibt jenen Oberwasser, die nur Nörgler und Spalter sein wollen.

Es ist schon bemerkenswert, dass sich die beiden künftigen Koalitionspartner darauf berufen, dass Europa im künftigen Koalitionsvertrag ganz vorne steht. Ich weiß nicht, warum ich das jetzt machen muss, aber ich finde, man könnte Martin Schulz an dieser Stelle einmal dafür danken, dass er europäische Leidenschaft in den Vertrag hineingebracht hat,

meine Damen und Herren.

Was für eine großartige Beziehung wir in und mit Europa haben, das sehen wir tragischerweise am Leid der Briten. Ja, den Brexit haben sie sich selbst eingebrockt, aber wir sehen: Europa von innen zu torpedieren, heißt immer vor allem, sich ins eigene Knie zu schießen. Natürlich hat Emmanuel Macron einen Weckruf gestartet, und natürlich braucht es endlich das entsprechende deutsche Handeln.

Meine Damen und Herren, warum ist Europa so stark? Sie haben es ganz am Ende Ihrer Rede gesagt, Frau Merkel, als Sie allgemein auf Werte verwiesen haben. Aber worum geht es bei diesen Werten? Es geht um Solidarität, es geht um Frieden, es geht um Demokratie, es geht um Nachhaltigkeit, es geht um Freiheit. Und dann stehen Sie hier und reden über Migration, reden über die Sicherung der Außengrenzen und reden über Solidarität innerhalb Europas. Aber wenn man über Werte redet, dann muss man doch auch über die Solidarität mit den Menschen reden, die auf der Flucht sind, meine Damen und Herren.

Der mehrjährige Finanzrahmen bietet die Möglichkeit, zu zeigen, worum es eigentlich geht. Er ist nämlich nichts anderes als das materialisierte Versprechen zur

Stärkung der gemeinsamen Zukunft. Herr Lindner, da bin ich ganz anderer Meinung als Sie. Man kann sich hierhinsetzen und sagen: An der Arbeitslosigkeit der italienischen Jugendlichen ist jemand anders schuld. Über die Finanzkrise haben Sie übrigens kein Wort verloren, als ob es sie nicht gegeben hätte. Das ist ja auch ein unbequemes Thema. Ich finde, dass jeder Jugendliche in diesem Europa mit Europa Hoffnung verbinden sollte.

Mir ist es egal, ob es um einen Jugendlichen aus meinem Nachbardorf geht oder um einen Jugendlichen in irgendeinem italienischen Dorf. Sie gehören alle zu Europa, und wenn dieses Europa eine Chance haben soll, dann müssen alle wissen: Das ist unser Europa, und wir werden nicht im Stich gelassen, meine Damen

und Herren.

Ich glaube, wenn wir es irgendwie schaffen wollen, dann geht es mit diesem business as usual nicht weiter. Wir brauchen Solidarität mit den ärmeren Regionen in Europa. Wir brauchen eine nachhaltige, der Zukunft zugewandte Wirtschaftsinvestitionspolitik. Mit „nachhaltig“ meine ich natürlich auch die ökologischen Ziele. Dabei hilft uns keine nationale Nettozahlerdebatte nach dem Motto: Du kriegst einen

Das ist unser Europa, und wir werden nicht im Stich gelassen.

Flughafen, du die Autobahn und der Nächste ein paar Goodies für die Bauernlobby. Bei der Gestaltung des nächsten Haushaltes könnte doch endlich einmal klar werden, dass wir eine breite, eine europäische Debatte führen, und zwar – ja bitte – in unseren Parlamenten. Dazu gehören Klarheit und Werte.

Frau Merkel, Sie haben hier über Syrien geredet – sehr eindringlich und notwendigerweise –; aber wenn man über Syrien spricht, dann muss man auch Afrin und die Rolle der Türkei erwähnen, meine Damen und Herren.

Lieber Dietmar Bartsch, auch in Ihre Richtung sage ich: Dann muss man auch die Rolle Russlands erwähnen. Auch das darf man nicht weglassen, wenn man diese humanitäre Katastrophe wirklich beleuchten will.

Ja, es geht bei den europäischen Werten um Rechtsstaatlichkeit, es geht um Meinungsfreiheit, es geht um Gewaltenteilung. Aber ein bisschen Freiheit kann es genauso wenig geben wie ein bisschen Europa. Deswegen lautet meine herzliche Bitte, Frau Merkel: Wenn Sie mit Herrn Orban reden, dann lassen Sie ihn nicht raus aus seinen Verpflichtungen. Nachdem er vieles anti-europäisch gelöst hat, richtet er sich jetzt gegen die Nichtregie-

rungsorganisationen in seinem Land. Das widerspricht dem europäischen Recht, das widerspricht der Europäischen Menschenrechtscharta. Es kann nicht sein, dass die Nichtregierungsorganisationen keine Chance mehr haben. Nein, wer sich solidarisch um Menschen kümmert, stellt nicht die Einheit Ungarns infrage und ist schon gar nicht eine Bedrohung für Europa. Reden Sie mit Herrn Orban, Ihrem Parteifreund. Vielleicht kann die CSU ein bisschen mithelfen. Es muss ganz klar sein: So etwas geht in Europa nicht! Das ist ein Angriff auf die Demokratie und die Freiheit.

Deswegen sage ich ganz klar: Wir brauchen dieses gemeinsame Europa, wir brauchen die Verständigung auf echte Werte, wir brauchen eine gemeinsame euro-

päische Außenpolitik – ja selbstverständlich –, wir brauchen die transnationalen Listen, weil wir nur dann ein echtes Bekenntnis zu Europa abgeben können. Die Europäische Union ist das größte politische Projekt der letzten Jahrhunderte. Das Versprechen der Europäischen Union ist größer als das, was wir alle zusammen hier versprechen können. Jetzt ist das Momentum: Zeigen Sie, dass Ihnen wirklich daran liegt, mit Leiden-

schaft und Anstrengung. Zeigen Sie, dass Sie Europa wirklich großartig finden, dass es nicht nur um kleinteilige, bürokratische Verhandlungen geht.

Herzlichen Dank.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie des Abg. Achim Post [Minden] [SPD])

Volker Kauder, CDU/CSU:

Europa ist stark geworden durch Grundsätze



Volker Kauder (*1949)
Wahlkreis Rottweil-Tuttlingen

Das informelle Treffen, das heute beginnt und morgen fortgesetzt wird, soll keine Entscheidungen bringen, aber es wird Weichen stellen für das, was in der nächsten Zeit in Europa wichtig wird. Es geht einmal um die finanziellen Rahmenbedingungen, und es geht zum anderen auch um die Vorbereitung der Wahlen für das nächste Europäische Parlament. In beiden Bereichen werden Entscheidungen vorbereitet, die für dieses Europa wichtig sind. Jetzt mag ja manche Diskussion über die Frage der Spitzenkandidaten und über die Anzahl an Kommissaren sehr kleinteilig daher kommen, aber damit werden Beispiele genannt, die die Menschen verstehen.

Bevor wir über diese Dinge sprechen, halte ich es aufgrund

von Äußerungen, die in diesem Parlament, die in dieser Debatte gefallen sind, für notwendig, zumindest eine Bedeutung Europas hervorzuheben. Es ist nicht so, dass sich die Menschen in Deutschland und in Europa grundsätzlich von Europa abgewandt hätten.

Das hätten manche gerne, die es so formulieren. Die Menschen in unserem Land wissen ganz genau, dass Europa die größte Friedensversicherung ist, die es jemals auf diesem Kontinent gegeben hat, meine sehr verehrten Damen und Herren.

Und ich freue mich sehr darüber, dass dies nicht nur eine ältere Generation sieht, der Kriegserfahrungen noch nah sind, sondern auch eine jüngere Generation. Wenn wir heute in den Nahen und Mittleren Osten schauen, dann wissen wir doch: Es ist eine unglaubliche Erfolgsgeschichte dieses Europas, dass wir seit mehr als 70 Jahren keinen Krieg in unserem Land gehabt haben, meine sehr verehrten Damen und Herren.

Das ist etwas, das über dem steht, was die normalen Diskussionen über Europa beinhalten.

Europa ist nach dem Zweiten Weltkrieg stark geworden durch Grundsätze. Es galt immer der Grundsatz der Solidarität und der Solidität. Das betrifft, sehr geehrte Frau Nahles, den zweiten

Schritt, den Sie angesprochen haben, nämlich dass die Jugendarbeitslosigkeit bekämpft werden muss. Wir haben doch die Erfahrung gemacht, dass es überhaupt nichts bringt, immer noch mehr Geld in ein System einzuzahlen, das die Aufgabe gar nicht bewältigen kann. Deswegen ist es richtig, wenn auch bei diesem Treffen in Europa darüber gesprochen wird, dass nicht in erster Linie Geld ausgeben zum Erfolg führt, sondern die notwendigen Reformen,

die die Wettbewerbsfähigkeit voranbringen.

Daran muss auch festgehalten werden. Geld nützt relativ wenig, wenn die Wirtschaft in einem europäischen Mitgliedsland nicht wettbewerbsfähig ist; denn dann kann es auch keine Arbeitsplätze und keine Ausbildungsplätze geben. In einer solchen Situation ist die Mindestlohndebatte wenig zielführend. Wir müssen eine Debatte über die Reformen führen.

Ein weiterer Punkt: Die Bundeskanzlerin hat angesprochen, dass der Weg der Bankenunion weitergegangen werden soll. Damit sind wir einverstanden.

Der Deutsche Bundestag hat im Jahr 2015 in einer Entschließung, in der entsprechende Grundsätze formuliert sind, beschlossen, wie dies gelingen kann. Zunächst ein-

mal müssen die Risiken verringert werden. Auf dem Weg sind wir, aber wir sind noch nicht am Ende angelangt. Es darf nicht nach dem Motto gehen: Die Risiken haben wir zwar noch nicht sehr verringert, aber die Bankenunion muss in diesem Sommer vollendet sein. – Da werden wir von der CDU/CSU-Bundestagsfraktion nicht mitmachen.

Wir haben in der von der Großen Koalition gemeinsam beschlossenen Resolution auch formuliert, dass eine Haftungsgemeinschaft bei der Einlagensicherung nicht der richtige Weg ist. Wir verlangen, dass zunächst einmal die anderen Länder das tun, was wir in Deutschland bereits

Fortsetzung auf nächster Seite



Die Abgeordneten debattierten die künftige finanzielle Ausgestaltung der EU.

© picture-alliance

gemacht haben, nämlich ein Einlagensicherungsgesetz auf den Weg zu bringen; das ist in vielen Ländern noch nicht der Fall. Da nützen alle Diskussionen nichts; zunächst müssen diese Reformmaßnahmen durchgeführt werden. Erst wenn alle europäischen Länder die Einlagensicherungsrichtlinie umgesetzt haben, können wir uns über den Weg zu europäischen Lösungen unterhalten.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wenn wir über diese schwierigen Sachverhalte in Europa reden, ist es notwendig, dass wir bei der Wahrheit bleiben. Es ist gesagt worden, wir hätten im Koalitionsvertrag das Königsrecht des Parlaments, nämlich die Haushaltsgestaltung, auf dem Altar in Brüssel geopfert. So werden aus einer bestimmten Richtung immer Halbwahrheiten, in dem Fall sogar Unwahrheiten in die Welt gesetzt.

Deswegen will ich einmal sa-

gen, was im Koalitionsvertrag steht. Dort steht ausdrücklich, dass die Rechte des Parlaments und des Haushaltsausschusses, was den Haushalt betrifft, gewahrt bleiben. Das ist etwas anderes als das, was Sie, Frau Weidel, in diesem Plenum gesagt haben.

Die Wahrheit sieht anders aus, als Sie es hier berichtet haben. Das werden wir Ihnen nicht durchgehen lassen, dass Sie immer wieder mit falschen Argumenten versuchen, etwas zu begründen, was so nicht zu begründen ist.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir haben – die Bundeskanzlerin hat es gesagt – auch in finanzieller Hinsicht in Europa darauf zu achten, welche Aufgaben zu leisten sind. Der Schutz der Außengrenzen ist ein zentrales Thema. Dafür müssen wir auch die notwendigen Mittel zur Verfügung stellen. Wer will, dass

Europa offen bleibt und dass wir nicht zu den alten Grenzen in Europa zurückkommen, die Europa beschädigen würden, der muss einen Beitrag dazu leisten, dass die Außengrenzen gesichert werden.

Das gehört zusammen, und dafür müssen wir Geld zur Verfügung stellen.

Für die großen Aufgaben ist Europa zuständig. Dazu gehört der Schutz der Außengrenzen. Dazu gehört aber auch, dass wir in Europa in der Reaktion auf große Herausforderungen unsere Sprachlosigkeit überwinden. Die Bundeskanzlerin hat die Situation im Nahen Osten, in Syrien, angesprochen.

Wir haben immer gehofft, dass es kein zweites Aleppo in Syrien gibt. Was sich im Augenblick in Ghuta abspielt, kommt einem zweiten Aleppo sehr nahe.

Denen, die meinen, wir müssen uns um eine bessere Bezie-

hung zu Russland kümmern, kann ich nur sagen: Damit bin ich einverstanden. Wenn ich aber sehe, welchen Beitrag Russland dazu leistet, dass aus Ghuta ein zweites Aleppo wird, muss ich sagen: Auch das gehört in die Gespräche. Es kann nicht nach dem Motto gehen: Um gute Beziehungen zu Russland zu entwickeln, sagen wir nicht mehr die Wahrheit über die Völkerrechtsverletzungen, die dieses Land begeht.

Das geht auf keinen Fall. Dazu muss Europa eine gemeinsame Position finden.

Ich bin sehr besorgt darüber, dass auch in Syrien zwei NATO-Mitglieder, nämlich die USA und die Türkei, aneinandergeraten. Auch darüber muss gesprochen werden, wenn man sich jetzt in Europa trifft. Es kann nicht so weitergehen, dass ein NATO-Mitglied ein anderes provoziert. Auch das, was die Türkei in Syrien macht, findet meine Zustim-

mung nicht.

Auf beide Positionen muss geantwortet werden. Das wünsche ich mir, und das erwarten die Bürgerinnen und Bürger; sie erwarten nicht, dass Europa ständig attackiert und schlechtgemacht wird, – sie erwarten, dass Europa die großen Aufgaben löst, die ein Nationalstaat nicht lösen kann. Daher muss Europa auch bei diesem Treffen zeigen, dass es diese Größe besitzt.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie des Abg. Christian Petry [SPD])

Dies ist eine gekürzte Version der Debatte. Es sprachen außerdem noch Achim Post (SPD), Florian Hahn (CDU/CSU), Dr. Alexander Gauland (AfD), Dr. Franziska Brantner (Bündnis 90/Die Grünen), Uwe Feiler (CDU/CSU), Christian Petry (SPD), und Eckhardt Rehberg (CDU/CSU).

Vereinbarte Debatte zur Situation im Nahen und Mittleren Osten / 14. Sitzung des 19. Deutschen Bundestages am 22. Februar 2018

Dr. Johann David Wadephul, CDU/CSU:

Lasst uns im europäischen Verbund agieren!



Johann David Wadephul (*1963)
Wahlkreis Rendsburg-Eckernförde

Die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ hat vor kurzem gefragt: „Kann jeder in Syrien bomben?“ und hat die Situation dort zu der Broken-Windows-Theorie in Beziehung gesetzt, die wir aus dem Bereich der inneren Sicherheit kennen. Sie besagt: Wenn erst einmal ein Fenster zerbrochen ist und man das hinnimmt, es keine Sanktionen gibt, es keine Reaktionen gibt, es keine Ordnung gibt, dann wird

das allgemein akzeptiert und die Verwahrlosung schreitet weiter fort. Das erleben wir traurigerweise auch in Syrien. Ich kann im Grunde an das anknüpfen, was Eckhardt Rehberg gerade eben gesagt hat: Wir wollen eine regelbasierte Ordnung. Wir wollen, dass internationales Recht eingehalten wird. Dafür, meine sehr verehrten Damen und Herren, müssen wir in Syrien eintreten.

Was wir jüngst erlebt haben, ist der Einsatz türkischer Streitkräfte im Norden Syriens um Afrin herum. Dazu möchte ich aus Sicht meiner Fraktion einige Anmerkungen machen.

Wir haben immer ein nüchternes Verhältnis zur Türkei gehabt. Wir haben immer gesagt: Wir wollen enge Bindungen, aber einen europäischen Weg können wir uns nicht vorstellen. Die Türkei ist für uns NATO-Partner. Die Türkei ist in einer geostrategisch entscheidenden Lage und Situation. Die Türkei hilft uns sicherlich, Sicherheit für Südosteuropa zu gewährleisten. Die Türkei leistet

Großes – das will ich auch heute noch einmal sagen – bei der Bewältigung der Flüchtlingskrise. Es wird dort eine große Zahl von Flüchtlingen aufgenommen. Das wissen wir, und das würdigen wir. Aber ich muss sagen: Ein derartiger Militäreinsatz – mit dieser Frage habe ich begonnen – darf nicht einfach so ermöglicht werden. Vielmehr kann er nur durch internationales Recht gerechtfertigt werden.

Eine Belagerung Afrins, die der türkische Präsident Erdogan angekündigt hat, ist mehr als der legitime Einsatz von Gewalt gegen Terroristen, die gegen den türkischen Staat kämpfen. Deswegen fordern wir die Türkei an dieser Stelle auf: Halten Sie internationales Recht ein! Wahren auch Sie die Souveränität Syriens! Wenn es eine Belagerung geben sollte, ist das nicht gedeckt von internationalem Recht, und das könnte nicht unsere Unterstützung erfahren. Hier müssen wir klar sein, meine sehr verehrten Damen und Herren.

Nichts ist besser geworden in den deutsch-türkischen Beziehungen in der Vergangenheit, was den Parlamentarismus angeht.

Viele Kolleginnen und Kolle-

gen waren bei der Münchner Sicherheitskonferenz. Wenn der Kollege Özdemir, mit dem man sich politisch über vieles streiten kann, dort unter Polizeischutz gestellt werden muss, weil er Bedrohungen ausgesetzt wird, dann verurteilen wir alle dies und sind solidarisch mit dem Kollegen aus der Fraktion der Grünen.

Volker Kauder hat darauf hingewiesen: Viele brechen internationales Recht. Viele meinen, dass sie einfach bomben dürfen. Dazu gehört auch Russland. Wenn Russland – dass das passierte, habe ich für einen Fehler gehalten – von Amerika nicht als Regionalmacht bezeichnet werden möchte, wenn Russland als internationaler Partner ernst genommen werden möchte, dann muss auch Russland aufhören, einen Diktator zu unterstützen, der Giftgas einsetzt, in Ghouta wieder mordet und Zivilisten sterben lässt, dann muss auch Russland seiner internationalen Rolle endlich gerecht werden und seine Streitkräfte aus Syrien abziehen, meine lieben Kolleginnen und Kollegen. Das muss deutlich angesprochen werden.

Das gilt auch für den Iran. Ich will deutlich sagen, dass wir Deutsche, wir Europäer ganz klar dafür eintreten, dass das Nuklearabkommen mit dem Iran einge-

halten wird. Das ist – das muss man auch dem amerikanischen Präsidenten in vollem Selbstbewusstsein sagen – kein bilaterales Abkommen der Amerikaner mit den Iranern, sondern es ist – daran hat die deutsche Diplomatie einen großen Anteil; dem früheren Außenminister Frank-Walter Steinmeier sei gedankt – ein multilaterales Abkommen. Wir haben ein Interesse daran, mit den moderaten Kräften im Iran zusammenzuarbeiten. Wir haben ein Interesse daran, dafür zu sorgen, dass der Iran nicht nuklear bewaffnet wird. Deswegen halten wir, solange der Iran das Abkommen einhält – das macht er zurzeit –, an diesem Abkommen fest, liebe Kolleginnen und Kollegen. Das sollten wir auch im Bündnis klar formulieren.

Dazu gehört genauso, dass auch der Iran seine Rolle in der Region wahrnehmen muss und sich nicht schlicht und ergreifend als eine Macht verstehen darf, die jetzt hegemonialen Einfluss durchsetzen will, die militärisch das durchführt, was ihr tatsächlich möglich ist, und die sich jetzt dauerhaft in Syrien, auch mit Militärbasen, verankern will. Auch das richtet sich gegen die Souveränität Syriens. Das ist insbesondere – das ist für uns Deutsche von großer Bedeutung – offensichtlich eine Bedrohung Isra-

Viele brechen internationales Recht. Viele meinen, dass sie einfach bomben dürfen.

Wir haben immer ein nüchternes Verhältnis zur Türkei gehabt.

els. Ich möchte in diesem Hause noch einmal betonen: Der Iran muss wissen, dass wir an dieser Stelle unsere internationale Politik, unsere Außenpolitik an folgendem Verhalten ausrichten: Jeder, der die Sicherheit des Staates Israel bedroht, muss wissen, er stellt sich damit außenpolitisch und sicherheitspolitisch auch in eine Gegnerschaft zu Deutschland. Deutschland ist an dieser Stelle solidarisch mit Israel. Das

müssen alle, die in Teheran verantwortlich handeln, ganz eindeutig wissen, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Letztlich werden wir – deswegen kann ich an die Debatte, die wir vorhin geführt haben, anknüpfen – in dieser gesamten Region, auch mit unserem gewandelten Einsatz im Irak, den die Verteidigungsministerin schon skizziert hat, den wir aber auch noch miteinander parlamenta-

risch diskutieren müssen, nichts allein ausrichten. Deutschland allein wird in dieser Region – Kollege Post hat zu Recht an uns appelliert: was tun wir denn selber? – überhaupt nichts ausrichten, sondern wir werden dort nur gemeinschaftlich in Bündnissen mit anderen etwas ausrichten. Deswegen ist es gerade in dieser Zeit so wichtig, wo leider auch innerhalb des westlichen Bündnisses, seitens des amerikanischen Präsi-

denten, die NATO infrage gestellt worden ist, dass auch wir zur NATO stehen, dass wir unsere Bündnisverpflichtungen erfüllen und dass wir uns immer bewusst sind, dass wir das Geschehen in der Region nur dann werden beeinflussen können, wenn wir als Europäer gemeinsam auftreten. Deshalb die Lehre aus dem Desaster in Syrien: Macht Europa stark! Lasst uns im europäischen Verbund agieren! Dann können

wir uns in dieser Region engagieren, und dann können wir dafür sorgen, dass das Leid geringer wird.

Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD sowie bei Abgeordneten der FDP)

Niels Annen, SPD:

Der Staatsterror in Syrien muss enden



Niels Annen (* 1973)
Wahlkreis Hamburg-Eimsbüttel

Ich glaube, wir alle haben die Bilder von der Münchner Sicherheitskonferenz im Kopf. Besonders viel Sicherheit hat diese Konferenz nicht ausgestrahlt. Die Reden waren konfrontativ. Ich hatte manchmal den Eindruck, die dort vertretenen Außenminister und Ministerpräsidenten haben fast nur zu ihrer nationalen Öffentlichkeit geredet. Der Dialog ist zu kurz gekommen. Die Konferenz hat uns auch daran erinnert, wie fragil die Lage im Nahen Osten ist.

Natürlich, der militärische Kampf gegen die Terrormiliz IS, gewissermaßen gegen das Kalifat, ist erfolgreich gewesen. Er ist noch nicht beendet – es gibt weiterhin einzelne Gebiete, die vom IS dominiert werden –, aber ich glaube, man kann schon sagen, dass es eine insgesamt erfolgreiche internationale Operation gewesen ist.

Die Frage ist jedoch, meine sehr verehrten Damen und Herren: Was passiert eigentlich nach dem IS? Auf diese Frage haben wir bisher keine Antwort gefunden. Die Terrorgruppe ist auf dem Rückzug. Sie ist aber weiterhin in der Lage, Anschläge zu verüben und Terror zu verbreiten. Was wir im Moment erleben, ist, dass die Kräfte, die sich zum Teil taktisch verbündet haben, um gegen den IS vorzugehen, jetzt anfangen, sich quasi für die Post-IS-Phase in Stellung

zu bringen. Das ist wahrscheinlich von der Formulierung her eine Untertreibung; denn wir erleben eine neue Welle der Gewalt in Syrien, aber auch im Irak. Der Kampf um diese Ordnung hat begonnen, und die internationale Gemeinschaft scheint auf diese Phase nicht ausreichend vorbereitet zu sein; auch wir scheinen auf diese neue Herausforderung keine richtige Antwort zu haben. Deswegen ist es wichtig, dass wir diesen Prozess miteinander gestalten.

Ich kann das, was der Kollege Wadephul hier gesagt hat, nur wiederholen und unterstreichen: Die humanitäre Katastrophe, die wir im Moment in Syrien erleben, ist nicht nur markerschütternd, sondern auch vollkommen inakzeptabel. – Das Regime von Diktator Assad bombardiert erneut und wiederholt seine eigene Bevölkerung. Man hat offensichtlich geglaubt, dass man nach dem Aufschrei der Weltöffentlichkeit während des Kampfes um Ost-Aleppo – am Ende stand der militärische Sieg von Assad – wieder dieselbe Taktik anwenden kann, dass die Weltöffentlichkeit, wir alle, vielleicht ein bisschen müde geworden sind, ja, auch, dass wir uns an diese Bilder gewöhnt haben.

Meine lieben Kolleginnen und Kollegen, ich glaube, wir alle müssen mit unserer Reaktion dafür sorgen, dass dieses Kalkül von Assad nicht aufgeht.

Denn was wir jetzt erleben, ist eine tagelange Bombardierung. Es gibt Berichte von einem 13-stündigen, ununterbrochenen Bombardement der Zivilbevölkerung. Die Zahlen variieren, aber es gab wahrscheinlich über 300, bis zu 400 Tote allein in den letzten Tagen, darunter viele Frauen und Kinder. Eine Organisation, von der man sagen muss, dass sie wirklich nicht verdächtig ist, in irgendeinem Punkt eine politische Agenda zu vertreten, die SOS-Kinderdörfer, berichtet, dass ihre Ein-

richtungen gezielt von Assad bombardiert werden. Dieser Staatsterror muss enden.

Ich sage auch: Alle, die diese menschenverachtende Politik von Assad unterstützen, tragen eine Mitverantwortung; man muss hier sowohl den Iran als auch Russland namentlich nennen. Ich glaube, das gehört bei unseren bilateralen Gesprächen auf den Tisch.

Jetzt kommt ein weiterer Eskalationspunkt hinzu. Wir alle wissen, dass sich die türkische Regierung entschieden hat, in Afrin und in der Gegend um Afrin militärisch einzugreifen. Die türkische Regierung beruft sich auf das Selbstverteidigungsrecht nach Artikel 51 der Charta der Vereinten Nationen. Ich will hier mal in aller Freundlichkeit sagen: Die Belege, die die türkische Seite zur Legitimierung dieses Vorgehens vorlegt, haben mich nicht überzeugt.

Die Türkei hat das Recht auf Selbstverteidigung, die Türkei ist und bleibt auch ein Partner Deutschlands, und, ja, die Türkei ist Opfer von Terrorismus gewor-

den, auch von IS-Anschlägen; aber die Truppen, die dort jetzt bekämpft werden, haben gegen den IS gekämpft. Das muss man einmal ganz klar und deutlich aussprechen.

Es zeigt sich in dieser Krise, wie fundamental sich der Blick der türkischen Regierung auf den Syrien-Konflikt von unserem Blick unterscheidet – übrigens nicht nur von unserem Blick, sondern auch vom Blick der amerikanischen Regierung. Diese Lage hätte ich mir nie vorstellen können: Ein NATO-Partner, die Türkei, marschiert auf einer zumindest fragwürdigen rechtlichen Grundlage – persönlich glaube ich nicht, dass das vom Völkerrecht gedeckt ist – in ein Nachbarland ein und bekämpft dort Truppen, die von einem anderen NATO-Partner, den Vereinigten Staaten von Amerika, politisch, logistisch und auch militärisch unterstützt werden.

Ich möchte meiner Enttäuschung darüber Ausdruck verleihen, dass ich von der NATO dazu im Grunde genommen gar nichts gehört habe.

Die Äußerungen des von mir sehr geschätzten Generalsekretärs waren bestenfalls windelweich. Hier brauchen wir aber eine politische Initiative des Bündnisses, das sich gerade in der Gefahr befindet, an der Frage, wie man sich in Syrien verhalten soll, auseinan-

derzuberechnen. Das können wir doch nicht zulassen, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Aus diesem Hause sollte es eine klare Botschaft der Unterstützung und vielleicht auch der Ermutigung an Herrn Stoltenberg geben, das Thema auf die Tagesordnung zu setzen. Notfalls müssen wir es auf die Tagesordnung setzen, meine sehr verehrten Damen und Herren.

Wir reden immer über Herausforderungen und Krisen. Zu einem Blick auf die Lage gehört aber auch, dass wir das, was wir in den letzten Jahren an vorsichtiger Annäherung und Stabilisierung erreicht haben, betonen und den Prozess weiter stützen. Das bedeutet, dass wir ein klares Wort führen müssen gegenüber jenen Kräften in den Vereinigten Staaten von Amerika, offensichtlich an der Spitze der Präsident, die jetzt versuchen, das Abkommen mit dem Iran zu unterminieren, das die eigene Vorgängerregierung mit ausgehandelt hat. Wir konnten uns bisher immer darauf verlassen, dass man sich, wenn eine Regierung wechselt – was ja ein normaler Vorgang ist –, an die Verträge hält, die vorher ausgehandelt worden sind.

In der mir verbleibenden Redezeit möchte ich jetzt doch noch einmal darauf hinweisen, dass es aus meiner Sicht wichtig ist, dass



Die türkische Offensive gegen die nordsyrische Stadt Afrin wurde im Bundestag kritisiert.

© picture-alliance/abaca

wir alles tun, um das wichtige und komplexe Abkommen mit dem Iran aufrechtzuerhalten, weil es ein Beitrag zur Stabilisierung in dieser von Instabilität geprägten Region ist. Ich will aber auch darauf hinweisen, dass wir zwei Dinge voneinander trennen müssen: Das Abkommen mit dem Iran verfolgt das klare Ziel,

die nukleare Bewaffnung dieses Landes zu verhindern. Gemeinsam haben wir nach Jahren des Verhandeln einen historischen Fortschritt erzielt. Das bedeutet aber nicht, dass wir gegenüber dem Iran schweigen werden, wenn die iranische Politik weiterhin und fortgesetzt aggressive Bewegungen in den Nachbarlän-

dern unterstützt.

Deshalb will ich enden mit dem, was auch der Kollege Wadephul hier gesagt hat: Es geht um die Sicherheit des Staates Israel. Das aggressive Vorgehen von Milizen, die von der iranischen Regierung unterstützt werden, bis an die Grenze Israels ist inakzeptabel. Ich glaube, dass wir alle gut

darin tun, dies in der Öffentlichkeit und in den diplomatischen Gesprächen, die wir führen, deutlich zu machen. Ich will auch darauf hinweisen, dass Deutschland weiterhin bereit ist, mit der UNIFIL-Mission an genau dieser fragilen Grenze einen Beitrag zur Stabilisierung, auch zur politischen Stabilisierung und zur För-

derung des Dialogs zu leisten. Das sollte im Mittelpunkt unserer Beratungen stehen.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und des Abg. Bijan Djir-Sarai [FDPI])

Dr. Roland Hartwig, AfD:

Deutsche Interessen in den Mittelpunkt stellen



Roland Hartwig (*1954)
Landesliste Nordrhein-Westfalen

Wir reden aktuell über einen der größten, wenn nicht den größten Krisenherd auf der Welt. Es ist völlig klar, dass diese Region damit ganz besondere Anforderungen an die deutsche Außenpolitik stellt. Wir müssen aber feststellen, gerade mit Blick auf die aktuellen Entwicklungen, dass die deutsche Außenpolitik diesen Anforderungen ganz offensichtlich nicht gewachsen ist.

Die entscheidende Frage, die wir als AfD immer wieder stellen werden, lautet: Welchen deutschen Interessen dient die aktuelle Politik der Bundesregierung in dieser Region? Nehmen wir als erstes Beispiel Syrien. Assad ist seit

2000 Präsident von Syrien. Die Aufstände gegen das Assad-Regime begannen im Jahr 2011 im Zuge des Arabischen Frühlings. Die Bundesregierung stellte sich sehr früh, bereits 2012, gegen Assad. Die Frage ist doch: Warum? Gab es doch wirtschaftliche Gründe? War zum Beispiel der von Assad abgelehnte Bau einer Gaspipeline von Katar durch Syrien nach Europa der Grund? Oder gab es politische Gründe, etwa die indirekte Unterstützung Israels bei der Ausschaltung eines politischen Gegners? Offiziell – das ist der Standpunkt der Bundesregierung – geht es um die Unterstützung von Demokratie und Menschenrechten in Syrien. Aber gab und gibt es nicht zwei abschreckende Beispiele, die zeigen, dass das in dieser Region so nicht geht, dass man missliebige Regime nicht einfach beseitigen und erwarten kann, dass anschließend eine Demokratie entsteht und die Menschenrechte gewahrt werden?

Nehmen wir den Irak als Beispiel. Das aus unserer Sicht völlig völkerrechtswidrige Angreifen des Iraks im Jahr 2003 durch die USA und Großbritannien basierte auf der gigantischen Lüge, Hussein sei im Besitz von Massenvernichtungswaffen.

In der Folge mussten mehrere Hunderttausende Menschen ihr Leben lassen. Das Land versank in Gewalt und Anarchie.

Nehmen wir Libyen: Gaddafi wurde 2011 gestürzt. Seitdem ist das Land weitgehend ohne staatliche Autorität. Derzeit durchqueren Zehntausende von Migranten Libyen auf dem Weg nach Europa. Sie sind lokalen Milizen und kriminellen Banden ausgesetzt.

Die Frage ist: Warum hatte die Bundesregierung aus diesen Beispielen nichts gelernt? Warum hat sie sich mit der Forderung „Assad muss weg“ auf eine militärische Lösung in Syrien versteift? Das war ein Fehler mit ganz fatalen, mit dramatischen Auswirkungen: Nach sieben Jahren Bürgerkrieg sind mehr als 400 000 Tote zu beklagen, Millionen von Menschen sind auf der Flucht, das Land liegt in Trümmern. War das im deutschen Interesse? Ganz sicher nicht.

Im Gegenteil: Das Ergebnis dieser verfehlten Politik, unterstützt von der Bundesregierung, hat auch unser Land dramatisch ver-

ändert. Hunderttausende Syrer sind illegal nach Deutschland gelassen worden, Menschen, die vorrangig in die von uns aufgebauten und finanzierten Sozialsysteme einwandern, Moslems, die, wenn sie hierbleiben, unsere Gesellschaft dramatisch verändern werden, weil sie unsere Werte nicht nur ablehnen, sondern zum Teil aktiv bekämpfen.

Doch zurück zu Syrien. Nach dem Eingreifen der Russen wird Assad wohl bleiben. Der Bürgerkrieg, so dramatisch er bisweilen noch verläuft, scheint dem Ende zuzugehen, und es ist an der Zeit, über den Wiederaufbau Syriens nachzudenken. Es macht doch keinen Sinn, Assad aus dem Friedensprozess auszuklammern. Erfolgreiche Außenpolitik muss doch immer auch Realpolitik sein. Deshalb fordern wir den Bundestag auf, die Bundesregierung dazu zu veranlassen, in Verhandlungen mit Syrien über die Rückführung von Syrern nach Syrien einzutreten.

Weil das hier bewusst missverstanden worden ist, wiederhole ich: Es geht um die freiwillige Rückkehr in sichere Räume.

Dann kann es auch die in den letzten Wochen intensiv diskutierte Familienzusammenführung geben, die wir als AfD natürlich befürworten, aber bitte im Heimatland und nicht in Deutschland. Das wäre im deutschen Interesse.

Blicken wir auf die Türkei. Das Vorgehen der Türkei gegen die kurdischen Milizen auf syrischem Hoheitsgebiet ist völkerrechtswidrig. Die angebliche Selbstverteidigung wird doch obsolet, wenn die türkische Regierung ankündigt, Afrin belagern zu wollen. Die deutsche Reaktion hierauf? Fehlanzeige, obwohl das doch zu erwarten gewesen wäre.

Erinnern wir uns an die Krim. Deutschland ist Wortführer bei den Sanktionen gegen Russland wegen völkerrechtswidrigen Vorgehens, obwohl das gar nicht im deutschen Interesse liegt. Der Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft schätzt, dass ungefähr 150 000 Arbeitsplätze durch die Russland-Sanktionen verloren gegangen sind.

Wir müssen ein Ende der Entspannungspolitik in Europa feststellen; das hat die Bundesregierung in Kauf genommen. Warum schweigt sie denn zu den Vorkommnissen in der Türkei? Ist das Flüchtlingsabkommen, das man mit dem Präsidenten Erdogan geschlossen hat, und die damit verbundene Angst, dass die Türkei wieder Hunderttausende Flüchtlinge über die Balkanroute auf den Weg nach Europa schicken würde, die wir an unseren Grenzen nicht aufhalten können, möglicherweise der Grund? Wir haben damals schon gesagt: Dieses Abkommen ist ein fundamentaler Fehler; denn es begründet eine Abhängigkeit von der Türkei. Auch hier haben wir offensichtlich recht behalten.

Daher unser Appell an die Bundesregierung: Lassen Sie sich nicht unter Druck setzen! Wenn der türkische Präsident tatsächlich wieder die Balkanroute für Flüchtlinge aktivieren sollte, dann tun Sie das, was längst überfällig ist: Stellen Sie die Kontrollen über die deutschen Grenzen wieder her!

Diese beiden Beispiele zeigen, dass das Fazit der bisherigen deutschen Außenpolitik im Nahen und Mittleren Osten mehr als ernüchternd ist. Jahre nach dem einst gefeierten Arabischen Frühling ist die Region instabil wie nie zuvor. Die Unterstützung von Revolutionsbewegungen, die nie demokratisch gesinnt waren, hat unzählige Tote gefordert. Die Sicherheitslage in Europa hat sich dadurch eklatant verschlechtert. Die Bundesregierung ist offensichtlich eher bereit, Konflikte nach Deutschland zu importieren, als diese Themen in der Region anzugehen und zu lösen. So kann das nicht weitergehen. Wir brauchen auch hier einen Neuanfang. Wir brauchen eine Außenpolitik, die wieder deutsche Interessen in den Mittelpunkt stellt und diese Interessen glaubwürdig und nachhaltig verfolgt.

Jedes andere Land der Welt verfolgt seine eigenen Ziele. Wenn wir das nicht mehr tun, werden zunächst deutsche Interessen bedeutungslos und eines Tages auch wir selbst. Das werden wir als AfD nicht zulassen. Dem werden wir uns vehement entgegenstellen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der AfD)

Es macht doch keinen Sinn, Assad aus dem Friedensprozess auszuklammern.



Benjamin Netanjahu, Ministerpräsident von Israel, spricht während der Münchner Sicherheitskonferenz.

© dpa

Bijan Djir-Sarai, FDP:

Die Situation im Nahen und Mittleren Osten ist komplex



Bijan Djir-Sarai (*1976)
Landesliste Nordrhein-Westfalen

vertreterkriege in Syrien statt. Die Bedrohung Israels durch das iranische Regime wächst erschreckend. Der Jemen versinkt im Bürgerkrieg. Afghanistan ist alles andere als sicher. Die Stabilität des Libanons bröckelt. Der Konflikt zwischen Israelis und Palästinensern ist nach wie vor ungelöst. Der Machtkampf zwischen Saudi-Arabien und Iran verschärft sich. – Diese Aufzählung ließe sich beliebig weiterführen. Leider sind weitere Konflikte am Horizont erkennbar.

Jahrzehntlang hat es keine deutsche bzw. europäische Strategie für den Nahen und Mittleren Osten gegeben. Vielmehr wurde gewartet und darauf vertraut, dass die USA eine Entscheidung treffen oder eine Strategie entwickeln, und dann wurde geschaut, welche Rolle im Rahmen dieser US-Parameter übernommen werden kann. Zwei Faktoren haben diese Vorgehensweise aus meiner Sicht verändert: die Flüchtlingskrise im Jahr 2015 und die Wahl des US-Präsidenten Trump.

Die Flüchtlingskrise aus dem Jahr 2015 hat uns erschreckend

deutlich gezeigt, dass die Probleme dieser Region nicht weit weg, irgendwo auf der Welt, sondern unmittelbar vor der Haustür Europas sind. Wenn wir wollen, dass diese Probleme nicht zu uns kommen, sondern vor Ort gelöst werden, dann müssen wir Europäer uns in dieser Region politisch mehr engagieren.

Die Wahl des US-Präsidenten Trump und seine politische Ausrichtung verdeutlichen uns, dass es notwendiger denn je ist, die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik Europas zu stärken und sich speziell im Nahen und Mittleren Osten politisch zu engagieren.

Gelegentlich wird in den Hauptstädten Europas oder auch der USA so diskutiert, als ob wir diejenigen seien, die die Zukunft dieser Region gestalten müssten. Ja, wir müssen eine europäisch-transatlantische Strategie für diese Region entwickeln. Was jedoch am Ende des Tages politisch vor Ort passiert, müssen die Menschen selbst bestimmen. Ob Saudis, Iraker, Iraner oder Syrer, am Ende des Tages müssen die Menschen selbst Verantwort-

tung für ihre Zukunft übernehmen und entscheiden, in welcher Ordnung und in welchem System sie leben wollen.

Meine Damen und Herren, der Nahe und Mittlere Osten leidet seit Ende der 70er-Jahre an einer Krankheit. Diese Krankheit nennt sich Fundamentalismus. Soziale Ungerechtigkeit, Armut, Bildungsferne und Perspektivlosigkeit sind Elemente, die die Gesellschaften der Region prägen und zu Radikalität führen. Erst wenn diese gesellschaftspolitischen Probleme nachhaltig angepackt werden, wird die Region eine Zukunft und eine Chance haben.

Die Problemfelder im Nahen und Mittleren Osten sind uns hinreichend bekannt. Wir erleben trotzdem derzeit eine Situation, die gefährlicher ist als je zuvor. Türken gegen Kurden, Iran gegen Israel, Saudi-Arabien gegen Iran, Palästinenser gegen Israelis, USA gegen Russland, Schiiten gegen Sunniten, NATO gegen NATO – noch nie war die Region so ein gefährliches Pulverfass wie heute. Ich bedaure, dass die Türkei, die einst ein Stabilisationsfaktor in dieser Region war, kein zuverlässiger Partner mehr ist.

Meine Damen und Herren, die

Suche nach verbündeten Partnern im Nahen und Mittleren Osten ist außerordentlich schwierig. In diesem Zusammenhang warne ich davor, Saudi-Arabien als strategischen Partner zu betrachten.

Ich bin mir über die wirtschaftliche Bedeutung Saudi-Arabiens im Klaren. Wer aber über Jahrzehnte weltweit Terrorismus finanziert, Extremismus fördert und die Menschenrechte im eigenen Land mit Füßen tritt, kann niemals ein zuverlässiger und seriöser Partner sein, auch wenn er ein Bollwerk gegen iranische Interessen in dieser Region ist.

Die Situation im Nahen und Mittleren Osten ist komplex. Wir dürfen trotzdem nicht aufhören, uns in dieser Region für Personen, Gruppen oder Bewegungen einzusetzen, die für Menschenrechte und Bürgerrechte eintreten; denn diese

Werte sind auch in der Region universell und unteilbar.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

Was jedoch am Ende des Tages politisch vor Ort passiert, müssen die Menschen selbst bestimmen.

(Beifall bei der FDP sowie des Abg. Josip Juratovic [SPD])

Heike Hänsel, Die Linke:

Eine Kriegsdrohung jagte die nächste



Heike Hänsel (*1966)
Landesliste Baden-Württemberg

te die nächste. Das Gewaltverbot in den internationalen Beziehungen – dazu gehört übrigens auch das Verbot, Gewalt anzuwenden – scheint in diesen Tagen nicht mehr viel wert zu sein. UN-Generalsekretär António Guterres bezeichnete die Situation als schlimm; der Krieg in Syrien drohe zu einem neuen regionalen Krieg zu werden.

Die Situation in dieser Region ist aber nicht einfach so entstanden. Die bestehenden Konflikte wurden durch die Regime-Change-Politik der NATO-Staaten im Irak, in Libyen und Syrien weiter verschärft.

Die Linke – das möchte ich betonen – war von Beginn an gegen all diese militärischen Interventionen. Wir haben von Anfang an gewarnt: Krieg ist niemals eine Lösung für all diese Konflikte.

Wir sehen jetzt leider all die

zerstörten und destabilisierten Staaten und auch die Erosion des Völkerrechts. Überall in diesen Ländern wird mit Waffen aus deutscher Produktion gekämpft, teilweise sogar auf beiden Seiten. Deshalb kann eine zentrale Schlussfolgerung nur sein, dass wir hier endlich ein Rüstungsexportverbot durchsetzen.

Frau Merkel hat sich heute Morgen in ihrer Regierungserklärung über die Situation in Syrien und die Angriffe auf Ost-Ghuta bestürzt gezeigt. Auch die Fraktion Die Linke verurteilt die Angriffe auf Ost-Ghuta ganz klar. Sie müssen sofort gestoppt werden, genauso wie die Angriffe aus Ost-Ghuta auf Wohnviertel von Damaskus. Wir wollen einen sofortigen Waffenstillstand überall, wo in Syrien gebombt wird.

Was aber nicht geht, ist, dass

die Kanzlerin mit keinem Satz die türkische Offensive, den Angriffskrieg auf Afrin, auf die kurdische Region im Norden Syriens erwähnt. Das, muss ich sagen, war wirklich schändlich, und es zeigt die Doppelstandards dieser Bundesregierung.

Noch dazu wird der Angriff mit Panzern aus deutscher Produktion geführt. Alle Fraktionen hier im Hause haben sich ganz klar positioniert und diesen Angriffskrieg verurteilt. Ich frage die Bundesregierung, warum sie sich bis heute weigert, ihn auch ganz klar so zu bezeichnen. Das ist ein Bruch des Völkerrechts.

Im Auswärtigen Ausschuss gab es da gestern ein großes Rumgeeiere. Die Bundesregierung hat sich selbst auf harte Nachfragen nicht positioniert und diesen Angriff nicht als das bezeichnet, was er ist: ein Verbrechen an den Kurdinnen und Kurden in Syrien. Hinzu kommt, dass die Bundesregierung jetzt – ausgerechnet jetzt – zu einer Normalisierung der Beziehun-

gen mit der Türkei kommen möchte. Das kann nicht sein. Wir können mit der Türkei nicht zur Tagesordnung übergehen.

Von Reichskanzler Bethmann-Hollweg ist das vor hundert Jahren gefallene Wort überliefert, die Türkei müsse an der Seite Deutschlands gehalten werden, auch wenn die Armenier dabei zugrunde gingen. Heute drängt sich einem der Eindruck auf, dass die Bundesregierung auf die NATO-Partnerschaft mit der Türkei setzt, auch wenn dabei die Kurden zugrunde gehen. Diese Kumpaneji mit der islamistischen Diktatur Erdogans muss sofort aufhören! Und stoppen Sie Ihre Rüstungsexporte in die Türkei! Dazu gehört

auch die geplante Aufrüstung der Leopard-2-Panzer, die in Syrien die Kurden niederwalzen.

Ich frage die Bundesregierung auch, warum sie angesichts dieses Angriffskrieges die Bundes-

Krieg ist niemals eine Lösung für all diese Konflikte.

Fortsetzung auf nächster Seite

wehr in den AWACS-Verbänden in der Türkei belässt. Mit diesen Aufklärungsflügen werden Daten erhoben, die für die Luftangriffe der Türkei nutzbar sind.

Und Sie wollen uns jetzt wirklich glauben machen, dass das NATO-Mitglied Türkei diese Daten nicht nutzt? Mit Sicherheit können Sie es nicht ausschließen, Herr Gabriel. Deshalb gibt es in diesem Fall nur eines: Die Bundeswehr muss raus aus der Türkei!

Aber es geht nicht nur um die Waffenlieferungen. Sie tragen auch sonst wenig zu einer fried-

lichen Lösung in dieser Region bei. Die Linke fordert seit Jahren, dass sich die Bundesregierung für einen sofortigen und umfassenden Waffenstillstand in ganz Syrien und für eine politische Lösung einsetzt. Wie lange haben Sie sich dem verweigert, weil es Ihnen allein um einen Regime-Change ging und Sie fest davon überzeugt waren, dass dieser Krieg der islamistischen Rebellen in Syrien gewonnen wird? Bis heute nehmen Sie nicht Abstand von dieser unsäglichen Regime-Change-Politik. Aber es gäbe gute Möglichkeiten.

So fordern Sie zum Beispiel umfassende humanitäre Hilfe für die gesamte Region. Warum verbinden Sie das nicht mit einem Angebot und fordern endlich ein Ende der verheerenden Sanktionen gegenüber der syrischen Bevölkerung? Das wäre ein Schritt dahin gehend, dass man auch über einen Waffenstillstand verhandeln könnte.

Auch im Koalitionsvertrag

steht bezüglich Waffenexporten sehr wenig Neues. Man dachte zu Beginn, Sie hätten vielleicht aus dem Gebaren der islamistischen Diktatur in Saudi-Arabien gelernt, die einen blutigen Krieg gegen die Bevölkerung im Jemen führt, und Sie würden dies jetzt wenigstens zum Anlass nehmen, einen generellen Rüstungsexportstopp im Hinblick auf die Golfdiktatu-

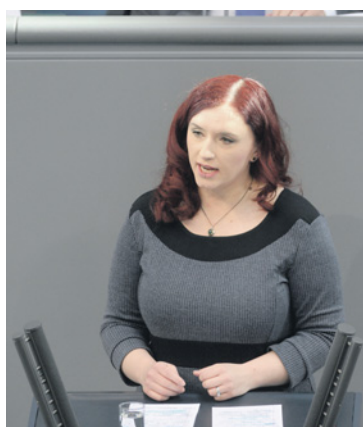
ren zu fordern. Aber nein: Es ist weiterhin möglich, dass deutsche Rüstungsschmieden an diese Länder liefern, wenn diese Staaten zusichern, dass die Waffen im Land verbleiben. Für uns ist das, was Sie hier machen, inakzeptabel. Rüstungsexporte sind Beihilfe zum Mord. Wir fordern deswegen eine friedliche Außenpolitik, die fundamental dazu beiträgt, dass endlich friedliche Lösungen in der Region entstehen können.

Danke.

(Beifall bei der LINKEN)

Agnieszka Brugger, Bündnis 90/Die Grünen:

Es wird immer wieder zu wenig oder teilweise gar nichts getan



Agnieszka Brugger (*1985)
Landesliste Baden-Württemberg

Ich glaube, man sollte mit Demut auf die schwierige Lage im Nahen und Mittleren Osten schauen, mit Demut im Rückblick auf die eigenen Fehler, die der Westen in der Nahostpolitik gemacht hat, aber auch mit Demut, weil sich, glaube ich, niemand anmaßen sollte, jetzt die Lösung parat zu haben, wie wir mit all diesen schwierigen Konflikten und Krisen umgehen sollten.

Weil die Lage so brandgefährlich

und so ernst ist, muss man sich eine Frage sehr klar stellen: Tut eigentlich die deutsche Außenpolitik, tut die europäische Außenpolitik, tut die Bundesregierung alles, was sie

tun kann, um einen Beitrag zu mehr Sicherheit, Frieden und Stabilität in dieser schwierigen Region zu leisten? Meine Damen und Herren, ich finde, die Antwort fällt sehr ernüchternd aus: Es wird immer wieder zu wenig oder teilweise gar nichts getan, und es gibt Bereiche, in denen man sogar das absolut Falsche

tut. Es ist höchste Zeit, dies zu ändern. Ich will das an drei Beispielen aufzeigen: an der humanitären Hilfe, an der Frage, wie die Mitgliedstaaten die Vereinten Nationen bei diesen schwierigen Themen unterstützen, und an den Waffenexporten.

Es ist sicherlich eine gute Nachricht, dass sowohl im Irak als auch in Syrien die Terroranschergen von Daesh keine großen Gebiete mehr kontrollieren und die Menschen dort nicht mehr terrorisieren. Aber Terrorregime lassen sich nun einmal nicht militärisch besiegen, auch wenn sie unterlegen sind; denn der Terror lässt sich nicht mit Waffen bekämpfen, sondern am Ende nur mit politischen Antworten. Umso wichtiger ist es, dass wir den Irak nicht aus dem Blick verlieren und dass wir in befreiten Gebieten nicht nur dafür sorgen, dass Wasser und Elektrizität wieder fließen, sondern auch dafür, dass es dort politische Lösungen und Aussöh-

nung gibt; denn sonst droht hier ein nächster Konflikt.

Vor diesem Hintergrund macht es mich wirklich immer noch fassungslos, dass es die reichen Länder dieser Welt nicht schaffen, die Hilfe bereitzustellen, die die fragilen Staaten im Nahen und Mittleren Osten brauchen, um mit den Fluchtkatastrophen klarzukommen. In den Flüchtlingslagern rund um Syrien hungern die Menschen nach wie vor. Es wird nicht genug für Gesundheit und Bildung getan. Meine Damen und Herren, das ist doch der

nächste Nährboden für mehr Radikalisierung und neue Konflikte. Diese herzlos-geizige, sicherheitspolitisch brandgefährliche Ignoranz muss jetzt endlich aufhören.

Jahr für Jahr ermordet Assad mit Unterstützung von Russland und Iran seine eigene Bevölkerung mit Giftgas und Fassbomben. Es wird ausgehungert, getötet und vergewaltigt. Einerseits gegen die Flüchtlinge in Deutschland zu hetzen und andererseits hier zu stehen und kein kritisches Wort zu diesem Massenmörder zu sagen, so verlogen kann nur die AfD sein.

In dieser schwierigen Lage in Syrien engagieren sich die Vereinten Nationen immer wieder, um die Gewalt zu beenden und einen innersyrischen Friedensprozess für die Zukunft anzustoßen, einen politischen Prozess, und Jahr für Jahr scheitern sie dabei kläglich, weil sie von ihren Mitgliedstaaten im Stich gelassen werden. Auch die Bundesregierung hätte hier mehr Einsatz zeigen können. Statt sich für eine starke Rolle der Vereinten Nationen einzusetzen, hat man sich bereitwillig an der Koalition der Willigen beteiligt. Herr Gabriel und auch Frau von der Leyen, es reicht eben nicht aus, auf der Münchner Sicherheitskonferenz schöne, wohlfeile Reden zu halten, wie man die Rolle der Vereinten Nationen stärken will, sondern es kommt darauf an, wenn es ernst wird, und da haben Sie nicht alles getan, was Sie tun konnten.

Diese Koalition der Willigen mit den USA, mit der Türkei, mit Saudi-Arabien müsste man eigentlich eine Koalition der eigenen Widersprüche nennen. Die Eigeninteressen kommen immer

als Erstes zum Zuge; hinzu kommt noch das rücksichtslose Vorgehen des Iran und Russlands. Fast alle Staaten, die in dieser Region militärisch aktiv sind, stellen die eigenen Interessen über eine politische Lösung. Das ist auch Teil der Erklärung, warum die Lage in Syrien von Jahr zu Jahr schlimmer wird. Die Leidtragenden

sind die Menschen dort. Eine Politik „USA first“, „Türkei first“, „Saudi-Arabien first“, „Russland first“, „Iran first“ wird nie zu einem guten Ergebnis in Syrien führen. Es ist höchste Zeit für eine Politik „VN first“ und „Menschenrechte first“.

Immer wenn man meint, es könne in Syrien gar nicht schlimmer werden, wird man von der Realität brutal eines Besseren belehrt. Nun rollen zu allem Übel noch Erdogans Panzer völkerrechtswidrig in Syrien ein, um die Kurden in Nordsyrien zu bekämpfen. Weder von der NATO noch von der Bundesregierung hat man zu diesem Völkerrechtsbruch, zu dieser Gewalteskalation bis heute ein klares Wort gehört. Gleichgültig werden einfach weitere Rüstungsexporte genehmigt. Die Bundesregierung schaut seit Monaten gewollt und, ich würde mittlerweile sogar sagen: billigend weg, wenn es darum geht, die Gesetzeslücke zu schließen, die es Rheinmetall ermöglicht, in der Türkei eine Panzerfabrik aufzubauen. Schließen Sie diese Gesetzeslücke, und beenden Sie die Rüstungsexporte in die Türkei!

Leider ist dies nicht das einzige Beispiel dafür, dass Sie in dieser schwierigen Region die Gewinninteressen deutscher Rüstungsunternehmen über Frieden, Sicherheit und Menschenrechte stellen. In fast jeder Sitzung des Bundessicherheitsrates der letzten Jahre wurde ein Waf-

fenexport an einen Staat behandelt, der für den brutalen Krieg im Jemen mitverantwortlich ist. Der Kollege Nouripour hat kürzlich nachgefragt. Im letzten Jahr gingen Waffenexporte im Umfang von 1,3 Milliarden Euro an Staaten, die diesen Krieg durchführen. Ich war erfreut, als ich gesehen habe, dass die SPD

durchgesetzt hat, wofür wir als Grüne in den Jamaika-Verhandlungen gekämpft haben, nämlich einen Exportstopp gegenüber dieser Kriegsalianz. Ich war aber bitter enttäuscht, als ich in Ihrem Koalitions-

vertrag gelesen habe, dass Sie sich drei Hintertüren eingebaut und beschlossen haben, dass die Patrouillenboote jetzt doch geliefert werden sollen. Ich muss sagen: Gerade wenn wir auf den Nahen und Mittleren Osten schauen, muss Schluss sein mit Waffenexporten in Krisengebiete, an Kriegsherren und an Menschenrechtsverletzer.

Gerade weil die Lage in der Region so schwierig ist, müssen wir für eine gemeinsame und engagierte europäische Antwort sorgen. Hier braucht es kein Wegducken und keine verheerenden Waffendeals, sondern eine klare Haltung und eine Stärkung der Vereinten Nationen. Hier braucht es keine nationalen Egoismen, sondern mehr Geld für humanitäre Hilfe und vor allem mehr Mut und neue Wege für die Diplomatie.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Rüstungsexporte sind Beihilfe zum Mord. Wir fordern eine friedliche Außenpolitik.

Hier braucht es keine nationalen Egoismen, sondern mehr Geld für humanitäre Hilfe.

Man sollte mit Demut auf die schwierige Lage im Nahen und Mittleren Osten schauen.

Dies ist eine gekürzte Version der Debatte. Es sprachen zudem noch Jürgen Hardt (CDU/CSU), Gabriela Heinrich (SPD), Alexander Radwan (CDU/CSU), Dr. Christoph Hoffmann (FDP) und Roderich Kiesewetter (CDU/CSU).

leicht
erklärt!

Werbe-Verbot für Abtreibungen

Wird das Gesetz geändert?



Thema im Bundes-Tag

Die Politiker vom Bundes-Tag haben letzte Woche über ein Gesetz gesprochen. Ein Gesetz ist so etwas wie eine Regel.

Das Gesetz steht im Strafgesetz-Buch. Das ist eine Sammlung von Regeln.

Dort hat es den Namen: Paragraf 219a – Werbung für den Abbruch der Schwangerschaft.

Im weiteren Text steht aber immer einfach: das Gesetz.



In dem Gesetz geht es um Abtreibungen.

„Abtreibung“ bedeutet: Ein Arzt beendet eine Schwangerschaft bei einer Frau.

Ganz genau geht es in dem Gesetz um Folgendes:

Es ist in Deutschland verboten, Werbung für Abtreibungen zu machen.



Werbung machen bedeutet in diesem Fall:

Man gibt Infos über Abtreibungen. Das macht man aber nicht einfach so. Sondern entweder:

Man gibt die Infos, weil man mit Abtreibungen Geld verdienen will.

Oder:

Man gibt die Infos in besonders unpassender Weise. Also auf eine Art, die nicht zu einem so ernstem Thema passt.

Warum ist Werbung für Abtreibungen verboten?

Eine Abtreibung ist in Deutschland normalerweise verboten.

Denn:

Auch die Leben von ungeborenen Kindern sollen geschützt werden.

Darum sollen Gesetze in Deutschland klarmachen: Abtreibungen sind nicht gut.

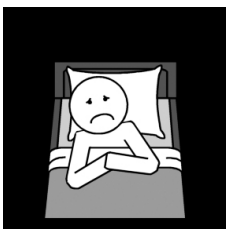




Auf der anderen Seite darf jede Frau über ihren Körper selbst bestimmen. Also auch über ihre Schwangerschaft. Darum gibt es 2 Ausnahmen vom Abtreibungs-Verbot.

Ausnahme 1

In manchen Fällen ist eine Abtreibung erlaubt.



Zum Beispiel:

- Die Schwangerschaft ist lebensgefährlich für die Frau.
- Die Frau ist durch eine Vergewaltigung schwanger geworden.

Ausnahme 2

Die folgenden 4 Dinge treffen alle auf die schwangere Frau zu.



- a) Sie ist höchstens seit 12 Wochen schwanger.
- b) Sie hat sich bei bestimmten Fach-Leuten beraten lassen. Und sie hat dafür eine Bescheinigung.
- c) Sie wartet nach der Beratung noch 3 Tage bis zur Abtreibung.
- d) Ein Arzt macht die Abtreibung.

Dann ist die Abtreibung eigentlich noch immer verboten. Aber man wird dafür nicht bestraft. Der Arzt nicht. Und die schwangere Frau auch nicht.



Abtreibung ist in Deutschland also meistens verboten.

Und darum ist es auch verboten, Werbung dafür zu machen.

Dadurch soll klar werden:

Eine Abtreibung ist keine alltägliche Sache. Und es ist etwas, das man nicht machen sollte. Außer es ist dringend notwendig.



Werbung oder Infos?

Werbung für Abtreibungen ist zwar verboten. Aber es ist trotzdem erlaubt, Infos über Abtreibungen zu geben.

Denn: Infos sind wichtig.

Schwangere Frauen müssen viel über Schwangerschaft und Abtreibung wissen.

Nur dann können sie eine gute Entscheidung treffen.



Infos über Abtreibungen gibt es darum von besonderen Beratern.

Zum Beispiel von Pro Familia. Oder vom Roten Kreuz.

Auch Zeitungen oder das Fernsehen dürfen über Abtreibungen berichten.

Wichtig ist nur:

Wer die Infos verbreitet, darf kein Geld mit Abtreibungen verdienen.

Und er darf seine Infos nicht in besonders unpassender Weise geben.

Dann gelten die Infos nicht als Werbung.

Infos von Ärzten

In den letzten Monaten wurde viel über das Thema gesprochen.

Dafür gibt es einen Grund.

Eine Ärztin aus Gießen musste vor ein Gericht.

Der Name der Ärztin war Kristina Hänel.

Sie hat auf ihrer Internet-Seite Infos über Abtreibungen gegeben.

Sie hat zum Beispiel geschrieben:

- Was Abtreibungen sind.
- Wie sie funktionieren.

Außerdem hat sie geschrieben, dass sie Abtreibungen durchführt.



Die Infos von Kristina Hänel waren nicht besonders unpassend.

Gegen diese Regel vom Werbe-Verbot hat sie also nicht verstoßen.

Aber: Ärzte verdienen mit Abtreibungen Geld.

Ein Gericht hat darum entschieden:

Kristina Hänel hat gegen das Werbe-Verbot verstoßen. Sie hat Werbung für Abtreibungen gemacht.

Jetzt muss sie eine Strafe zahlen. Und zwar 6000 Euro.



Viele Gespräche

Das Gerichts-Urteil hat viel Unruhe erzeugt.

Es wurde viel darüber gesprochen.

Es gab Berichte in Zeitungen und im Fernsehen.

Es gab auch Demos.

Denn: Es gibt sehr unterschiedliche Meinungen zu dem Thema.

Viele Menschen finden: Das Gerichts-Urteil ist schlecht. Auch das Werbe-Verbot ist schlecht.

Andere Menschen finden das Werbe-Verbot aber wichtig.

Auch die Politiker vom Bundes-Tag haben sich mit dem Thema beschäftigt.

Denn: Die Politiker vom Bundes-Tag machen Gesetze.

Oder sie ändern sie. Oder sie schaffen sie ab.

Wenn über ein Gesetz viel gesprochen wird, ist das also auch ein Thema für den Bundes-Tag.

Die Politiker haben in den letzten Wochen verschiedene Vorschläge zu dem Gesetz gemacht.

3 Vorschläge sind besonders wichtig:



Vorschlag 1: Gesetz abschaffen

Ein Vorschlag ist: Man sollte das Gesetz abschaffen.

Das würde bedeuten: Werbung für Abtreibungen ist dann erlaubt.



Manche Menschen finden den Vorschlag schlecht.

Sie sagen:

Das Gesetz ist wichtig, um klarzumachen: Abtreibungen sind eigentlich nicht gut.

Ohne das Gesetz können Ärzte viel Werbung für Abtreibungen machen. Und die Werbung kann vielleicht auch unpassend sein.

Abtreibungen werden vielleicht immer normaler werden.

Und mehr Frauen werden sich dann vielleicht für Abtreibungen entscheiden.



Andere Menschen finden die Idee gut.

Sie sagen:

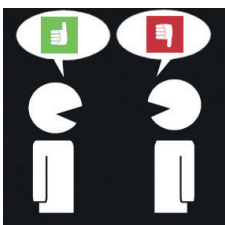
Für die Werbung von Ärzten gelten sowieso bestimmte Regeln.

Zum Beispiel folgende:

- Ärzte müssen klare Infos geben. Sie dürfen zum Beispiel keine Werbe-Sprüche benutzen, wie man sie von anderen Produkten kennt.
- Sie dürfen ihr Können nicht übertreiben.
- Sie dürfen nicht behaupten, dass sie besser sind als andere Ärzte.

Werbe-Regeln für Ärzte sind also sehr streng.

Es wird wahrscheinlich nicht plötzlich ganz viel Werbung geben. Auch wenn man das Werbe-Verbot abschafft.





Außerdem sagen Leute, die gegen das Werbe-Verbot sind:

Ärzte haben die Aufgabe, über Gesundheit zu informieren. Also auch über Abtreibungen.

Und sie müssen auch sagen dürfen, dass sie Abtreibungen durchführen.

Denn nur so können Frauen einen guten Arzt finden, wenn sie einen brauchen.

Denn Frauen sollen wissen, wo sie eine Abtreibung machen lassen können.

Darum sollte man das Gesetz abschaffen.

Vorschlag 2: Gesetz verändern



Ein zweiter Vorschlag von den Politikern vom Bundes-Tag ist: Man könnte das Gesetz ändern.

Und zwar so:

Man schafft das Werbe-Verbot für Menschen ab, die mit Abtreibungen Geld verdienen.

Ärzte könnten dann also über Abtreibungen Infos geben.

Folgendes bleibt aber weiter verboten:

Man darf die Werbung nicht besonders unpassend machen.

Das soll Folgendes erreichen:

Abtreibung soll nichts Alltägliches sein.

Vorschlag 3: Nichts ändern



Der dritte Vorschlag von den Politikern vom Bundes-Tag ist:

Das Gesetz soll genau so bleiben, wie es ist.

Dann würde sich also am Werbe-Verbot nichts ändern.

Wie geht es weiter?

Über Werbung für Abtreibungen wird also viel gesprochen.

Es gibt sehr unterschiedliche Meinungen dazu.

Auch die Politiker vom Bundes-Tag haben letzte Woche erst einmal nur darüber gesprochen.

Sie haben noch keine Entscheidung getroffen.



Die Gespräche über das Gesetz werden also weitergehen.

Bei den Politikern vom Bundes-Tag. Und auch bei anderen Menschen in Deutschland.

Weitere Informationen in Leichter Sprache gibt es unter: www.bundestag.de/leichte_sprache

Impressum

Dieser Text wurde in Leichte Sprache übersetzt vom:



Nachrichten Werk

www.nachrichtenwerk.de

Ratgeber Leichte Sprache: <http://tny.de/PEYPP>

Titelbild: © picture alliance / dpa Themendienst, Fotograf: Mascha Brichta. Piktogramme: Picto-Selector. © Sclera (www.sclera.be), © Paxtoncrafts Charitable Trust (www.straight-street.com), © Sergio Palao (www.palao.es) im Namen der Regierung von Aragon (www.arasaac.org), © Pictogenda (www.pictogenda.nl), © Pictofrance (www.pictofrance.fr), © UN OCHA (www.unocha.org), © Ich und Ko (www.ukpukvve.nl). Die Picto-Selector-Bilder unterliegen der Creative Commons Lizenz (www.creativecommons.org). Einige der Bilder haben wir verändert. Die Urheber der Bilder übernehmen keine Haftung für die Art der Nutzung.

Beilage zur Wochenzeitung „Das Parlament“ 9/2018
Die nächste Ausgabe erscheint am 5. März 2018.